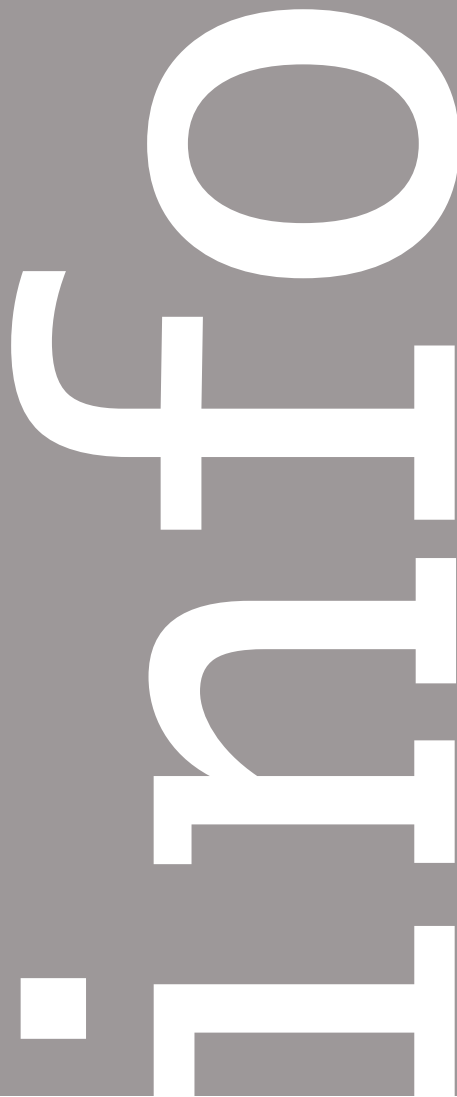




WIRTSCHAFT SOZIAL UND LEISTUNGSFÄHIG GESTALTEN

Wirtschaftspolitische Bildung,
Beratung und Dialoge in der FES

DEUTSCHLAND

Rechtsextremismus :
Die Mitte in der Krise 4

SCHWERPUNKT

20 Jahre
Managerkreis der FES 24

INTERNATIONAL

Das Soziale in den Zeiten
der Globalisierung 41

3/2010

Wirtschaftspolitische
Bildung, Beratung,
Dialog in der FES

Wirtschaft sozial und leistungsfähig gestalten

— WIE STARK DIE WIRTSCHAFT UNSER LEBEN PRÄGT, hat uns die jüngste Krise nochmals deutlich vor Augen geführt. Die Wirtschaft erscheint uns dabei fast wie eine fremde Macht, die über unser Schicksal bestimmt, aber dem Anschein nach kaum durch Staat und Gesellschaft zu beeinflussen ist.

Für politische Anstrengungen, den Kurs der Wirtschaft – wie etwa in der Krise – zu ändern, ist anscheinend ein hoher Preis in Form gestiegener Verschuldung und anschließend noch schlimmerer öffentlicher Spar-samkeit zu bezahlen.

Tatsächlich ist aber Wirtschaft

erleichtert oder erzwungen.

Soziale Demokratie hält dagegen daran fest, dass auch die Wirtschaft politisch gestaltet werden kann und muss, und dass alle Bürgerinnen und Bürger ein demokratisches Recht haben, daran mitzuwirken – und zwar mit gleicher Stimme

und nicht nur in dem Maße, wie es ihr Einkommen und Vermögen erlaubt. Wirtschaftliches Eigentum ist kein Freibrief, sondern verpflichtet und seine Nutzung unterliegt demokratisch bestimm-

ten Schranken.

Gleichzeitig ist die Wirtschaft ein wichtiger Partner von Staat und Gesellschaft, um politische und soziale Ziele zu erreichen. Die zentrale Partnerschaft besteht dabei zwischen Arbeit und Kapital. Tarifabschlüsse sind eine der wichtigsten Stell-schrauben für Nachfrage und Einkommensverteilung. Sozialer Frieden sorgt in Deutschland seit Jahrzehnten für minimale Produktionsausfälle durch Streiks. Aber wo die Tarifpart-

ner zu sehr geschwächt sind, sind staatliche Eingriffe wie Mindestlöhne notwendig. Innerhalb der Unternehmen schützt die Mitbestimmung nicht nur die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern hat in Deutschland auch die ständige Anpassung an die Weltmarkterfordernisse reibungslos gestaltet.

Die FES unterstützt den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik mit dem Ziel einer sozialen und leistungsfähigen Wirtschaft. Ein zentrales Forum dieses Dialogs ist der Managerkreis der FES mit seinen über tausend Mitgliedern. Auf Veranstaltungen in Berlin und in den Bundesländern, in denen es regionale Managerkreise gibt, diskutieren Vertreter von Unternehmen und Politik über angemessene Wege zu diesem Ziel. Der Kreis veröffentlicht darüber hinaus Studien, in denen Lösungen für gesellschaftliche Probleme aufgezeigt werden, die einen vernünftigen Mix von Marktmechanismen und politischer Regulierung aufweisen. Auch der Arbeitskreis Mittelstand der FES bindet die Unternehmerseite in einen Diskurs mit Politik und Gewerkschaften ein, um eine innovative Anpassung der Unternehmenspolitik an neue

durch Menschen gemacht, die allerdings auf ein System reagieren, dessen Regeln zwar ebenfalls von Menschen, meist durch die Politik, definiert werden, aber dann einen ungeheuren Automatismus entwickeln. Systemzwänge gelten in Wirtschaft und Politik als wohlfeile Gründe, um Änderungen entweder abzulehnen oder einzufordern. Als abzulehnen gilt meist alles, was sich gegen den Markt richtet, als einzufordern, was Anpassung an den Markt

Herausforderungen wie Nachhaltigkeit oder Globalisierung zu fördern.

Die Gewerkschaften sind ein strategischer Partner der Friedrich-Ebert-Stiftung, der nicht nur aber insbesondere im Bereich Wirtschaft eine herausragende Rolle spielt. In enger Kooperation mit ihnen organisiert die Stiftung die Gesprächskreise „Arbeit-Betrieb-Politik“ und „Dienstleistungen.“ Auch der Managerkreis hat gerade in jüngster Zeit eine Reihe von Hintergrundgesprächen mit Gewerkschaftsvorsitzenden und prominenten Unternehmensvertretern durchgeführt. Im Sommer 2010 hat die Stiftung ihre Strategie für die Gewerkschaftsarbeit im Inland verabschiedet.

Besonderer gesellschaftspolitischer Aufmerksamkeit bedarf die Wirtschaft dort, wo der Marktmechanismus Schwachpunkte aufweist und externe Effekte dominieren. Die Finanzkrise hat die Unfähigkeit der Kapitalmärkte, Risiken adäquat zu bewerten, schmerzhaft deutlich gemacht. Hier sind neue Regeln verlangt, für die auch die Friedrich-Ebert-Stiftung zahlreiche Vorschläge entwickelt und in die Diskussion eingebracht hat.

Ein ähnlich vom Markt fehlgesteuertes Feld ist die Umwelt. Solange die Kosten einer überlasteten Naturbasis nicht in die unternehmerische Rechnung eingepreist sind, drohen verheerende Folgen. Dabei können Unternehmen und Märkte wertvolle Beiträge zur Bewältigung der ökologischen Krise leisten, wenn sie klug reguliert

Artikel in dieser Ausgabe:

AUGUST – SEPTEMBER – OKTOBER – NOVEMBER 2010

DEUTSCHLAND

Studie über rechtsextremistische Einstellungen: Die Mitte in der Krise	4
Diskussionen der FES zur Energiepolitik: Effizient, dezentral und erneuerbar	10
15. MainzerMedienDisput: Lassen sich Journalisten instrumentalisieren?	16

SCHWERPUNKT

Wirtschaftspolitische Entwürfe in der politischen Bildung: Sachzwänge hinterfragen, Zukunftsentwürfe entwickeln	24
20 Jahre Managerkreis der FES: Think Tank und Netzwerk	27
Forschungsgeleitete Verbraucherpolitik: Verbraucher oft überfordert	39

INTERNATIONAL

Veranstaltungsreihe mit dem rbb-inforadio: Das Soziale in Zeiten der Globalisierung	41
Türkei: Außenpolitische Rolle wächst	47
Israel: Pragmatismus gefragt	56
China: Die Katastrophe als Chance	59
Verleihung des Menschenrechtspreises der FES 2010: Für die Rechte von Hausangestellten	64
Die FES-Büros in Khartum und in Juba: „Gallische Dörfer“ im Sudan	69
Das FES-Büro in Namibia: Zwei Projekte unter einem Dach	72
Neue Publikationen	73
Impressum	75
Liste der Autoren	23

werden. Die „Green Economy“ kann Wohlstand und Beschäftigung mehrern und gleichzeitig die Umwelt schonen.

Aus Sicht der sozialen Demokratie dient die Wirtschaft dem Menschen und nicht umgekehrt. Der Markt weist keine natürliche Tendenz zum Ausgleich der Einkommensverteilung und zum Schutz der sozial Schwachen auf. Märkte können aber dazu dienen, die Versor-

gung der Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen effizient zu gestalten. Mehr Bildung, Gesundheit und Pflege sollten nicht als Belastungen der Wirtschaft, sondern als Chancen für ein neues, bedarfsorientiertes Wachstum gesehen werden. Diese Idee konkret zu entwickeln, dienen mehrere Projekte wie „Gesundheitswirtschaft“ oder „Soziales Wachstum durch produktive Kreisläufe.“

Studie über
rechtsextreme Ein-
stellungen in Deutschland

Die Mitte in der Krise

— RECHTSEXTREMISMUS IST KEIN PHÄNOMEN AM „RAND“ DER GESELLSCHAFT. Ganz im Gegenteil finden sich rechtsextreme Einstellungen in besorgniserregendem Maße in der Mitte der Gesellschaft.



Im Rahmen der Vorstellung der Untersuchungsergebnisse diskutierten Dr. Oliver Decker und Prof. Dr. Elmar Brähler mit Andrea Nahles, Generalsekretärin der SPD und Michael Sommer, Vorsitzender des DGB (Bild) sowie mit Prof. Klaus Staeck, Präsident der Akademie der Künste Berlin über die gesellschaftspolitischen Schlussfolgerungen. (Foto: Greiner)

Aktuelle Zahlen zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen, liefert eine neue Studie, die im Auftrag der FES und unter wissenschaftlicher Leitung von Dr. Oliver Decker und Prof. Dr. Elmar Brähler (Universität Leipzig) durchgeführt und im Oktober vorgestellt wurde.

Die Repräsentativbefragung unter dem Titel „Die Mitte in der Krise“ knüpft an die bisherigen Studien der FES „Vom Rand zur Mitte“ (2006) und „Bewegung in der Mitte“ (2008) an. Abgefragt wurden u.a. die Lebenszufriedenheit, das Demokratieverständnis sowie ausgewählte politische Einstellungen. Der Vergleich der Erhebungen seit 2002 zeigt, dass sich die bisher leicht rückläufigen Entwicklungen umkehren: Insbesondere chauvinistische und fremdenfeindliche Einstellungen nehmen zu und dokumentieren krisenbedingte

Mechanismen der Abwertung des „Fremden.“

Rechtsextremismus sei kein Phänomen am „Rand“ der Gesellschaft, so die Autoren, ganz im Gegenteil fänden sich rechtsextreme Einstellungen in besorgniserregendem Maße in der Mitte der Gesellschaft: In Ost- und Westdeutschland, in allen Altersklassen, bei Befürworter/innen von demokratischen Parteien, Gewerkschaftsmitgliedern, Kirchenangehörigen sowie bei Frauen und Männern.

Die Repräsentativbefragung, durchgeführt von USUMA (Berlin), basiert auf einer Stichprobe von 2411 Befragten im Alter von 14 – 90 Jahren. Auf der Grundlage eines auch bei den

bisherigen Studien zugrundegelegten Rechtsextremismus-Fragebogens wurden die Zustimmungswerte zu den sogenannten „6 Dimensionen“ des Rechtsextremismus gemessen: Befürwortung einer Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus. Neben soziodemographischen Daten wurden weitere Aspekte wie Deprivation, Lebenszufriedenheit sowie Einstellungen gegenüber der Demokratie und ausgewählte politische Einstellungen untersucht.

MEHR ZUM THEMA

www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Die kreative und effektive **Bekämpfung des Rechtsextremismus in Europa** stand im Zentrum eines europäischen Open Space am 5. November in Berlin, organisiert vom Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ der FES. Hannes Swoboda, stellvertretender Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, äußerte seine Sorge über die Entwicklung, dass Rechtsextreme in Europa mehr und mehr Inhalte und gesellschaftliche Konfliktfelder besetzen und mit ihren Interpretationen scheinbar zu punkten wissen. Fast 200 Praktiker/innen erörterten Erfolge und Misserfolge, die Rolle der Medien und Strategien der Anti-Diskriminierungsaufklärung. +++

+++ In ganz Deutschland findet sich eine Fülle von Projekten und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Aber welche Faktoren führen dazu, dass ihre Arbeit Früchte trägt? In einem Gutachten arbeitete Professor Dr. Roland Roth von der Hochschule Magdeburg-Stendal anhand von 13 Beispielen Bedingungen für erfolgreiches Engagement heraus. Das **Gutachten mit dem Titel „Demokratie braucht Qualität!“** wurde im Auftrag des FES-Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ erstellt. Das Gutachten ist zu finden unter: www.fes-gegen-rechtsextremismus.de +++

— Peter Struck zum Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung gewählt

Die Jahresmitgliederversammlung der Friedrich-Ebert-Stiftung wählte auf ihrer Sitzung am 13. Dezember Dr. Peter Struck, den ehemaligen Bundesverteidigungsminister und Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, mit 91% der Stimmen zum neuen Vorsitzenden des Vorstands.

Die bisherige Vorsitzende Anke Fuchs wurde zur Ehrenvorsitzenden gewählt.

Zu den Stellvertretern wurde erstmals der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Kurt Beck gewählt. Als weiterer Stellvertreter wurde der ehemalige DGB-Vorsitzende Dieter Schulte in

diesem Amt bestätigt. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied ist weiterhin Dr. Roland Schmidt. Weitere Mitglieder des Vorstands sind Dr. Christine Bergmann, Prof. Dr. Peter Brandt, Dr. Jürgen Burckhardt, Sabine Kaspereit, Hans-Ulrich Klose, Dr. Werner Müller sowie Matthias Platzeck.



KONGRESS ÜBER VORSORGENDEN SOZIALSTAAT

Menschen befähigen

In der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts sind Erwerbsbiografien voller Brüche und Sprünge, die sogenannte atypische Beschäftigung wird zum Normalfall, der Sozialstaat verliert seine Integrationskraft. Dieses Missverhältnis zwischen altem Sozialstaat und neuer Arbeitswelt drückt sich im Anstieg von Armut und prekären Arbeitsbedingungen, wachsender sozialer Ungleichheit sowie sinkenden Aufstiegschancen aus. So ist der Niedriglohnsektor zwischen 1995 und 2009 von 15 auf 23 Prozent angestiegen. Der Gini-Koeffizient, der die Ungleichheit des Einkommens in einer Gesellschaft abbildet, hat sich in Deutschland so negativ entwickelt wie in kaum einem anderen Land der OECD.

Wie sollte also der Sozialstaat für das 21. Jahrhundert weiterentwickelt werden? Antworten darauf suchte die FES gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg beim Kongress „Der Vorsorgende Sozialstaat in Brandenburg: Zugänge schaffen – Kompetenzen aktivieren – Verantwortung stärken“ in Potsdam. 200 sozialpolitische Praktiker, Wissenschaftler, Politiker sowie interessierte Bürger folgten im November den Podiumsdiskussionen u.a. mit Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck, WZB-Präsidentin Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Landesarbeitsminister Günter Baaske, der Landessozialministerin aus Mecklenburg Vorpommern, Manuela Schwesig und Franz Müntefering.

Matthias Platzeck betonte in der Eröffnungsrede, dass der vorsorgende Sozialstaat mehr als eine Metapher sei. Um dauerhaft Schutz, Beteiligung und Emanzipation zu gewährleisten, müsse der Sozialstaat durch eine hochwertige soziale Infrastruktur sowie frühzeitige, langfristige und lebensbegleitende Investitionen in die Befähigung von Menschen vorsorgen. Dabei müssten die Politikfelder Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Bildung, Gesundheit, Familie, Gleichstellung und Integration stärker miteinander vernetzt werden. Dass moderne und erfolgreiche Wohlfahrtsstaaten gleichermaßen auf den Bildungs- und den Sozialstaat setzen, betonte auch die Präsidentin des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung in Berlin, Prof. Jutta Allmendinger.

Setzte sich für hochwertige soziale Infrastruktur ein: Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (Foto: Liebe)



Vor der Öffnung der Arbeitsmärkte

Die Europäische Union (EU) hat mit den neuen Mitgliedsstaaten aus Mittel- und Osteuropa Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit vereinbart. Nach dieser Vereinbarung kann die Arbeitnehmerfreizügigkeit nach der sogenannten „2+3+2“ Formel für eine maximale Dauer von sieben Jahren ausgesetzt werden. Auch Übergangsfristen für die Dienstleistungsfreiheit in bestimmten Branchen sind vereinbart worden. Diese Übergangsfristen laufen zum 1. Mai 2011 für die 2004 beigetretenen Länder aus. Betroffen sind Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien und die Tschechische Republik. Für Bulgarien und Rumänien, die zum 2007 der EU beigetreten sind, enden sie spätestens zum 1. Januar 2014.

Mit den Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und

der Dienstleistungsfreiheit auf Arbeitsmärkte und Betriebe beschäftigte sich eine gemeinsame Fachkonferenz des Gesprächskreises Migration der FES und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin.

Annelie Buntenbach, Mitglied im Bundesvorstand des DGB, hält die Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern mit prekärem Beschäftigungsstatus für besonders problematisch. Das gilt für „Scheinselbstständige“, die ihre Arbeit zu sehr niedrigen Preisen anbieten. Auch die Entsendung von Arbeitskräften im Rahmen der Dienstleistungsrichtlinie führt zu Dumpinglöhnen, wenn in den Entsendeländern kein tariflicher Mindestlohn gilt. Insbesondere ist mit dem verstärkten Einsatz von Leiharbeitern zu geringen Stundenlöhnen zu rechnen.

Axel Schäfer, europapolitischer

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, forderte die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland als flankierende Maßnahme für die weitere Öffnung der Arbeitsmärkte. Damit Zuwanderer und entsandte Arbeitskräfte nicht länger un-

ter unwürdigen Arbeitsbedingungen in Deutschland arbeiten müssen, sieht er die Bundesregierung außerdem in der Pflicht, Rahmenbedingungen für eine umfassende Beratung und Unterstützung dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen.

Während der Konferenz wurden zwei im Auftrag der FES erstellte Gutachten der Öffentlichkeit präsentiert. Herbert Brücker und Timo Baas analysierten die „Wirkungen der Zuwanderungen aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft.“ Nach ihren Schätzungen sei hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, z.B. der Arbeitslosenquote, dem Bruttoinlandsprodukt und dem Lohnniveau, nur mit sehr geringen Wirkungen zu rechnen. Frank Lorenz untersuchte in seiner Studie „Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in der Europäischen Union“ die rechtlichen Rahmenbedingungen und den politischen Handlungsbedarf. Er fordert u.a. eine bessere statistische Erfassung der entsandten Arbeitskräfte und die Verwirklichung des Prinzips des „gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort.“

DIE GUTACHTEN ONLINE:
www.fes.de/wiso/sets/s_migr_publ.htm

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Der deutsche Arbeitsmarkt habe in der Finanzkrise der letzten Jahre gezeigt, wie robust er sei, stellte Wolfgang Steinherr, der Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Leipzig, zu Beginn der **Podiumsdiskussion „Arbeit trotz Krise?“** der FES in Leipzig fest. Die Region Leipzig sei durch ihre Wirtschaftsstruktur, die durch wenig Industrie gekennzeichnet sei, geringer von der Krise betroffen gewesen. Allerdings verhindere diese Struktur auch eine deutlichere Teilhabe der Stadt am wirtschaftlichen Aufschwung. Ines Jahn, Geschäftsführerin der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Leipzig, mahnte an, dass trotz gesunkener Arbeitslosenzahlen die Folgen der Krise immer noch andauerten. Kurzarbeit, Leiharbeit, der fehlende Mindestlohn und sinkende Realeinkommen erschwerten die Möglichkeit, von seinem Job auch leben zu können. +++

Geiz ist grausam

Schlechte Löhne, Schikanen am Arbeitsplatz und die Nichteinhaltung des geltenden internationalen Arbeitsrechts, so lässt sich die Situation der Textilarbeiterinnen in Bangladesch zusammenfassen. Die Näherin Jessmin Begum und die Textilgewerkschafterin Arifa Akter wissen ein Lied davon zu singen. Gemeinsam mit dem NGO-Aktivisten Khorshed Alam, der eine Studie zu Arbeitsbedingungen bei Zulieferfabriken des deutschen Discounter Lidl erstellt hat und der indonesischen Gewerkschaftsaktivistin Rita Olivia Tambunan besuchten sie auf Einladung der FES und der Kampagne für saubere Kleidung vom 2. bis 11. November mehrere deutsche Städte und gaben einen Einblick in die oft menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen der asiatischen Textilindustrie. Und das Interesse an dem, was sie zu erzählen hatten, war überwältigend. Über siebenhundert Menschen nahmen an den Veranstaltungen teil. Dabei wurde deutlich, dass sich immer mehr Verbraucher/innen die Frage stellen, wie es

eigentlich sein kann, dass Kleidung so häufig zum Schnäppchen-Preis zu haben ist und auf wessen Kosten diese niedrigen Preise erzielt werden.

Diese Frage ging bei der Berliner Veranstaltung im ver.di-Haus auch an die Politik. Sascha Raabe, developmentpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion wies darauf hin, dass die deutsche Politik durchaus dazu beitragen könne, ausbeuterische Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern einzudämmen. Deutsche Unternehmen für die Arbeitsbedingungen in ihren Zulieferketten rechtlich verantwortlich zu machen, könnte ein effektiver Ansatzpunkt sein. Besser wäre jedoch die verbindliche Verankerung von Umwelt- und Sozialstandards wie die ILO-Kernarbeitsnormen im WTO-Regelwerk und in bilateralen Freihandelsabkommen.

Dass Ausbeutung im Ausland oft auch mit schlechten Arbeitsbedingungen im Inland einhergeht, machte die Lidl-Betriebsrätin Ulrike Schramm-de Robertis in Bonn und Leipzig deutlich. In München machten die Vorsitzende von ver.di Bayern, Luise Klemens sowie die frauen- und entwicklungspolitische Sprecherin der bayrischen SPD-Landtagsfrakti-

on, Dr. Simone Strohmayr, auf die Verantwortung von Politik, Gewerkschaften und Verbrauchern aufmerksam. „Geiz ist grausam“ über titelte die Süddeutsche Zeitung den Artikel zur Veranstaltung. Aber die



Verantwortung für faire Arbeitsbedingungen in der Welt einfach auf die Verbraucher und Verbraucherinnen abzuschieben, auch das kristallisierte sich bei den Diskussionen heraus, wäre oft auch unfair: Nicht jeder, der billig einkauft, findet es „geil“ – viele können sich teurere Ware schlicht nicht leisten. Soziale Gerechtigkeit für die Näherinnen, so auch ein Fazit der Veranstaltungsreihe, ist daher ohne soziale Gerechtigkeit hierzulande nur schwer umsetzbar.

Arifa Akter (links) und Jessmin Begum (rechts) in der Stuttgarter Innenstadt: Für Lidl hat Jessmin viele Jahre in einer Zulieferfabrik an der Nähmaschine Überstunden geschoben – häufig unbezahlt.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES

+++ Über **Deutschlands und Europas Zukunft** in der internationalen Politik sprach Altkanzler Gerhard Schröder am 15. September auf Einladung des FES-Landesbüros Brandenburg. Manfred Stolpe moderierte vor den 600 Gästen. +++



Foto: (Liebe)

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/GPol/inhalt/textil-sektor.htm

So wichtig wie Bildungspolitik

Ein vernichtendes Urteil fällt Helmut Holzapfel, Professor für Verkehrsplanung an der Universität Kassel und Sprecher des FES-Arbeitskreises „Innovative Verkehrspolitik“ über die Investitionen in Autobahnen, Schienen und Kanäle. Milliarden Euro werden, nach seiner Ansicht, „nach Gusto“ und „Gefälligkeit“ verteilt. Die Infrastrukturpolitik muss umgekrempelt werden. Das ist das Resümee der Konferenz „Bundesverkehrsnetzplanung

statt Bundesverkehrswegeplanung“, zu der die FES nach Berlin geladen hatte. Denn die Bundesregierung will den Bundesverkehrswegeplan erneuern, der regelt, wo in den nächsten Jahren Milliarden investiert werden. Der gültige Plan „strotzt vor Projekten, die nicht zu finanzieren sind“, sagte Tilmann Heuser, stellvertretender verkehrspolitischer Sprecher des Umweltverbandes BUND in Berlin. Der Plan kommt zustande, indem Bürgermeister Ortsumgehungen fordern, Ländern Baubedarf anmelden. Gutachter vergleichen die Projektkosten mit erwartetem Nutzen - weniger Reisezeit, schnellerer

Transport. Ergebnis ist dann eine Rangliste, die dem Verkehrsbedarf gerecht werden soll, mit strategischer Planung aber wenig zu tun hat. Dass Ressourcen schwinden, der Planet sich aufheizt, die Bevölkerung schrumpft und Straßen, Schienen sowie Kanäle vernetzt werden müssen – all dies wird bisher kaum bedacht. „Mobil mit weniger Verkehr!“, „Sanieren statt Neubauen!“, „Bürger einbeziehen!“ - da waren sich alle Konferenzteilnehmer einig. Die Verkehrsdebatte hat gerade erst begonnen und sie soll nicht nur Sache von Verkehrspolitikern sein, sondern auch von Ökonomen, Energieexperten, Soziologen. „Wir brauchen ein neues gesellschaftliches Bewusstsein“, forderte Florian Pronold, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion: „Infrastrukturpolitik ist so wichtig wie Bildungspolitik.“

— Missstände im internationalen Finanzsystem

International anerkannte, allgemein verbindliche Regeln müssten im Finanzsystem eingeführt werden, um eine neuerliche Wirtschaftskrise zu verhindern, sagte Dirk Panter zu Beginn einer Podiumsdiskussion am 11. Oktober in Leipzig zur Frage „Was lehrt uns die Finanzkrise?“ Vor seinem Einstieg in die Politik arbeitete der heutige sächsische SPD-Generalsekretär als Investmentbanker in London und New York. Das System basiere darauf, andere übers Ohr zu hauen, so Panter über seine eigenen Erfahrungen im Finanzwesen. Auf Missstände im internationalen Finanzsystem vor dem Beginn der Krise, verwies auch Claus Friedrich Holtmann, geschäftsführender Präsident des ostdeutschen Sparkassenverbandes. In den USA sowie in England

seien mit hohem Risiko Immobilienkredite vergeben worden, deren Rückzahlung von Anfang an unsicher waren. Mangelnde Transparenz, hohe Renditeversprechungen und fehlende Regeln, so Holtmann, seien die „Geißel des Finanzsystems“, und hätten die Krise erst möglich gemacht. Die Einführung eines Risikoselbstbehaltes für Banker wäre ein geeignetes Mittel, um Verantwortlichkeiten zu schaffen.

Nach fast 40 Veranstaltungen fand damit der Leipziger „Gesprächskreis Zukunft mit Ostdeutschland“ einen erfolgreichen Abschluss. Dr. Hinrich Lehmann-Grube hatte nach seinem Ausscheiden als Oberbürgermeister der Stadt Leipzig für die Stiftung diese Reihe mitentwickelt und seither moderiert.

Keine neuen Quellen entdeckt

Die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wird angesichts einer schrumpfenden Bevölkerung und Schuldenbremsen in den Haushalten von Bund und Ländern immer schwieriger. Deshalb sollten Politik und Verkehrsunternehmen neue Wege gehen. So das Ergebnis der Veranstaltung „Neuordnung der Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs“ des FES-Arbeitskreises Innovative Verkehrspolitik am 25. Oktober in Berlin.

Die Gesellschaft wird immer älter. In der Folge sind immer mehr Menschen nicht mehr in der Lage, selbst Auto zu fah-

ren, wollen aber nicht auf Mobilität verzichten, betonte Sören Bartol, stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Bundestagsfraktion. Die Städte erleben eine Renaissance, und gerade hier werden hohe Ansprüche an den ÖPNV gestellt. Über allem schweben die ehrgeizigen Klimaschutzziele, die ohne einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr nicht zu erreichen sind.

Die Rahmenbedingungen für den ÖPNV sind nicht befriedigend. Jürgen Fenske, Vorstandssprecher der Kölner Verkehrsbetriebe, verwies darauf,

dass die meisten Verkehrsunternehmen ihren Kostendeckungsgrad in den vergangenen Jahren deutlich gesteigert hätten. Jetzt stießen die Unternehmen aber an Grenzen. Rainer Bretschneider, Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur in Brandenburg, konnte den Verkehrsunternehmen und Kommunen aber kein zusätzliches Geld versprechen. Völlig neue Finanzquellen zur Finanzierung des ÖPNV konnte der Arbeitskreis nicht nennen. Martin Haag, Leiter des Instituts für Mobilität und Verkehr der TU Kaiserslautern, schlug vor, Instrumente wie die City-Maut zu forcieren.

EIN KONZEPT FÜR DIE ZUKÜNFTIGE GESTALTUNG ÖFFENTLICHER AUFGABEN?

Öffentlich-Private Partnerschaften

Herausragende Beispiele für aktuelle politische Konflikte im Zusammenhang mit Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) sind das Projekt „Stuttgart 21“, der Ausbau des Flughafens Schönefeld in Berlin sowie der Neubau der Elbphilharmonie in Hamburg. Durch die Einbeziehung privatwirtschaftlicher Investoren bei der Realisierung solcher Projekte werden inhaltliche Kontroversen verschärft. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass beteiligungsorientierte Planungsprozesse die kurzfristigen Kosten derartiger Projekte erhöhen. Öffentliche und private Partner verfolgen im Regelfall grundlegend ande-

re Interessen, die nur in Ausnahmefällen im Rahmen eines gemeinsamen Projekts verwirklicht werden können. Nach bisher vorliegenden Erfahrungen kann ÖPP dann sinnvoll sein, wenn es sich um vergleichsweise kleine und wenig komplexe Projekte handelt. Der Betrieb kommunaler Parkhäuser und Technologieparks sind derartige Beispiele. Gegenüber ÖPP hat sich derzeit in der politischen Landschaft der Bundesrepublik auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen sowie bei Personalräten und Gewerkschaften der öffentlichen Beschäftigten eine ambiva-

lente bis ablehnende Haltung etabliert. Erwartet wird eine grundsätzliche Politikberatung hinsichtlich des Einsatzes des Instrumentes ÖPP im Sinne der Weiterentwicklung der öffentlichen Dienstleistungen. Ausgehend von diesen Defiziten im politischen Diskurs veranstaltete die FES im Jahr 2010 das Projekt „Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP) in der Bundesrepublik Deutschland: Zwischen Anfangserfolgen, zunehmender Kritik und Rekommunalisierung.“

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/wiso/sets/s_wirt_1.htm

Podiumsdiskussionen der
FES zur Energiepolitik

Effizient, dezentral und erneuerbar

— DER KAMPF GEGEN DEN KLIMAWANDEL IST IN VOLLEM GANGE. Europaweit gilt das Ziel, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2050 um bis zu 95 Prozent zu verringern. Die Emission von Treibhausgasen soll in Deutschland in den nächsten zehn Jahren um 40 Prozent sinken.

Auf der Veranstaltung Ende Oktober in Berlin drängt Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND, auf Eile. Er will einen sofortigen und kompletten Umbau der Stromversorgung. Denn jedes Jahr in dem nicht verhandelt werde, sei ein bitteres Jahr für den Klimawandel. Unzählige Untersuchungen hätten gezeigt, dass die modernen Technologien in der Lage seien, 50 bis 70 Prozent Strom zu sparen. Deshalb fordert Weiger die Politik auf, der Industrie konkrete Vorgaben zu machen, etwa für den Verbrauch von Haushaltsgeräten.

Die Energiebranche zeigt sich weniger optimistisch. E.ON Energie-Chef Ingo Luge erwartet trotz moderner Technologien wie Photovoltaik und Windenergie einen Zuwachs des Stromverbrauchs in Deutsch-

land. Allerdings erreichten beispielsweise das neue Gaskraftwerk Irsching bei Ingolstadt oder das neue Kohlekraftwerk in Datteln

weltweit beste Effizienzwerte. Seiner Ansicht nach werden auch im Jahr 2050 noch Gas- und Kohlekraftwerke am Netz sein. Denn das Hauptproblem der erneuerbaren Energien sei deren schwankende Verlässlichkeit: „Wenn kein Wind bläst, stehen die Windräder still.“ Kurt Mühlhäuser, Chef der Stadtwerke München, hingegen vertraut ganz auf den technologischen Fortschritt. Hochleistungsfernleitungen könnten sauberen Strom aus windreichen Regionen in Landstriche bringen, wo Flaute herrscht. Im Jahr 2040 wird Windenergie deutlich günstiger sein als fossile Brennstoffe. Und mit Sicherheit auch als neue Kernkraftwerke, zeigte sich Mühlhäuser überzeugt.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfrakti-

on, Ulrich Kelber, hat eine andere Vision, um Deutschland künftig stabil mit Strom versorgen zu können. Ihm schwebt ein komplett neues dezentrales Versorgungs- und Erzeugernetz vor, mit vielen kleinen Anlagen überall im Land. Der ausgebildete Informatiker glaubt daran, „dass wir auf ein Internet der Energie zumarschieren mit Millionen von Erzeugern. Dies sei auch der Schlüssel zur Stabilität der Stromzufuhr, denn nie werde überall gleichzeitig Flaute herrschen. Die Zukunft der Energieversorgung wird effizient, dezentral und erneuerbar sein, erklärte Kelber.

Aber nicht alles, was neu ist, findet auch Zustimmung in der Bevölkerung, da ist sich das Podium einig. Neue Großleitungen sind umstritten. Bürgerinitiativen wehren sich gegen Pläne Treibhausgas zu binden und im Erdboden einzulagern. Thomas Nieber von der Gewerkschaft IG BCE forderte deshalb die Menschen auf, den klimaschonenden Technologien eine Chance zu geben. So zog auch der Moderator und frühere Bundesminister Hans Eichel eine sorgenvolle Bilanz: „Wir könnten es fertig bringen, am Ende alles zu blockieren.“ Auch bei einer Konferenz mit

Experten und Fachpolitikern aus Brüssel, Deutschland und Österreich am 4. Oktober in Berlin wurde schnell klar: Um das in Deutschland auch gesetzlich verankerte EU-Klimaziel zu erreichen, muss bis 2050 die gesamte Energieversorgung in den Bereichen Strom, Wärme/Kälte und Mobilität ohne CO₂-Emissionen auskommen. Da einige Indus-

triebereiche und die Landwirtschaft weiterhin emittieren werden, müssen die Einsparungen komplett dort stattfinden, wo sie nachweisbar möglich sind.

Erneuerbare Energien sind der Weg zu mehr Energieunabhängigkeit und langfristig auch zu kostengünstigerer Energieversorgung. Die von der Bundesregierung beschlossenen

Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke laufen diesem Ziel entgegen, weil sie grünen Anlagen die Investitionssicherheit nehmen. Viele Stadtwerke befürchten, angesichts der mit „Atomstrom verstopften Netze“ ihren Ökostrom nicht mehr einspeisen zu können – ein Phänomen, das sich schon jetzt an windstarken Tagen bemerkbar macht.

SYMPOSIUM DES FRITZ-ERLER-FORUMS

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung verbindet wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit und dem Schutz der Umwelt. Damit zukünftige Generationen dieselben Chancen auf ein erfülltes Leben haben wie die heutigen, ist Bildung ein Schlüsselinstrument, um Veränderungen im dazu erforderlichen Wissen, in den Werten, den Verhaltensweisen und den Lebensstilen zu bewirken. Mit der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014) haben sich die Staaten der UN verpflichtet, dieses Bildungskonzept zu stärken. Auf einem Symposium des Fritz-Erler-Forums in Breisach diskutierten Experten Ende Oktober, wie das Ziel der Maximierung des marktwirtschaft-

lichen Wachstums umgelenkt werden kann, auf die Verbesserung des nachhaltigen menschlichen Wohlergehens.

Prof. Dr. Gerhard de Haan, Vorsitzender des Nachhaltigkeitskomitees der UN Dekade 'Bildung für nachhaltige Entwicklung' verwies auf Studien, die belegen, dass der jungen Generation die politische Mitgestaltung generell wichtig ist, dass es ihr aber an den richtigen Rahmenbedingungen fehle, um sich zu engagieren.

„Global und lokal gehören untrennbar zusammen“, konstatierte Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von Germanwatch e.V. Er beschrieb die Baustellen für nachhaltige Entwicklung: die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Energiekrise, die Welter-

nährungskrise und die Klimakrise. Jeder Einzelne habe die Möglichkeit etwas zu bewegen, sei es durch Einmischung in die Politik oder über den Konsum. „In Deutschland wird das Thema Nachhaltigkeit bereits gut aufgegriffen und praktiziert,“ so Thomas Giesinger, Referent beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Baden-Württemberg, der ein positives Bild der Bewusstseinslage zeichnete. Auch die momentan verstärkte Debatte über Formen der direkten Demokratie sei ein wichtiger Impuls in Richtung nachhaltiger Entwicklung. Dem entgegnete Prof. Ulrich Eith, Direktor des Studienhauses Wiesneck, dass „es lediglich einen Kern von 10-20% politisch aktiver Bürger in Deutschland gibt.“ Es existiere zwar ein Interesse für politische Nachhaltigkeit in der gebildeten Schicht, der ‚Rest‘ würde aber immer mehr abgehängt. Aus diesem Grund müssten der Zugang zu gleichen Bildungschancen sehr viel stärker als bisher unterstützt werden.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Die **Rekommunalisierung der Energieversorgung** – u.a. der Erwerb von Netzen der Energieunternehmen durch Kommunen oder die Gründung von Stadtwerken – ist von großer kommunal- und energiepolitischer Aktualität. Viele Städte prüfen, die Energieversorgung in die eigene Hand zu nehmen. Bei einem Expertendialog zu diesem Thema brachten Marc Knülle, SPD-Fraktionsvorsitzender im Rat von Sankt Augustin, Marco Westphal, Geschäftsführer der Stadtwerke Bonn, und Oliver Wagner, Projektleiter der Forschungsgruppe „Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik“ im Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, in der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel ihre Erfahrungen ein. +++

Vom Bildungsbericht zur Bildungssteuerung

Im Juni 2010 wurde der dritte nationale Bildungsbericht veröffentlicht. Einzelne Befunde prognostizieren, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler bis 2025 um knapp 19% sinken wird. Fast jedes dritte Kind wächst in sozialen, finanziellen und/oder kulturellen Risikolagen auf. Weiterhin ist ein akuter Mangel an Kitaplätzen absehbar.

Die zentralen Aussagen des Bildungsberichts, der am 6. September in einer Konferenz

der Friedrich-Ebert-Stiftung diskutiert wurde, legen einen umfassenden Umbau des Bildungssystems nahe. Prof. Dr. Martin Baethge, Mitglied der Autorengruppe Bildungsberichtserstattung, benennt klare arbeitsmarkt- und bildungspolitische Handlungsfelder. Die Erfahrung mit den letzten beiden Bildungsberichten 2006 und 2008 zeige aber, dass die Ergebnisse bislang wenig systematisch in politische Handlungen umgesetzt werden. Die Voraussetzungen wurden bei der Konferenz deutlich benannt: Die Berichte sollten im Bundestag und in den Länderparlamenten diskutiert werden. Die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, For-

schung und Technikfolgenabschätzung, Ulla Burchardt, forderte: „Im Rahmen der nationalen Berichterstattung sollten ganz konkrete Ziele vereinbart, Meilensteine und Erfüllungszeitpunkte bestimmt werden.“ Momentan werden Wissenschaftler/innen mit umfassenden Auswertungen beauftragt, die einen sehr guten Überblick geben – aber keine Empfehlungen formulieren. Auch hier zeigt sich: Es gibt in der Bildungspolitik kaum verbindliche nationale Absprachen und keine verbindlichen föderalen Perspektiven. Kitaplätze werden ausgebaut, doch regional in sehr unterschiedlichem Umfang. Der Sprachstand von Kindern wird überprüft, doch mit insgesamt 17 verschiedenen Verfahren landesweit. Der nationale Bildungsbericht könnte die nötige Grundlage für politische Entscheidungen sein.

Hochschulen in der Verantwortung

„Die Bologna-Reform ist ein Paradebeispiel dafür, wie man Reformen nicht macht.“ Diese eindeutige Kritik des Jenaer Uni-Rektors Prof. Klaus Dicke steht für die Brisanz eines Themas, dem sich eine Konferenz des FES-Landesbüros Thüringen widmete. Um über die Chancen, Erfolge und Misserfolge Thüringer Hochschulpolitik elf Jahre nach der Unterzeichnung der Bologna-

Erklärung zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes zu diskutieren, versammelten sich im November Politiker, Wissenschaftler und Studierende in Jena. Der Kritik am Bologna-Prozess, überwiegend von den Studierenden und Hochschulmitarbeitern geäußert, wurden allerdings auch Erfolge der Bologna-Reform gegenübergestellt. Dr. Peter Zervakis von

der Hochschulrektorenkonferenz machte deutlich, dass etwa die Studiendauer signifikant verkürzt werden konnte, die Zufriedenheitswerte der Studierenden gestiegen seien und auch die Auslandsmobilität sich deutlich verbessert habe. Nun komme es darauf an, die Universitäten zur Umsetzung dieser Reform hinreichend auszustatten, betonte die ehemalige sächsische Wissen-

schaftsministerin Dr. Eva Maria Stange. Frauke Heesing vom JUSO-Landesvorstand erteilte für den Vorschlag eines Vier-Jahres-Bachelor von allen Seiten breite Zustimmung.

Allerdings stellte Dr. Zervakis klar, dass die Verantwortlichkeit hierfür vor allem bei den Hochschulen selbst liege. Denn auch das sei ein Erfolg der Bologna-Reform: Die größere Au-

tonomie der Hochschulen. Es komme nun darauf an, diese im Sinne der Studierenden zu nutzen.

KONFERENZ „HOCHSCHULPROTESTE 2009“

Eingeschränkt beweglich

Seit den Hochschulprotesten des Jahres 2009 hat sich an den Hochschulen einiges bewegt. Anwesenheitspflichten wurden gelockert, die Prüfungsdichte wurde verringert und es wird mehr Beratung angeboten. Prof. Dr. Sabine Kunst, Präsidentin des DAAD und der Uni Potsdam, machte bei der Konferenz „Hochschulproteste 2009 – Wo stehen wir heute?“ deutlich, dass die Mobilität im Vergleich zu den al-

ten Studiengängen rückläufig ist. Das gilt für die Aufnahme von Auslandssemestern, jedoch auch zunehmend bei Wechseln innerhalb Deutschlands. Als weiterer Engpass stellt sich der Übergang zum Master dar. Lange nicht für jede/n steht ein Master-Platz zur Verfügung, die Kapazitäten sind teils sehr gering und die Zugangsbedingungen regional höchst unterschiedlich. Im Gespräch mit Swen Schulz und Dr. Ernst-Die-

ter Rossmann, den bildungspolitischen Sprechern der SPD-Fraktion, forderten Studierende des AK Bildung der FES einen Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz für alle Bachelor-Absolvent/innen.

MEHR ZUM THEMA

Das Thesenpapier der Studierenden sowie die Livestream-Aufzeichnung der gesamten Veranstaltung: www.fes.de/bildungspolitik.

BILDUNGSGERECHTIGKEIT IN DER BEGABTENFÖRDERUNG

Ein Widerspruch in sich?

Wie können die klügsten Köpfe für ein Studium gewonnen werden? Wie gerecht kann es bei der Vergabe von Stipendien zugehen? Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte ihre Vertrauensdozent/innen eingeladen, Ideen zu entwickeln, wie sich der Leistungsgedanke mit sozialer Balance verbinden lässt.

Auch ein Begabtenförderungswerk wie die FES kann gesellschaftliche und ökonomische Defizite nicht ausgleichen. Deshalb geht es darum, junge Menschen aus Familien, für die Studieren bisher nicht selbstverständlich war, für ein Studium zu gewinnen. Welche Wege man konkret beschreiten kann, um verborgene Potenziale zu fördern, zeigen die über 30 Beiträge der Vertrauensdozent/innen in der Publikation „Bildungsgerechtigkeit in der Begabtenförderung – Ein Widerspruch in sich?“ Die Beiträge berichten aus der Praxis – von den Versäumnissen in der frühkindlichen Förderung bis zur

Realität des Hochschulstudiums. Auch der Prozess der Stipendienvergabe kann Unsicherheiten und Vorbehalte auslösen: „Bin ich gemeint und habe ich überhaupt eine Chance?“ Der Aufwand für eine Bewerbung wird von vielen als immens, die Erfolgchancen als gering eingeschätzt.

Als wichtig wird ein zielgruppenorientiertes Auswahlverfahren beschrieben, das die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen der jeweiligen sozialen Gruppe berücksichtigt. Die FES hat mit dem ‚Stipendium auf Probe‘ gute Erfahrungen gemacht. Hier werden Studierende aus nicht-akademischem Familien und/oder mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt. Was noch alles möglich ist, um sozial bedingte Bildungsbarrieren abzubauen, lässt sich in der ersten Publikation aus der ‚Reihe Hochschulpolitik‘ nachlesen.

www.fes.de/bildungspolitik

UN-Konvention und ihre Folgen

Im März 2009 hat Deutschland die UN-Konvention über

die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Damit geht die Verpflichtung einher, ein inklusives Bildungssystem zu gestalten: Alle Kinder sollen unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Bedürfnisse gemeinsam in einer Schule unter-

richtet werden können. Mit der Publikation „Inklusive Bildung – Die UN-Konvention und ihre Folgen“ gibt das Netzwerk Bildung der FES praktische Beispiele, was möglich ist, um an den Schulen gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Im deutschen Schulsystem ist allerdings die Aussonderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf bisher die Regel. Ganz anders ist die Situation in den europäischen Nachbarländern. 2006 besuchten lediglich 15% der europäischen Schüler/innen mit besonderem Förderbedarf eine spezielle Förderschule, 85% wurden inklusiv unterrichtet.

In Deutschland sind die Zahlen genau umgekehrt.

Neben den gesetzlichen Grundlagen und dem europäischen Vergleich erklärt die Camilla Dawletschin-Linder die Vorteile inklusiver Bildung aus Elternsicht. Ulf Preuss-Lausitz und Andreas Hinz benennen die konkreten Bedingungen an den Schulen zur Umsetzung gemeinsamer Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung und gehen dabei auch auf die besondere Rolle der Lehrkräfte ein.

DIE PUBLIKATION

<http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=07621&ty=pdf>



+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Dem Ehrenvorsitzenden des Auswahl Ausschusses der Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Professor Helmut Berding, wurde am 1. Dezember in Berlin anlässlich seines 80. Geburtstags eine kleine Festschrift überreicht. Die FES-Vorsitzende Anke Fuchs würdigte in einer Feierstunde das wissenschaftliche und pädagogische Engagement Helmut Berdings, insbesondere seinen jahrzehntelangen **Einsatz für die Förderung des akademischen Nachwuchses**. Die Festschrift ist im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH (Bonn) erschienen und wurde von Reineke Schmoll-Eisenwerth (Abt. Studienförderung der FES) herausgegeben. +++

+++ Nach ihrer **Meinung zum Modell des längeren gemeinsamen Lernens** wurden rund 1000 Thüringerinnen und Thüringer im Auftrag der FES vom Meinungsforschungsinstitut Aproxima befragt. 86 Prozent sprachen sich dafür aus, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam zur Schule gehen sollten. Nur 14 Prozent hielten ein gegliedertes Schulsystem für die bessere Wahl. Die Umfra-

ge leistet einen Beitrag zur aktuellen Debatte um die Einführung einer Thüringer Gemeinschaftsschule, die mit dem neuen Schulgesetz auf den Weg gebracht wurde. Vollständige Studie unter: www.fes.de/thueringen. +++

+++ Bildung ist die Zukunft, Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Integration und wirtschaftlichem Erfolg. Trotz dieser weit verbreiteten Erkenntnis sind die bildungspolitischen Baustellen groß. Über die Herausforderungen, vor denen Universitäten und Politik angesichts der zunehmenden **Ökonomisierung der Hochschullandschaft** stehen, diskutierten in einem Fachgespräch des Bayern-Forums Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, LMU München, Prof. Dr. Hans Lilie, Vizepräsident der Deutschen Studentenwerke sowie Prof. Dr. Daniela Wawra, Vizepräsidentin des Deutschen Hochschulverbands, mit der Generalsekretärin der Bayern-SPD, Natascha Kohnen, und der hochschulpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Isabell Zacharias. +++

Sprache ist der Schlüssel zur Integration

Mit den sozialen und institutionellen Bedingungen des Spracherwerbs von Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigte sich eine Fachkonferenz des FES-Gesprächskreis Migration Integration und der Arbeiterwohlfahrt am 29. November 2010 in Berlin.

Präsentiert wurde ein wissenschaftlich begründetes und bereits praktisch erprobtes Konzept einer „durchgängigen Sprachbildung“ für Einwanderer und ihre Kinder. Dieses Konzept bedeute zum einen, dass von der Familie über Kindergarten, Schule, bis hin zu Aus- und Weiterbildung

Sprachlernprozesse gestaltet werden müssen. Zum anderen müsse Sprachlernen eine Aufgabe aller pädagogischen Aktivitäten sein und dürfe sich nicht auf speziellen Förderunterricht in Deutsch beschränken.

Aydan Özoguz, Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, forderte, die zwei- oder mehrsprachige Kompetenz der Kinder zu berücksichtigen. Als besonders problematisch beschrieb Brigitte Döcker, Vorstandsmitglied der Arbeiterwohlfahrt, dass die unterschiedlichen Niveaus der Sprachbeherrschung inzwischen genutzt würden, um Auf-

enthaltstitel zu gewähren bzw. vorzuenthalten. Einig waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz, dass die Qualifizierung von Lehrern, Erzieherinnen und Ausbildern intensiviert werden müsse, um ihre Kenntnisse über die Bedingungen des Sprachlernens zu verbessern. Denn Deutschland müsse sich der sprachlichen Vielfalt seiner Bevölkerung bewusst werden und sie als wichtige Ressource in einer globalisierten Welt erkennen und fördern.

DIE BEITRÄGE ZUR KONFERENZ

www.fes.de/wiso/sets/s_migr_publ.htm

Vater, Mutter, Fragezeichen

Die neuen Strukturen und Bedürfnisse von Familien waren Gegenstand einer Gesprächsreihe des Leipziger FES Büros: „Familienbilder-Lebensbilder-Leitbilder.“

Die aktuellen Haushaltskonsolidierungen könnten gerade Familien besonders hart treffen, befürchtet der sächsische

SPD-Vorsitzende Martin Dulig. Der sechsfache Vater betonte, dass Familie auch bedeute, generationenübergreifend Verantwortung zu übernehmen. Der Sozialwissenschaftler Dr. Steffen Kröhnert vom Berlin-Institut für Bevölkerung und

Entwicklung beschrieb das Aufbrechen der traditionellen Familie. Die Ehe verliere an Bedeutung und sei für einige nur noch interessant, um Steuern zu sparen. Außerdem kippe die Bevölkerungspyramide durch den demographischen Wandel und stelle somit auch das Familienbild auf den Kopf. Seit Jahren stagnierten die Geburtenraten in ganz Deutschland auf einem niedrigen Niveau und trotzdem fehlten in vielen Kommunen immer noch Betreuungsangebote für die wenigen Kinder. Gerade solche Angebote würden aber die Attraktivität der Familie und den Kinderwunsch steigern, so Kröhnert.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ 25 Realschüler/innen, eine Lehrerin, drei Teamer, ein Auftrag des Oberbürgermeisters und eine Woche Zeit sind die Zutaten für eine gelungene **Jugendplanungszelle**. Im Oktober trafen sich Bonner Jugendliche auf Einladung des Forums Jugend und Politik, um eine Empfehlung zu erarbeiten, wie Jugendbeteiligung in ihrem Stadtteil Tannenbusch verbessert werden könnte. Die Neuntklässler/innen entwickelten außerdem Vorschläge wie das sozial benachteiligte Tannenbusch verändert werden könnte. Im Gespräch mit den jugendpolitischen Sprecher/innen der Stadtratsfraktionen präsentierten die Jugendlichen ihre „Utopie Tannenbusch 2015“ mit Sportanlagen, Schulbussen und sicheren, sauberen Straßen. ++ +

Der 15. Mainzer
MedienDisput

Lassen sich Journalisten instrumentalisieren?

— AUFKLÄRUNG WAR DAS SCHLÜSSELWORT DER DISKUSSIONEN auf dem von 500 Journalisten besuchten 15. MainzerMedienDisput, der sich den Titel „Örtliche Betäubung und bestellte Wahrheiten – wenn Öffentlichkeit amputiert wird!“ gegeben hatte. Ohne Aufklärung gibt es keinen Qualitätsjournalismus; und ohne den leidenschaftlichen Wunsch zur Wahrheit gibt es keine Recherche und kein Hintergrundwissen.

Haben die Medien selbst beim Publikum eine gefährliche Politikverachtung ausgelöst, so dass alle nur noch unterhalten werden wollen? So lautete die Kernfrage an Peter Limbourg



Der ehemalige WDR-Intendant Fritz Pleitgen machte sich für mehr Hintergrundberichterstattung stark.

(Senior Vice President Nachrichten ProSiebenSat1 Media AG) und Dr. Fritz Pleitgen (ehem. Intendant des WDR). Für Pleitgen ist es ein Fehler, „Kernelemente“ wie Reportagen und politische Magazine aus dem Hauptprogramm zu verbannen. Es sei nicht akzeptabel, wenn Reportagen und Dokumentationen in die Nacht rutschten. „Talkshows können keine Hintergrundberichte ersetzen.“ Limbourg betonte die Wahlfreiheit jedes Zuschauers, sich das anzuschauen, was ihn interessiert; und das Bedienen von Zuschauerinteressen sei

die Aufgabe von Sendeanstalten.

In der Diskussion zur Lage des Lokaljournalismus wurden die verbreiteten Billiglöhne und Redaktionsschließungen beklagt, durch die dem Lokaljournalismus der Boden entzogen würde. Diese Entwicklungen beeinflussten die politische Willensbildung von Bürgerinnen und Bürgern – es entstünde eine „örtliche Betäubung“, die der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegen komme. Selbstkritisch stellten sich die Forumsteilnehmer unangenehme Fragen: Wo haben die Medien mehr versagt – Im Fall des Thilo Sarrazin, der mit seinen Thesen in nahezu alle Talk-Shows eingeladen wurde – oder vorher durch die Verhinderung einer offenen Diskussion über Integrationsdefizite in Deutschland? War die Berichterstattung über die Missbrauchsfälle in kirchlichen Einrichtungen

und in der Odenwaldschule dem Wunsch der Leser nach Skandal und Abscheulichkeit geschuldet? Wenn nicht, warum hört man dann jetzt nichts mehr von diesem Thema? Haben sich Journalisten instrumentalisieren lassen? Paulus Terwitte (Kapuziner, TV-Pater), Jens Tillman (Journalist, ehem. Odenwaldschüler), Johannes von Dohnanyi (Vorstandssprecher Odenwaldschule, Journalist) und Matthias Dobrinski von der Süddeutschen Zeitung wollten in ihrer Debatte nicht ausschließen, dass die Medien an einer Skandalberichterstattung mit grob geschnittener Konfliktdarstellung interessiert sein könnten.

Neben der Staatskanzlei und der Landesmedienanstalt Rheinland-Pfalz ist die FES fördernde Mitveranstalterin des MainzerMedienForums.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Das Beste aus Banklehre und VWL-Studium bot das Seminar „Börsenchinesisch verstehen: Das ABC des Finanzjournalismus“, das die FES-JournalistenAkademie im Oktober in Bonn für journalistische Profis durchführte. Wie entstehen Krisen? Wie verlaufen sie? Warum schaffen einige Länder die Wende und andere nicht? Der WDR-Wirtschaftsjournalist Ulrich Ückerseifer gab einen Einblick in die Netzwerke der Finanzwelt – und seine Beispiele von gelungenen und misslungenen Radio- und Fernsehbeiträgen führten neben der Einsicht ins Thema auch zu viel Gelächter. +++

Alles keine Zauberei

„Ich bin gespannt, ob die Pro-mi-Journalisten uns überhaupt ernst nehmen!“, meint Kerstin. Sie ist Teilnehmerin des Workshops „Interview und Recherche“, der von der FES-JournalistenAkademie parallel zum MainzerMedienDisput im SWR und im ZDF durchgeführt wird. Los geht's mit einem Workshop zu den Themen Interview und Recherche. So startet Volker Engels, Journalist und Kommunikationstrainer mit den Grundlagen eines erfolgreichen Interviews: gute Sachkenntnis, gezielte Fragen, offensive Körpersprache, verdeckte Körpersignale des Interviewpartners lesen, Gesprächsdramaturgie

initiiieren und vieles mehr. In-golf Gritschneder erläutert am Beispiel seines WDR-Films: „Karstadt – der große Schlussverkauf“ (Deutscher Wirtschaftsfilmpreis 2010) die Vorgehensweise bei einer investigativen Recherche. Wie gelangt man an Dokumente, wie erfährt man Zusammenhänge über die keiner reden will, wer sind Verbündete? Stauende Blicke: investigativer Journalismus ist keine Zauberei, das kann man alles lernen! Zum Praxistest suchen sich die Workshop-Teilnehmer ihre Interview-Partner. Kerstin interviewt Peter Limbourg und ist stolz: „Er hat auf alle meine

Fragen zum Qualitätsjournalismus bei den Privaten Sendeanstalten ernsthaft geantwortet und sich richtig Zeit genommen!“

Der journalistische Nachwuchs traf auch mit der FES-Vorsitzenden Anke Fuchs und dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck zusammen.



VERANSTALTUNG DES FES-LANDESBÜROS HESSEN ZUM DATENSCHUTZ IM INTERNET

Ich sehe was, was Du nicht siehst...

Daten, die ins Netz gestellt werden, sind nicht mehr zu entfernen, sie werden kommuniziert und weiter gegeben, von Freunden zu anderen Freunden, von Unternehmen zu anderen Unternehmen. Die „wunderbaren Netzwerke“ machten es notwen-

dig, dass jeder Einzelne lernte, wie man diese ohne Schaden nutzen kann, betonte Christina Brenck, Referentin Jugend- und Datenschutz der Lokalistin Media GmbH während einer Veranstaltung des Landesbüros Hessen der FES. Um zu entscheiden,

welche Daten man preisgibt, schlug Dr. Gunnar Schwan, Projektleiter für Dienstleistungsuntersuchungen von der Stiftung Warentest, vor, sich das Internet wie eine Litfaßsäule vorzustellen und sich dabei immer zu fragen: Muss ich diese Informationen jetzt an alle weitergeben?

Allerdings, so Christina Brenck, werde von einigen Arbeitgebern inzwischen sogar erwartet, dass man auffindbar sei. Man besäße dann eine „Social-Media-Kompetenz.“ Wenn man nicht auffindbar sei, habe man möglicherweise etwas zu verbergen, so die Schlussfolgerung.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Zur Einweihung neuer Büroräume des FES-Landesbüros Hessen im Herzen von Wiesbaden, konnten der Wiesbadener SPD-Vorsitzende Arno Goßmann, IG-Metallbezirksleiter Hessen Armin Schild, die ehemalige Ministerin Heidi Wiecek-Zeul, die Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Anke Fuchs und der SPD-Landesvorsitzende

Thorsten Schäfer-Gümbel von der Büroleiterin Nicole Nestler (2.v.r.) begrüßt werden. +++



Auf dem Weg in die Postdemokratie?

Politikverdrossenheit, Vertrauensverlust der Wähler, sinkende Wahlbeteiligung und nachlassende Bereitschaft zum politischen Engagement – all dies sind Indikatoren dafür, dass sich die Demokratie in einer Krise befindet. Der Politikwissenschaftler Colin Crouch widmete sich gemeinsam mit Heiko Maas, dem Leiter der SPD-Zukunftswerkstatt „Demokratie und Freiheit“, auf einer Konferenz der Politischen Akademie in Berlin der Frage, ob Deutschland auf dem Weg in die „Postdemokratie“ sei.

Nach Crouchs Definition der „Postdemokratie“ sind die Institutionen der parlamentarischen Demokratie formal gesehen vollkommen intakt, aber im Innern wird der demokratische Prozess stetig ausgehöhlt. Der Einfluss privilegierter Eliten auf die Politik steigt, die Interessen großer Wirtschaftsunternehmen treten in den Vorder-

grund. Parteien transformieren sich in Apparate zum Stimmenfang. Mediale Inszenierung ist wichtiger als Inhalt, charismatische Persönlichkeiten ersetzen Programmatik. Die Bevölkerung fühlt sich zunehmend nicht mehr durch die Parteien repräsentiert, sondern sieht die kleinen, zivilgesellschaftlichen Gruppen als ihre Interessenvertreter, so Crouch.

Heiko Maas zeichnete ein helleres Bild vom Zustand der Demokratie in Deutschland. Wesentlich für die Parteien sei es, den gesellschaftlichen Veränderungsdruck zu erkennen, Lösungen anzubieten und insbesondere für Werte einzustehen.

Neue Formen politischer Teilhabe entwickeln

Nicht erst seit Stuttgart 21 fühlen sich Bürgerinnen und Bürger von der Politik häufig nicht ernst genommen. Auf der anderen Seite beklagt die Politik eine mangelnde Bereitschaft der Menschen, die politischen Handlungsspielräume wahrzunehmen. Doch dieses Engagement gibt es längst woanders: in zeitlich begrenzten Projekten, in lokalen Initiativen und in der virtuellen Welt mit ihren Blogs, Online-Portalen und Communities. „Mitreden! Aber wie?“ fragte deshalb eine Fachtagung, die vom Forum Berlin der FES ausgerichtet wurde. So diskutierten Mitglieder des Bundestages wie Ute Kumpf und Swen Schulz, Mit-

glieder des Abgeordnetenhauses wie Ülker Radziwill und Raeh Saleh mit Vertretern aus Projekten und Verbänden, den Jusos, dem DGB, den „Weltbewegern“ und den „Netzdemokraten“ darüber, wie neue Formen von Kommunikation und Beteiligung entwickelt werden können, um der Vielfalt von Engagement gerecht werden zu können.

Luft machen, Verbesserungen vorschlagen

„Wie kann man Sachsen-Anhalt fit für die Zukunft machen?“ Diese Frage stand im Mittelpunkt der neun Bürgerforen, die das FES-Landesbüro Sachsen-Anhalt mit Jens Bullerjahn, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister des Landes im Jahr 2010 durchgeführt hat. Ziel der Veranstaltungen war es nicht nur, seinem Ärger gegenüber der Politik Luft machen zu können, sondern auch Vorschläge zur Lösung der diskutierten Probleme zu machen. Das Themenspektrum reichte von dem sehr konkreten Wunsch nach schneller

Beseitigung von Wahlplakaten bis zu Fragen der Chancengleichheit zwischen Ost und West oder dem Umbau des Bildungssystems in Sachsen-Anhalt. Die Ideen der Bürgerinnen und Bürger wurden von Finanzminister Jens Bullerjahn meist positiv aufgenommen und in fast jedem Fall zeigte er die vorhandenen Handlungsoptionen und politischen Spielräume in Sachsen-Anhalt. Er scheute sich auch nicht deutlich zu machen, in welchen Fällen das Land keine Möglichkeiten zum Handeln hat.

Sind wir ein Volk?

Gleich zu Beginn der Diskussionsrunde im Eschweger E-Werk wurde deutlich: Auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung sind Unterschiede zwischen West und Ost deutlich erlebbar.

Auf Einladung der FES diskutierten der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, mit dem ZEIT-Journalisten und Autor Chris-

toph Dieckmann zur Frage: „Sind wir ein Volk? 20 Jahre Deutsche Einheit.“ „Als Ostdeutscher habe ich nun mal eine spezifische Biographie und andere Lebensprägung“, so Thierse auf die Frage, ob es heute überhaupt noch sinnvoll sei, in den Kategorien Ost und West zu denken. Einig waren sich die Podiumsteilnehmer in ihrer Sorge um die zuneh-

mende Demokratieverdrossenheit gerade junger Menschen in Ostdeutschland. Thierse mahnte angesichts des schwindenden Vertrauens in die Demokratie eine Ausweitung direkter Mitsprachemöglichkeiten an. „Volksbefragungen zwischen Wahlen zu wichtigen Entscheidungen könnten wieder mehr Menschen zum Mitmachen ermuntern.“

Geschichten ohne Grenzen

Anlässlich des zwanzigsten Jahrestags der Deutschen Wiedervereinigung begaben sich im Oktober 2010 vier Leipziger Studenten, gleichzeitig Nachwuchsjournalisten beim Leipziger Uniradio Mephisto 97.6, auf eine außergewöhnliche Reise, um das vereinte Deutschland genauer kennenzulernen. Eine Wanderung quer durch die Republik, auf dem Wanderweg der Deut-

schen Einheit. Zwei Teams (eines aus dem Osten, eines aus dem Westen Deutschlands) starteten in Görlitz sowie Aachen, um die jeweils andere Seite Deutschlands kennenzulernen. Nach rund 500 Kilometern Fußmarsch trafen sie am 3. Oktober aufeinander, direkt an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Bei einer Podiumsveranstaltung der FES in Leipzig stellten die Be-

teiligten ihr Projekt vor. Mit „Geschichten ohne Grenzen“ berichteten die vier „Einheitswanderer“ von ihren Reiseerfahrungen. Abschließend sprachen sich die vier jungen Leute dafür aus Teile der ehemaligen Grenzbefestigungen zu erhalten, um nachfolgenden Generationen als Mahnmal zu dienen. Dies sei das beste Mittel, um an Flüchtlinge und Opfer der deutschen Teilung zu erinnern.

— 20 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung in Sachsen

Bereits im Frühjahr 1990 - vor Währungsunion und staatlicher Einheit - begann die Arbeit der FES in der gerade noch existierenden DDR. Auf besonderen Wunsch von Willy Brandt wurde das erste Büro in Leipzig eröffnet, der Stadt der Friedlichen Revolution. Am 8. September 2010 erinnerte ein Empfang an „20 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung in Sachsen - 20 Jahre Engagement für Soziale Demokratie.“ Der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung betonte, dass die Stiftung in den vergangenen 20 Jahren in Leipzig und Sachsen einen herausragenden Beitrag für die politische Diskussionskultur

und Politikvermittlung geleistet habe. Sie genieße in der Öffentlichkeit und über Parteigrenzen hinweg besondere Anerkennung als maßgebliche Institution politischer Bildungs- und Diskussionsangebote. Martin Dulig, SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag und Sächsischer Landesvorsitzender erklärte, dass viele der Angebote der Stiftung immer wieder wichtige Impulse für das eigene politische Wirken gäben. ver.di-Landesbezirksleiter Thomas Voß würdigte besonders die grenzübergreifenden Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsprojekte zwischen Sachsen, Tschechien und Polen.

50 JAHRE ARCHIV FÜR SOZIALGESCHICHTE. BEDEUTUNG, WIRKUNG, ZUKUNFT

Fragen an die Vergangenheit

Pünktlich zur Buchmesse erschien im Oktober 2010 der 50. Band des Archivs für Sozialgeschichte. In einem Symposium, das aus diesem Anlass in Berlin veranstaltet wurde, beleuchtete der Historiker Jürgen Kocka die Geschichte der international renommierten Fachzeitschrift und stellte in seinem Festvortrag ihre weit über die Geschichtswissenschaft

hinausreichende Bedeutung dar.

Das 1961 auf Initiative von Georg Eckert als „Jahrbuch der Friedrich-Ebert-Stiftung“ gegründete Archiv für Sozialgeschichte entwickelte sich rasch zu einem Schrittmacher der modernen sozialhistorischen Forschung und widmet sich heute vor allem der neueren Gesellschaftsgeschichte Deutschlands, Europas und Nordamerikas.

Eine erste Ausweitung des Themenspektrums ist ab den 1970er Jahren im Archiv für Sozialgeschichte unter dem maßgeb-

lichen Einfluss des neuen Schriftleiters Dieter Dowe erkennbar – als Konsequenz der Überzeugung, dass zu jeder Zeit neue Fragen an die Vergangenheit gestellt werden sollten.

Dementsprechend werden die Themen noch immer in hohem Maße aus zentralen aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten abgeleitet:

- Band 42 (2002): Migration in Deutschland seit 1945

- Band 47 (2007): Der Sozialstaat in der Krise – Deutschland im internationalen Vergleich
- Band 48 (2008): Dekolonisation und Entwicklungszusammenarbeit
- Band 50 (2010): Verwissenschaftlichung von Politik nach 1945
- Band 51 (2011): Säkularisierung oder Rückkehr des Religiösen? Religion und Gesellschaft in global vergleichender Perspektive

Das Archiv für Sozialgeschichte ist eines der großen „Leuchtturmprojekte“ des historischen Arbeitsbereichs und wird als Publikation der FES weltweit sehr geschätzt. Es ist in der Library of Congress in Washington ebenso zu finden wie in Asien, Südamerika und Afrika und steht im Internet, mit Ausnahme der jeweils letzten drei Jahrgänge, als Volltext zur Verfügung. Erst kürzlich hat die European Science Foundation das Archiv für Sozialgeschichte in seine höchste Bewertungskategorie für wissenschaftliche Zeitschriften eingestuft und die Reichweite der Zeitschrift, ihre Vielfalt und Qualität der behandelten Themen damit positiv bestätigt.

Für die FES stellt das Archiv für Sozialgeschichte die zentrale Verbindung zur historischen Forschung und Wissenschaftspolitik dar. In nunmehr 50 Jahren ist durch vielfältige Kontakte mit den Autoren der Bände ein weit verzweigtes Netzwerk aus etablierten und jungen Forschern entstanden.



Der Historiker Prof. Jürgen Kocka würdigte die weitreichende Bedeutung der Fachzeitschrift.

LEIPZIGER GESPRÄCHSREIHE ÜBER BURSCHENSCHAFTEN

Hierarchie und Autorität

Der teils sehr diffuse Charakter der zahlreichen studentischen Verbindungstypen zeigte sich bei vier Abendveranstaltungen des Leipziger FES-Büros: Als Gegenbewegung zur Französischen Revolution, im Kampf gegen die Weimarer Republik oder auch als Unterstützer des Naziregimes, beschrieb Dietrich Heither, Autor und Lehrer aus Marburg, die Burschenschaften.

Der Sozialwissenschaftler und Journalist Jörg Kronauer präsentierte einen Überblick heutiger studentischer Verbindungen und zeigte Verknüpfungen zu aktuellen Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft auf. Burschenschaften und studentische Verbindungen seien dominiert von Männern und reproduzierten aktiv Geschlechterrollen in der Gesellschaft, so der Autor Ste-

phan Peters und Alexandra Kurth, Politikwissenschaftlerin aus Gießen. Dabei sei die Vermittlung von Hierarchie und Autorität klar verbunden mit der Betonung der Männlichkeit.

Die politische Grundausrichtung und das strikt konservative Geschlechterverständnis bildeten die gemeinsame Grundlage der Verbindungen und Burschenschaften.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Diskutierst Du noch oder wählst Du schon? fragte das Forum Politik und Gesellschaft der FES am 26. November im Rahmen einer **Fishbowl-Diskussion Berliner Schüler/innen**. Zahlreiche Jugendinitiativen und –verbände setzen sich dafür ein, dass bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus auch 16- und 17-Jährige wählen können. Im Verlauf der Diskussion zeigte sich, dass viele eine Wahlrechtsreform begrüßen würden, denn nur so könne gewährleistet werden, dass die Politik die Interessen junger Menschen auch ausreichend berücksichtige. +++

+++ Seit fast 50 Jahren berichtet **Günter Wallraff** in seinen Reportagen immer wieder aus den gesellschaftlichen Grenzbereichen der Republik. Für seinen letzten Film war er mit schwarzer Maske und Perücke quer durch Deutschland unterwegs, um alltäglichen Formen von Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus offen zu legen. Auf Einladung des Leipziger FES-Büros hatte er mit Film und Buch im sächsischen Mügeln Station gemacht, das 2007 durch rassistische Anschläge auf ausländische Mitarbeiter traurige Berühmtheit erlangt hatte. +++

+++ Die **historische Entwicklung des Antisemitismus** diskutierten Experten aus Wissenschaft,

Politik und Zivilgesellschaft auf einer Tagung der Politischen Akademie in Berlin. In den letzten Jahrzehnten sei diese Hasskultur insbesondere in der arabischen Welt gewachsen, analysierte Prof. Dr. Robert S. Wistrich von der Hebrew University of Jerusalem. Anetta Kahane von der Amadeu-Antonio-Stiftung beschrieb Antisemitismus als „eingebauten Mechanismus im Rechtsextremismus.“ Der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix stellte politische Bildungsarbeit beim Kampf gegen den Antisemitismus in den Mittelpunkt seines Beitrags. +++

+++ Frauen in der Politik – was heute als eine Selbstverständlichkeit erscheint, ist das Ergebnis eines langen, oft steinigen Weges der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Das machte Ingrid Matthäus-Maier, Vorsitzende des Kuratoriums der FES, lebhaft und eindrucksvoll anhand ihrer eigenen Lebensgeschichte anlässlich der Eröffnung der **Ausstellung „Frauen im Aufbruch – Politische Plakate“** des Archivs der Sozialen Demokratie in München deutlich. Ob als Wahlkämpferin, Bundestagsabgeordnete oder Sprecherin der KfW-Bankengruppe, immer wieder musste auch sie gesellschaftliche wie persönliche Widerstände überwinden um so den Weg für kommende Frauengenerationen zu ebnen. +++

NEUE FORMEN DER BESCHÄFTIGUNG MIT DEM THEMA ALTERN UND PFLEGE

So ein Theater

Geschätzte 2,3 Millionen Menschen sind derzeit in Deutschland pflegebedürftig. Die Tendenz ist steigend. Für Angehörige

ist das zuweilen ein sehr emotionales und tabubeseitztes Thema. „Wohin mit Oma?“ lautete daher eine Veranstaltungsreihe der FES mit dem Legislativen Theater Berlin. In Spielszenen, alle durch das Publikum mitgestaltet, wurden in drei Berliner Bezirken vor

ausgebuchten Häusern Themen wie die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, die Qualität der Pflege, die Überforderung pflegender Angehöriger sowie interkulturelle Herausforderungen thematisiert. Die Gäste stimmten darüber ab, welche Sequenzen sie sehen und anschließend verändern wollten. Dabei wurden Vorschläge eingebracht, wie die Situation für alle Beteiligten verbessert werden kann.

Spielerisch Lösungen für Probleme finden (Foto: Kelm).



Mindestlohn für Künstler?

In Schweden gilt seit 2009 eine Regelung, welche bildenden Künstlern, die in staatlichen Museen und Galerien ausstellen, eine Mindestvergütung zusichert. Während eines kulturpolitischen Fachgesprächs mit schwedischen und deutschen Expertinnen und Experten wurde dieses Modell am 15. November in Berlin vorgestellt. Es sei eine Frage der Gerechtigkeit, dass Künstler/innen, die in Museen ausstellen auch dafür bezahlt werden, sagte

Siegmund Ehrmann, der Kulturpolitische Sprecher der SPD-Bundtagsfraktion, in seinem Eingangsreferat. Während es in der Vergangenheit bei den verschiedenen Verbänden und Gewerkschaften durchaus Meinungsunterschiede in Sachen Ausstellungsvergütung gegeben hatte, waren sich diesmal vom BBK, über den Kulturrat bis zu den ver.di-Vertretern alle einig: Das schwedische Modell hat Vorbildcharakter – seine Übertragbarkeit auf

die Verhältnisse im deutschen Kulturförderalismus ist möglicherweise nicht einfach, aber ein durchdachter Versuch lohnt sich auf jeden Fall.

MEHR ZUM THEMA

FES-Analyse von Clemens Bomsdorf „Das schwedische System der Künstlervergütung – ein Modell für andere Länder?“ kann unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/07631.pdf> heruntergeladen werden.

FES UNTERSUCHT BERLINER SENIORENMITWIRKUNGSGESETZ

Lücke zwischen Theorie und Praxis

Ein Schritt in die richtige Richtung – so lautet das Fazit eines Gutachtens, in dem die Wirkungsweise des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes untersucht werden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat diese Analyse in Auftrag gegeben, da nach knapp fünfjährigem Bestehen das Gesetz novelliert wird. Das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz re-

gelt die Arbeitsweise der Seniorenvertretungen, die auf kommunaler Ebene beratend zu seniorenpolitischen Themen tätig sind. Berlin war das erste Bundesland, das ein solches Gesetz auf den Weg gebracht hat. Allerdings gibt es Schwachstellen: Das Gutachten stellt einen Unterschied zwischen Gesetzestheorie und Praxis fest. Eine tatsächliche Beteiligung der Se-

nioerenvertretungen auf bezirklicher Ebene findet noch nicht flächendeckend statt. Die Beteiligung älterer Migrant/innen fällt trotz passivem und aktivem Wahlrecht noch gering aus.

DAS GUTACHTEN

www.fes.de/forumpug/inhalt/senioren.htm

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Mit dem Fontane-Zitat „Am Mute hängt der Erfolg“ eröffnete Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender der SPD Hessen und Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Hessen, die Diskussion im FES-Europabüro zu den **Herausforderungen bei der Umsetzung der Europa 2020 Strategie**. Ziel der Veranstaltung mit Teilnehmern aus EU-Institutionen, verschiedenen Landesvertretungen und anderen Vertretern im Umfeld der europäischen Institutionen war es, landespolitische Sichtweisen zu Europa 2020 einzubringen. +++



+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Nur wenige Tage nach Veröffentlichung eines Testberichts der Stiftung Warentest, bei dem von 50 getesteten Spielzeugen nur acht als unbedenklich eingestuft wurden, veranstaltete der Gesprächskreis Verbraucherpolitik der FES am 5. November in Berlin eine **Konferenz zur Spielzeugsicherheit**. Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik, Ministerien, Europäischer Kommission und Behörden sowie Dr. Holger Brackemann, Leiter des Bereichs Untersuchungen der Stiftung Warentest diskutierten über Maßnahmen zur Verbesserung der Spielzeugsicherheit. ++ +

+++ Über 100 Krimifans waren der Einladung der Kurt-Schumacher-Akademie zur Lesung gefolgt, um den Krimiautoren Edda Minck, Marcel Feige, Franz Zeller und Marcus Imbsweiler im Rahmen der **CRIMINALE 2010** zu lauschen. Mit den Schauplätzen Berlin, Heidelberg, Salzburg und Bad Münstereifel gelang den Autoren in ihren Regionalkrimis spannende, aber auch sehr amüsante Unterhaltung. Edda Minck, Autorin aus Bochum präsentierte die Krimikurzgeschichte „Nur miese Köche verderben den Brei“, die sie auf Einladung der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel recherchiert hatte. ++ +

+++ „Der **Umgang der EU mit der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise**“ war Gegenstand einer Podiumsveranstaltung mit Jürgen Kröger, Direktor für Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten bei der Europäischen Kommission und der Leipziger Europaabgeordneten Constanze Krehl am 18. November in Leipzig. Constanze Krehl beklagte, dass Gesetzgebungsprozesse zur Regulierung der Finanzmärkte zu lange dauerten. Als dritter Podiumsgast beteiligte sich der Sächsische SPD-Generalsekretär Dirk Panther an der Diskussion. Er plädierte für einen „Europäischen Währungsfonds“ und eine staatlich finanzierte Ratingagentur. ++ +

+++ **Neue Veranstaltungsformen** stehen im Mittelpunkt einer Workshopreihe, die das Forum Politik und Gesellschaft im Sommer 2010 gestartet hat. Im Rahmen des Workshops werden vor allem Möglichkeiten aufgezeigt, wie eine aktive Beteiligung des Publikums vor, während und auch nach der Veranstaltung organisiert werden kann. Vorgestellt werden u.a. die Methoden World-Café, Fishbowl, Open Space, Speed-Dating bis hin zur beteiligungsorientierten Podiumsdiskussion. Die Nachfrage ist groß. Bis November 2010 wurden bereits acht Workshops von Rostock über Dortmund bis Saarbrücken durchgeführt. ++ +

Textbeiträge in dieser Ausgabe des FES-Info:

Merin Abbass, Sabrina Amalou, Jörg Bergstermann, Julia Bläsius, Stephanie Böhm, Max Brändle, Agata Chroboczek, Michael Dauderstädt, Oliver Dalichau, Katrin Dapp, Anja Dargatz, Dagmar Dehmer, Julia Delorme, Knut Dethlefsen, Euphrasie Diby, Guntram Doelfs, Sina Dürrenfeldt, Micky Drill, Michael Ehrke, Matthias Eisel, Helmut Elischer, Sabine Fandrych, Roland Feicht, Philipp Fink, Michael Fischer, Andrä Gärber, Hanna Gersmann, Carlo Gügel, Sergio Grassi, Rainer Gries, Björn Hacker, Anne Haller, Mirko Hempel, Felix Hett, Katharina Hofmann, Anne Isakowitsh, Lena Jaschob, Susan Javad, Matthias Jobelius, Marei John-Ohnesorg, Kerstin Ott, Martin Johr, Christos Katsioulis, Nicole Katsioulis, Philipp Kauppert, Felix Kirchmeier, Birte Klemm, Ursula Koch-Laugwitz, Alberto Koschützke, Christian Krell, Jeannette Ladzik, Nora Langenba-

cher, Michael Langer, Yvonne Lehmann, Thomas Maetig, Katja Makhotina, Simone Mayer, Eugen Meckel, Michael Meier, Stephan Meuser, Dietmar Molthagen, Tobias Mörschel, Taras Mykhalniuk, Marius Müller-Hennig, Nicole Nestler, Sara Oelrichs, Alexander Petratschkov, Tim Petschulat, Christoph Pohlmann, Werner Rechmann, Stephan Reichert, Franziska Richter, Stefanie Ricken, Clemens Rode, Ingrid Ross, Hilmar Ruminski, Stefan Schimming, Janett-Li Schrader, Michael Schultze, Günther Schultze, Severin Schmidt, Carla Schulte-Reckert, Michael Schultheiss, Philipp Schultheiss, Markus Schreyer, Erwin Schweisshelm, Sven Schwersensky, Beyhan Sentürk, Michael Sieveking, Natalia Smirnova, Jens Tartler, Stephan Thalhofer, Rudolf Traub-Merz, Urban Überschar, Maria Usacheva, Carlo Velten, Achim Vogt, Helmut Weber, Sidonie Wetzig, Andreas Wille, Meik Woyke

Wirtschaftspolitische
Entwürfe in der politischen
Bildung

Sachzwänge hinterfragen, Zukunftsentwürfe entwickeln

— WIRTSCHAFTSPOLITIK SETZT DEN RAHMEN FÜR ÖKONOMISCHES HANDELN. Können und sollen wirtschaftspolitische Fragen Bestandteil politischer Bildung sein? Das Bildungsverständnis der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung gibt dazu Antworten.



AKADEMIE
FÜR SOZIALE
DEMOKRATIE

Die Akademie ist ein junges Beratungs- und Qualifizierungsprojekt, das politisch Interessierten und Engagierten in Form von Seminaren, Publikationen und Diskussionsveranstaltungen Angebote zur Vergewisserung über Werte, Prinzipien und Ziele des eigenen politischen Handelns macht. Dabei geht es um Orientierungs- und Handlungskompetenz: Bürger sollen befähigt werden, sich je nach ihren Interessen im demokratischen Rahmen einzubringen und die Gesellschaft mitzugestalten. Wirtschaftsordnung und demokratische Ordnung bedingen sich gegenseitig: Im Marktkapitalismus drückt sich die Freiheit des Gütertausches und die Freiheit, Waren zu produ-

zieren aus. In der Demokratie drücken sich die freiheitlichen Grundrechte und die freie Mitentscheidung über die Verfasstheit des Staates aus. Freie Marktwirtschaft kann die Entstehung von Demokratie mithin begünstigen und Demokratien stärken. Zugleich kann eine bestimmte Form des Marktkapitalismus auch die Demokratie gefährden. Wenn die dem Marktkapitalismus eigene Tendenz zu materieller Ungleichheit dazu führt, dass auch die Ressourcen zur demokratischen Teilhabe ungleich verteilt sind, dann ist die Demokratie gefährdet. Wenn politische Bildung danach strebt, die grundlegenden Funktionsprinzipien der Demokratie zu stärken, dann muss

sie immer auch die Grundlagen und die Bedrohungen der Demokratie und damit die Wirtschaftspolitik in den Blick nehmen.

Wirtschaftspolitische Ansätze beruhen auf den Theorien unterschiedlicher Ökonomen, auf verschiedenen ökonomischen Denktraditionen, auf Interessen oder auf Menschenbildern. Diese Denkmuster und Annahmen auf Grundlage soliden Deutungswissens zu dekodieren und einzuordnen ist ein zentrales Anliegen politischer Bildung.

Ökonomische Entwicklungen sind von Menschen geprägt und entsprechend von Menschen gestaltbar. Der Staat setzt mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Entscheidungen den Rahmen für ökonomisches Handeln und beeinflusst damit ganz konkret das Leben seiner Bürger. Umso wichtiger ist, dass diese Entscheidungen auf solider fachlicher Grundlage getroffen werden können. Gute Entscheidungen setzen Wissen voraus. Neben der Politikberatung leistet die politische Bildung einen Beitrag zur Vermittlung dieses Wissens.

Seit Beginn der Arbeit der Akademie für Soziale Demokratie im Herbst 2006 ist das Seminar „Wirtschaft und Soziale Demokratie“ ein zentraler Bestandteil im modularen Seminarangebot der Akademie. Es wird als Wochenendseminar mit ca. 16 Seminarstunden angeboten. In dieser Zeit werden wesentliche theoretische Grundlagen der Ökonomie vermittelt, wirtschaftspolitische Ansätze verglichen, anhand von Praxis- und Länderbeispielen konkrete Bezüge zu Wirtschaftspolitiken sichtbar gemacht und schließlich Prinzipien einer Wirtschaftspolitik der Sozialen Demokratie verdeutlicht. Die theoretischen Grundlagen werden im Seminar anhand der Werke von Adam Smith, Karl Marx und John Maynard Keynes als Begründer der wesentlichen ökonomischen Denkschulen dargestellt. Anhand ihrer Überlegungen kann jeweils eine idealtypische Position abgeleitet werden. In Anlehnung an Smith wird ein reiner Kapitalismus diskutiert,

am Beispiel von Marx werden antikapitalistische Positionen deutlich und unter Bezug auf Keynes wird ein gelenkter Kapitalismus beschrieben. Im weiteren Verlauf des Seminars wird die grundsätzliche wirtschaftspolitische Ausrichtung Deutschlands etwa mit der Schwedens, Großbritanniens, Frankreichs oder den USA verglichen. An Praxisbeispielen aus den Bereichen Energieversorgung, innere Sicherheit und städtisches Wohneigentum werden Argumentationsmuster zum Thema Privatisierung erprobt. Anspruch der Akademie für Soziale Demokratie ist es, nicht nur elementare wissenschaftliche Grundlagen in einem Politikfeld aufzubereiten, sondern auch zu fragen: Was bedeutet dieses Wissen für eine Politik der Sozialen Demokratie? Wenn Soziale Demokratie sich an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert, dann muss sie in ihrer Wirtschaftspolitik – so die im Seminar entwickelte Kern-

these – die Prinzipien Wachstum, sozialer Ausgleich und Nachhaltigkeit in einer ausgewogenen Balance verfolgen. Wichtiger Bestandteil der Seminare ist deshalb auch der Austausch mit ausgewiesenen Kompetenzträgern aus der ökonomischen Wissenschaft und Praxis. Schließlich zeigen die Rückmeldungen der Seminarteilnehmer, dass es mit Maßnahmen der politischen Bildung gelingen kann, vermeintliche ökonomische „Sachzwang-Logiken“ kritisch zu hinterfragen und einzuordnen, eigene Zukunftsentwürfe zu entwickeln und damit letztlich mündig urteilen und handeln zu können.

Ausführliche Fassung des Artikels: Krell, Christian (2010): „Wirtschaftspolitische Entwürfe in der politischen Bildung – Was, warum und wie?“ In: Praxis Politische Bildung (03/2010). Seite 172 - 180.

VERANSTALTUNGEN ÜBER DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK NACH DER KRISE

Blick zurück nach vorn

Eine Lehre aus der Krise sei, dass die Politik das Primat über die völlig entgrenzten Finanzmärkte wieder zurückgewinnen müsse. So lautete ein Ergebnis einer Veranstaltung der Abtei-

lung Wirtschafts- und Sozialpolitik, bei der Peer Steinbrück, Bundesfinanzminister a.D., mit Prof. Dr. Sebastian Dullien von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Prof. Dr. Henrik Enderlein von der Hertie School of Governance und Robert von Heusinger, stv. Chefredak-

teur und Wirtschaftschef der DuMont Redaktionsgemeinschaft über die Wirtschafts- und Finanzpolitik nach der Krise diskutierte. Alle Teilnehmer stimmten darin überein, dass die staatlichen Konjunkturprogramme in Deutschland, von den kommunalen Investitionsprogrammen über die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes bis hin zur Ab-

Politik kann nicht alle Widrigkeiten beseitigen, so Peer Steinbrück zur Bilanz der Finanzkrise.



wrackprämie, ein großer Erfolg waren.

Ursache des massiven Konjunktureinbruchs in Deutschland im Jahr 2009 war die große Exportabhängigkeit, die auf einer langjährigen Lohnzurückhaltung und in der Folge auf einer massiv gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit beruhe. In Zukunft bedürfe es einer Stärkung der Massenkaufkraft durch Lohnsteigerungen, die sich wieder mehr an der langfristigen Produktivitätsentwicklung orientieren müsse, um die Binnennachfrage zu beleben und so die Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft und die Ungleichgewichte in der Europäischen Währungsunion zu reduzieren. Vor dem Hintergrund der aktuellen Staatsschuldenkrise wurde konstatiert, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Überwindung der

„Euro-Krise“ nicht ausreichend seien. Die Gläubigerhaftung müsse weiter verschärft und gegebenenfalls die Einführung von Euro-Bonds in Betracht gezogen werden.

All dies seien wichtige Maßnahmen, damit Fairness und Gerechtigkeit in der deutschen Politik wieder stärker zur Geltung kommen und die soziale Kohäsion der Gesellschaft nicht weiter abnimmt.

Auch bei den „Münchner Gesprächen“ des BayernForums und des Managerkreises der FES erklärte Peer Steinbrück, wie es zu der Krise kommen konnte und weshalb man darauf schnell und konsequent reagieren musste. „Der Eindruck, es wäre seitdem nichts geschehen, ist definitiv falsch“, sagte Steinbrück. „Bei der Bankenaufsicht hat es massive Verbesserungen gegeben und mit

Hilfe des Basel-III-Abkommens ist es möglich, die Risikoignoranz von Bankenmanagern zu disziplinieren.“ Allerdings wehrte sich Steinbrück dagegen, alle Probleme nur auf die Politik abzuwälzen. „Die Politik hat nicht die Möglichkeiten, alle Widrigkeiten zu lösen“, verdeutlichte er den Zuhörern. „In einem freien Land wie dem unseren gibt es auch so etwas wie Eigenverantwortung.“ Eines müsse den Bürgerinnen und Bürgern auf jeden Fall bewusst sein: „Wir nehmen das derzeitige Wohlstandsniveau als selbstverständlich hin. Aber wir werden uns alle anstrengen müssen, wenn wir dieses Niveau tatsächlich halten wollen.“

AUDIOBEITRAG

www.fes.de/wiso

— Hintergrundgespräche des Managerkreises

Im Steering-Komitee des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung sind mehr als 150 Mitglieder des Managerkreises versammelt, die eine herausgehobene Stellung in der Wirtschaft inne haben. Sie engagieren sich alle ehrenamtlich für den Managerkreis, legen die Leitlinien für die Arbeit des Kreises fest und wählen aus ihrer Mitte einen Vorstand. Exklusiv für das Steering-Komitee finden in Berlin Hintergrundgespräche statt, in denen der direkte Kontakt zur Politik, zu Wirtschaftslenkern und Wissenschaftlern hergestellt wird. Diese nicht-öffentlichen Gespräche bieten Gelegenheit, sich über die Positionen des Managerkreises in kleiner Runde mit Gästen auszutauschen.

Über die Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik der SPD in der Opposition wurde mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Garrelt Duin diskutiert. Einen Einblick in die Neuausrichtung der Bundespartei gab Generalsekretärin Andrea Nahles. Eine Diskussion über den

Fachkräftemangel in Deutschland entspann sich beim Besuch von Sigfried Russwurm, Mitglied des Vorstands des Siemens AG. Die Zukunft der Presselandschaft war Gegenstand des Hintergrundgesprächs mit dem Vorstandsvorsitzenden des Axel Springer Konzerns, Mathias Döpfner.

Präses Schneider, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands, stellte die Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ zur Diskussion. Aus anderen politischen Lagern konnten Ronald Pofalla, Chef des Bundeskanzleramts und Kerstin Andreae, MdB und Sprecherin für Wirtschaftspolitik der Grünen Bundestagsfraktion, begrüßt werden.

„Der Managerkreis bietet mir schon seit Jahren die Möglichkeit, wichtige wirtschaftspolitische Herausforderungen abseits des Tagesgeschäfts zu diskutieren und zu reflektieren. Die Vielfalt der Persönlichkeiten und Meinungen sind der zentrale Wert des Managerkreises“, **Dr. Carlo Velten**, Senior Advisor, Experton Group AG



Zwanzig Jahre
Managerkreis der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Think Tank und Netzwerk

SEIT SEINER GRÜNDUNG 1991 IST DER MANAGERKREIS MITTLERWEILE AUF ÜBER 1300 MITGLIEDER ANGEWACHSEN. Das Spektrum der Mitglieder reicht dabei von Vorständen großer Industrieunternehmen bis hin zu Mittelständlern.

Parteilzugehörigkeit ist keine Voraussetzung, um sich im Managerkreis engagieren zu können. Die Friedrich-Ebert-Stiftung bietet mit dem Managerkreis vielmehr einen Raum, der klar im sozialdemokratischen Spektrum verortet ist und gleichzeitig seine Unabhängigkeit bewahrt. Diese Unabhängigkeit ist für den Managerkreis wichtig, denn er will mit seinen Thesen als „ordnungs-politisches Gewissen“ auch immer wieder Warner und Mahner sein und in strittigen Fragen Position beziehen. Mit seinen öffentlichen Diskussionsrunden und Hintergrundgesprächen schlägt der Managerkreis eine Brücke zwischen Managern aus der Wirtschaft und Politikern. Er schafft Gelegenheiten, bei denen sich Unternehmer und Politiker kennenlernen und voneinander lernen können. Die Relevanz mittel- bis langfristiger Probleme hat in der Politik zugenommen; gleichzeitig wird die Politik gedrängt unter den Bedingungen der Mediengesellschaft und im politischen Wettbewerb immer kurzfristiger zu agieren. Hier möchte der Managerkreis Beiträge zur rationalen Debatte liefern. Abseits vom kurzfristigen Tagesgeschäft der Politik werden

im Managerkreis Antworten auf die mittel- und langfristigen Herausforderungen des Landes diskutiert. Die inhaltliche Arbeit dazu

findet in permanenten Arbeitsgruppen statt. In Thesepapieren werden kurze Analysen vorgelegt und Handlungsempfehlungen an die Politik formuliert. Der Managerkreis möchte auf diese Weise mit der Erfahrung und der Expertise seiner Mitglieder Politikberatung anbieten. In Fachgesprächen und öffentlichen Diskussionen werden die Thesen schließlich einem breiteren Publikum präsentiert.

Die Finanzmarktkrise und die daraus resultierende Wirtschaftskrise haben den Managerkreis in den vergangenen zwei Jahren immer wieder beschäftigt. Nicht nur in Thesepapieren und Podiumsdiskussionen in Berlin, sondern auch in den Regionalen Managerkreisen waren die Lehren aus der Krise immer wieder Thema. Mit seinen acht Regionalkreisen ist der Managerkreis in allen 16 Bundesländern aktiv



Mit seinen öffentlichen Diskussionen schlägt der Managerkreis eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik.

und kann dort in Zusammenarbeit mit den Landesbüros der FES Podiumsdiskussionen, Hintergrundgespräche und Betriebsbesichtigungen anbieten. Im September 2010 wurde Klaas Hübner, Unternehmer aus Neugattersleben (Sachsen-Anhalt) und ehemaliger Abgeordneter des Deutschen Bundestages, zum neuen Sprecher des Managerkreises gewählt. Er folgt in dieser Funktion Ulrich Pfeiffer (1991-2008) und Karl Kauermann (2008-2010). Mit der Wahl Hübners zum Sprecher beginnt im Managerkreis ein Generationswechsel, der sich auch in den weiteren Strukturen, den permanenten Arbeitsgruppen und Regionalkreisen fortsetzt. Schwerpunktthemen des Managerkreises werden im Jahr 2011 die Arbeitsmarktpolitik, Haushaltspolitik angesichts der Schuldenbremse und eine nachhaltige Industriepolitik sein.

INTERVIEW MIT KLAAS HÜBNER, SPRECHER DES MANAGERKREISES DER FES

Frischen Wind in die Wirtschaftspolitik

Klaas Hübner ist seit September 2010 Sprecher des Managerkreises. Mit 16 Jahren trat Klaas Hübner in die SPD ein, mit 23 gründete er in Sachsen-Anhalt seine erste eigene Firma. 2002 gelang dem gelernten Kaufmann der Einzug in den Bundestag. Als einziger Unternehmer in der SPD-Fraktion stärkte er die ökonomische Kompetenz der Partei. Später wurde er stellvertretender Fraktionsvorsitzender und einer der Sprecher des Seeheimer Kreises. Bei der Bundestagswahl 2009 scheiterte er beim Kampf um das Direktmandat.

FES: Sie haben im September das Amt als Sprecher des Managerkreises übernommen. Was haben Sie sich vorgenommen?

Klaas Hübner: Ich denke, dass der Managerkreis, da er keine parteigebundene Organisation ist, es einfacher hat, Führungskräfte und Unternehmer anzusprechen, die die SPD nur schwer oder gar nicht erreichen würde. Ich bin der festen Überzeugung, dass Wirtschaft und Sozialdemokratie gut zusammen passen, dass aber die Wirtschaftskompetenz im Moment in der SPD zu wenig ausgeprägt ist. Diese Kompetenz wollen wir stärken, denn letztendlich ist Sozialdemokratie immer dann stark gewesen, wenn sie auch wirtschaftlich profiliert war.



FES: Sie sind Unternehmer und waren gleichzeitig jahrelang als Politiker im Bundestag. Werden Sie als „Wirtschaftspolitiker“ neue Akzente setzen?

K.H.: Ich möchte gerne versuchen, die Auswirkungen von Politik auf die Wirtschaftspraxis in die

Politik zu tragen. Weniger theoretisierende Debatten, sondern lieber handfeste praktische Politikvorschläge. Aber auch umgekehrt gilt es, die Wirtschaft stärker für die Spielregeln und Abläufe des Politikbetriebs zu sensibilisieren.

FES: Was wünschen Sie sich für die Zukunft des Managerkreises?

K.H.: Ich wünsche mir, dass wir besser wahrgenommen werden, sowohl innerhalb der SPD als auch in der Öffentlichkeit. Ich wünsche mir, dass wir lebendiger werden, dass wir uns auch kontroverse Leute von Außen einladen, dass wir gerade auch mit den Leuten diskutieren, die vielleicht eine ganz andere Meinung vertreten als wir. Wir sollten uns als Think Tank intellektuell und nicht ideologisch aufladen, um frischen Wind in die Wirtschaftspolitik bringen zu können. Dazu bedarf es einer hohen Flexibilität, denn wirtschaftliche Entwicklungen sind so rasant schnell geworden, dass Politik es schwer hat darauf zeitnah zu reagieren. Der Managerkreis möchte auch für die Partei seinen Beitrag dazu leisten. Und vor allem: Wir wollen als ein parteinaher, aber nicht parteilicher Kreis möglichst viele Köpfe der Wirtschaft für uns und die Sozialdemokratie interessieren.

ARBEITSGRUPPE „FINANZEN“ DES MANAGERKREISES

Finanzmärkte regulieren!

Seit im Herbst 2008 die reale Gefahr eines Absturzes des gesamten Weltfinanzsystems bestand, wurden umfangreiche Analysen betrieben, aber nur wenige Erkenntnisse in konkrete Maßnahmen umgesetzt.

Dies jedoch wäre erforderlich, um die Wahrscheinlichkeit einer vergleichbaren Krise zu senken und eine systemische Bankenkrise möglichst auszuschließen. Für eine verbesserte europäische Finanzmarktauf-

sicht, strengere Bilanzregeln, die gemeinsame Einführung einer Finanztransaktionssteuer und Bankenabgabe plädieren Karl-Peter Schackmann-Fallis und Harald Noack aus der permanenten Arbeitsgruppe

„Finanzen“ des Managerkreises. Um die Möglichkeiten einer verbesserten europäischen Regulierung der Finanzmärkte weiter auszuloten, wurde ihr Thesenpapier „Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen“ mit Experten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Berlin und Brüssel diskutiert.

Unter dem Motto „Aus der Krise lernen“ stand auch die öffentliche Podiumsdiskussion des Managerkreises, bei der neben Hubertus Heil (MdB), Klaus Günter Deutsch (Deutsche Bank Research), Dierk Hirschel (DGB), Ulrich Pfeiffer (empirica ag) sowie die Mitautoren des Buches „Der gute Kapitalismus“, Christian Kellermann und Sebastian Dullien, zu Gast waren. Einig

war man sich auf dem Podium, dass die Finanzmarktkrise weder singuläres Ereignis noch zufälliger Betriebsunfall war. Bessere Maßnahmen zur Risikoeinschätzung oder beispielsweise die Schaffung einer europäischen, öffentlich-rechtlichen Ratingagentur müssten vorangetrieben werden. Aber auch die wachsende Ungleichheit in Einkommens- und Vermögensverteilung müsse thematisiert werden, handle es sich hierbei doch nicht allein um ein soziales, sondern auch um ein ökonomisches Problem. Es wird Mut erfordern, die notwendigen gesellschaftspolitischen Debatten anzustoßen, so Hubertus Heil, und es ist Aufgabe der Politik, Alternativen zu erarbeiten.

Es herrschte ebenfalls Konsens

darüber, dass keine weitere, auch nur mittelgroße Finanzkrise in den nächsten dreißig Jahren bewältigt werden könne. Hirschel sagte für diesen Fall sowohl massive fiskal- und wachstumspolitische Probleme als auch Probleme der Demokratie in den Industrieländern voraus.

Wie die Finanzmärkte nicht nur stärker reguliert, sondern auch an den Kosten für die Abwehr eines totalen Zusammenbruchs beteiligt werden können, wird die permanenten Arbeitsgruppe „Finanzen“ des Managerkreises auch im kommenden Jahr beschäftigen. Leiter der Arbeitsgruppe ist Harald Noack vom Europäischen Rechnungshof.

— Der Managerkreis in den Regionen

Um für die bundesweit mehr als 1300 Mitglieder des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung auch vor Ort Angebote zu machen, wurden acht regionale Managerkreise eingerichtet. Mit Hintergrundgesprächen, öffentlichen Veranstaltungen oder Betriebsbesichtigungen füllen diese Regionalkreise den Managerkreis mit Leben, stärken die Kontakte in die Landespolitik und gehen auf potenzielle neue Mitglieder zu. Im Jahr 2010 fanden in Zusammenarbeit mit den Landes- und Regionalbüros der FES 50 Veranstaltungen mit insgesamt 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Der Managerkreis Nord-Ost umfasst die Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Günter Elste (Hamburger Hochbahn) ist Sprecher dieses Managerkreises, Arno Pöker (Deutsche Seereederei Rostock) steht für den Kreis in Mecklenburg-Vorpommern.

Mit mehr als 300 Mitgliedern ist der Regionalkreis Berlin-Brandenburg der mitgliederstärkste. An seiner Spitze steht Dr. Annette Fugmann-Heesing,

Unternehmensberaterin und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

Die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind im Managerkreis Ost zusammengefasst. Gegenwärtig ist Helmut Herdt von den Stadtwerken Magdeburg der Sprecher.

Im Freistaat Bayern wird der regionale Managerkreis von Klaudia Martini geleitet. Sie war Umweltministerin in Rheinland-Pfalz und Vorstand der Opel AG.

Im Managerkreis Baden-Württemberg ist Rechtsanwalt Jan Mönikes der Sprecher.

Florian Gerster, Unternehmensberater in Frankfurt am Main, führt den mitgliederstarken Regionalkreis Rhein-Main an, der die Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland abdeckt. Der Sprecher des Managerkreises in Nordrhein-Westfalen ist Jan Zilius, ehemaliger Vorstandsvorsitzender von RWE Power.

In Niedersachsen und Bremen wird der regionale Managerkreis von Peter-Jürgen Schneider, Vorstandsmitglied der Salzgitter AG, angeführt.

Potenziale in Sachsen-Anhalt

„Um Sachsen-Anhalt weiter nach vorne zu bringen, müssen wir Bildung und Forschung in unserem Land stärken. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, dass Unternehmen ihren Fachkräftebedarf decken können und weiter wachsen. Nur wenn es neue, gut bezahlte Arbeitsplätze gibt, können wir die Menschen in unserem

dieser Grundlage wurden nun von Klaas Hübner, Unternehmer aus Neugattersleben und Sprecher des Managerkreises, und Helmut Herdt, Sprecher der Geschäftsführung der Stadtwerke Magdeburg und Sprecher des Regionalen Managerkreises Ost, acht Handlungsempfehlungen für Sachsen-Anhalt formuliert. Unterstützt wurden die Autoren von Elmar Heisterkamp und Max Brändle. Ein zentraler Punkt des Papiers ist die Weiterentwicklung und Bildung von Clustern – eine kritische Masse an Unternehmen, die innerhalb ei-

ner Region entlang der Wertschöpfungskette miteinander interagieren. Cluster stellen für die vergleichsweise kleinteilige Unternehmensstruktur in Sachsen-Anhalt eine Chance dar, Schwächen bei Forschung und Entwicklung und der Bewältigung des Fachkräftebedarfs auszugleichen. Die Veranstaltungsreihe des FES-Landesbüros in Sachsen-Anhalt und des Managerkreises führte die Autoren in die für Sachsen-Anhalt entscheidenden Cluster. In Runden mit 25 Teilnehmern wurde mit Verantwortlichen aus den Firmen vor Ort über die Herausforderungen der Unternehmen sowie ihre Anforderungen an die Politik diskutiert. Das Cluster Automotive mit Sitz in Magdeburg-Barleben hat dabei schon große Fortschritte vorzuweisen. Mit der Einrichtung des Instituts für Kompetenz und AutoMobilität IKAM wird dort am Automobil der Zukunft geforscht. Beim Cluster Biotechnologie, das eine Einladung an die Universität Halle hatte, wurde neben Forschung und Entwicklung ein anderer Aspekt deutlich: die Wichtigkeit der Finanzierung junger Unternehmen durch Venture Capital, um Erfindungen auch zur Marktreife zu bringen. Der Industriepark in Leuna macht anschaulich, wie eine große Anzahl von Firmen in einem Cluster von einer hervorragenden Infrastruktur profitieren kann. So ist die Chemie- und Kunststoffindustrie hier auch eine Erfolgsgeschichte mit stetigem Wachstum.

Eine öffentliche Abschlussveranstaltung bot schließlich den Rahmen, um die Ergebnisse der Clustergespräche mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister von Sachsen-Anhalt Jens Bullerjahn zu diskutieren. Vor mehr als 110 Teilnehmern setzte er sich mit den Handlungsempfehlungen des Managerkreises auseinander: Eine verbesserte Cluster-Strategie, so Bullerjahn, könne Sachsen-Anhalt helfen, den Wegzug von Fachkräften aus dem Land einzudämmen und Schwachstellen der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur zu kompensieren.



Acht Handlungsempfehlungen für Sachsen-Anhalt: Eine Veranstaltungsreihe des Managerkreises Ost und des FES-Landesbüros.

Land halten.“ So lautet eine der Handlungsempfehlungen, mit denen der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2010 Impulse für die wirtschaftspolitische Debatte in Sachsen-Anhalt gegeben hat. Insgesamt acht Handlungsempfehlungen wurden in dem Thesenpapier „Neue wirtschaftliche Dynamik in Sachsen-Anhalt“ veröffentlicht, vor Ort diskutiert und schließlich dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Jens Bullerjahn vorgestellt.

Bereits im vorangegangenen Jahr hatte der Managerkreis Ost eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vorgelegt. Auf

dieser Grundlage wurden nun von Klaas Hübner, Unternehmer aus Neugattersleben und Sprecher des Managerkreises, und Helmut Herdt, Sprecher der Geschäftsführung der Stadtwerke Magdeburg und Sprecher des Regionalen Managerkreises Ost, acht Handlungsempfehlungen für Sachsen-Anhalt formuliert. Unterstützt wurden die Autoren von Elmar Heisterkamp und Max Brändle. Ein zentraler Punkt des Papiers ist die Weiterentwicklung und Bildung von Clustern – eine kritische Masse an Unternehmen, die innerhalb ei-

ner Region entlang der Wertschöpfungskette miteinander interagieren. Cluster stellen für die vergleichsweise kleinteilige Unternehmensstruktur in Sachsen-Anhalt eine Chance dar, Schwächen bei Forschung und Entwicklung und der Bewältigung des Fachkräftebedarfs auszugleichen. Die Veranstaltungsreihe des FES-Landesbüros in Sachsen-Anhalt und des Managerkreises führte die Autoren in die für Sachsen-Anhalt entscheidenden Cluster. In Runden mit 25 Teilnehmern wurde mit Verantwortlichen aus den Firmen vor Ort über die Herausforderungen der Unternehmen sowie ihre Anforderungen an die Politik diskutiert. Das Cluster Auto-

Stachel im Fleisch

FES: Der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung lädt regelmäßig Politiker ein, um über aktuelle gesellschaftliche Themen zu diskutieren. Sie waren auch schon zu Gast. Was können Sie von solchen Veranstaltungen mitnehmen?

H. H.: Das ist ein ganz wichtiges Forum, in dem unterschiedliche Zugänge und Sichtweisen ausgetauscht werden. Wenn wir als SPD nicht auf Defensive spielen wollen, wenn wir also eine progressive Politik für dieses Land durchsetzen wollen, dann brauchen wir dringend diesen Dialog, den beispielsweise der Managerkreis organisiert.



FES: Der Managerkreis hat sich schon häufiger mit Positionspapieren zu Wort gemeldet, die in den Reihen der SPD nicht immer gut ankamen. Wie hellhörig werden Sie, wenn der Managerkreis Reformvorschläge macht?

H. H.: Das ist überaus willkommen und ich finde, alles andere wäre dumm und langweilig. Wir müssen uns nicht ständig gegenseitig in den Positionen

bestätigen, die wir schon immer hatten, sondern es muss auch über den Tellerrand hinaus gedacht werden. Wir brauchen eine kritische Begleitung unserer Positionen. Insofern ist der Managerkreis hin und wieder in der Vergangenheit - manchmal zu Recht, manchmal zu Unrecht - so etwas wie ein Stachel im Fleisch der sozialdemokratischen Debatte um Wirtschaftspolitik gewesen und das muss er weiter sein. Ich wünsche es mir und erwarte spannende Impulse in der Zukunft.

FES: Es gibt zur Zeit keinen einzigen Unternehmer in der SPD-Fraktion. Ist die SPD auch eine Partei für Manager und Unternehmer?

H. H.: Die Tatsache, dass die SPD aus der Arbeiterbewegung entstanden ist, heißt nicht, dass wir als Volkspartei nicht offen sind für engagierte und verantwortungsvolle Unternehmerinnen und Unternehmer. Die sind in unseren Reihen herzlich willkommen und wir können sie auch gut brauchen. Wir sind eine Volkspartei für all diejenigen, die wirtschaftlichen Erfolg nicht gegen soziale Sicherheit ausspielen wollen. Ich glaube, dass heutzutage die SPD die Partei der sozialen Marktwirtschaft ist und niemand sonst.

MANAGERKREIS ZUR VERKEHRSPOLITIK

Facetten der Mobilität

Straßen, Schienenwege und Wasserstraßen sind gleichsam der Blutkreislauf der deutschen Volkswirtschaft. Da die weltweite Arbeitsteilung bei der Produktion von Industriegütern immer weiter zunimmt, wird Deutschlands Funktion als Drehscheibe für den Güter- und Personenverkehr schon aufgrund seiner zentralen Lage in Europa immer wichtiger. Prognosen gehen von einem Wachstum im Güterverkehr von mehr als 70% und beim Personenverkehr von fast 20%

bis zum Jahr 2025 aus. Schon jetzt arbeiten beispielsweise mehr als 2,7 Millionen Menschen in Deutschland in der Logistikbranche. Doch Verkehr verursacht Lärm und Emissionen, kann die Umwelt belasten und die Lebensqualität beeinträchtigen.

Der gesellschaftspolitische Aspekt von Mobilität ist deshalb ein Schwerpunkt in der Arbeitsgruppe Verkehrspolitik und Mobilität des Managerkreises der FES. Seit Oktober 2010 leitet Matthias von Ran-

dow, ehemaliger Staatssekretär im Verkehrsministerium, heute Bevollmächtigter des Vorstands von Air Berlin, diese Arbeitsgruppe. In einem Vertrauens- und Innovationsdialog möchte er die verantwortlichen Akteure aus der Wirtschaft mit den verantwortlichen Politikern und Wissenschaftlern an einen Tisch bringen. Zentrale Themen sind dabei neben Umwelt- und Klimaschutz auch Sicherheitsfragen, denn die globalen Lieferketten sind verwundbar. Zudem erfordert bes-

sere Mobilität auch besser ausgebildete Arbeitskräfte in der Verkehrswirtschaft. Schließlich steht die Finanzierung der Verkehrswege in Deutschland angesichts von Haushaltskonsolidierung und Investitionslücken vor großen Herausforderungen.

Seit vielen Jahren begleitet der Managerkreis die Diskussion zur Nutzerfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland. Im Sommer 2010 konnte hierzu der Staatssekretär Prof. Klaus Dieter Scheurle aus dem CSU-geführten Verkehrsministerium für eine Podiumsdiskussion gewonnen werden. Mit ihm diskutierten der stellvertretende SPD-

Fraktionsvorsitzende Florian Pronold, sowie Peter Fischer, Präsident der Initiative für Verkehrsinfrastruktur Pro Mobilität und Mitglied im Managerkreis. Den Auftakt für die Diskussion lieferte Dr. Stefan Kooths, Konjunkturexperte am

Institut für Weltwirtschaft Kiel, der eine „Entpolitisierung“ der Infrastrukturbereitstellung und einen transparenten Finanzierungskreislauf durch Nutzergebühren forderte. Eine These, die für Kontroversen auf dem Podium sorgte.

„Seit vielen Jahren schon engagiere ich mich im Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung. Auf regionaler Ebene in Nordrhein-Westfalen und seit kurzem als Mitglied im Bundesvorstand. Verantwortung in einem großen Unternehmen für viele Mitarbeiter zu übernehmen, bedeutet auch, ein Stück weit, gesellschaftliche Verantwortung zu tragen. Der Managerkreis bietet mir die Möglichkeit, meine Erfahrungen in die politische Diskussion einzubringen - im direkten Austausch mit den Entscheidungsträgern in der Politik.“

Ulrich Weber, Personalvorstand der Deutschen Bahn AG. Mitglied des Vorstands des Managerkreises.



(Foto: Darchinger)

KONFERENZ ÜBER DIE ZUKUNFT DER AUTOMOBILINDUSTRIE

Mitten im Strukturwandel

Auch wenn die Autoindustrie dank Abwrackprämie und anziehendem Export ziemlich glimpflich aus der Wirtschaftskrise gekommen ist – das Geschäftsmodell ist an seine Grenzen gekommen. Zumindest darüber waren sich Klaus Bräunig, Geschäftsführer des Verbands der Automobilindustrie (VDA), Hartmut Meine von der IG Metall Niedersachsen, Florian Pronold, Fraktionsvize der SPD, sowie Professor Helmut Holzapfel vom Institut für Verkehrswesen in Kassel einig. Allerdings bezog sich diese Einigkeit ausschließlich auf die fernere Zukunft in zehn bis 20 Jahren. Bis dahin müssten neue elektrische Antriebskonzepte marktfähig sein, stellten sie bei einer Diskussion über

die Zukunft der Autoindustrie auf Einladung FES Ende November in Berlin fest. Doch solange das alte Geschäftsmodell noch funktioniert, wird es verteidigt. Daran ließ Klaus Bräunig wenig Zweifel, als er den Oktober 2010 als besten Exportmonat aller Zeiten feierte, mit 378.000 ausgeführten deutschen Autos. Und auch die Warnung vor „zu schnellen“ Auflagen für die Senkung der Kohlendioxidemissionen fehlte nicht. Auf die Frage von Werner Reh vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), ob der VDA die in der Europäischen Union diskutierten CO₂-Grenzwerte von 95 Gramm pro Kilometer bis 2020 für Neuwagen unterstütze, verzichtete Bräunig

auf eine Antwort. Zuvor hatte er aber gewarnt, dass „ökologische Vorgaben“ nicht auf einer „zu engen Zeitachse“ gemacht werden dürften. Hartmut Meine sieht die Autoindustrie dagegen schon mitten im Strukturwandel, von dem er sich wünscht, dass er „geordnet“ abläuft. Er verwies auf die Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung in der Autoindustrie. „Wir wollen den Wandel ohne betriebsbedingte Kündigungen schaffen“, sagte er. Allerdings wies er auch darauf hin, dass bei einem Wandel zum Elektromotor und angesichts der Produktivitätssteigerungen in der Industrie mit Sicherheit weniger Arbeitsplätze gebraucht würden. Meine verwies auf einen tarifvertraglich

vereinbarten Innovationsfonds bei VW, der mit jährlich 20 Millionen Euro ausgestattet werden und nach neuen Geschäftsfeldern suchen soll. Und Florian

Pronold wies darauf hin, dass es vor allem in den Städten in Zukunft darauf ankomme, Mobilität zu verkaufen und nicht mehr nur Autos. Wie schwer

dieser Wandel werden dürfte, zeigte die Feststellung eines VW-Mannes zum Ende der Veranstaltung: „Das fällt völlig aus dem Geschäftsmodell.“

STRATEGIEPAPIER DES MANAGERKREIS ZUR GREEN ECONOMY

Dritte industrielle Revolution

„Die Märkte der Zukunft sind grün“ – diese These wurde am 4. November im Curiehörsaal der TU Ilmenau lebhaft diskutiert. Eingeladen hatte der Managerkreis der FES, der im Rahmen der Veranstaltung die Ergebnisse des Strategiepapiers „Nachhaltiges Wachstum finanzieren – Strategien und Finanzierungsinstrumente für eine Green Economy“ vorlegte. Nach dieser Analyse hat Deutschland die Chance, durch eine starke Position in der Umwelttechnologie sowie durch gesamtwirtschaftliche Ressourcen- und Energieeffizienz ein neues, nachhaltiges Wachstum zu generieren. So können zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen, ökologische Zielsetzungen erreicht und die Staatsverschuldung eingedämmt werden. Die ökologische Modernisierung der Wirtschaft erfordert allerdings nicht nur enorme Investitionen sondern auch einen intelligenten und verlässlichen Ordnungsrahmen. Zu diesem Ordnungsrahmen, der Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Innovationspolitik verzahnen muss, gehören auch angemessene Finanzierungsinstrumente. Auf dem Weg zu einer „Green Economy“ ist die Einbindung der Finanz- und Kapitalmärkte entscheidend.

Denn leider ist „Deutschland derzeit Schlusslicht in Europa, was die Finanzierung von Greentech-Unternehmen mit privatem Kapital angeht“, so Dr. Carlo Velten, einer der Autoren des Papiers und Mitglied im Bundesvorstand des Managerkreises. In der Diskussion wurde allerdings auch deutlich, dass es zwar Anschub- und Innovationsfinanzierungen geben, laut Prof. Hermann Kallfaß (TU Ilmenau) aber eine „Überförderung und Geldverschwendung“ vermieden werden muss. Der Unternehmer Dr. Hubert A. Aulich (PV Crystalox Solar GmbH) setzte sich für eine Stärkung Thüringens als Produktionsstandort ein. Nur wenn den Unternehmen durch die Kommunen die notwendigen Genehmigungen erteilt werden, können Arbeitsplätze langfristig angesiedelt werden. Es sei

„eine Illusion, dass Thüringen als Land der Forscher und Entwickler eine Zukunft hat. Ohne Produktionsstandorte werden Forscher und Entwickler sehr schnell wieder abwandern.“ Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig machte in seiner Ausführung unmissverständlich klar, dass „die Wachstumsfahrt mit immer mehr Ressourcenverbrauch vorbei ist.“ Den notwendigen Umbau der deutschen Wirtschaft verglich er mit „einer dritten industriellen Revolution.“

DAS STRATEGIEPAPIER

http://managerkreis.de/media/GreenEconomy_2010.pdf

Thüringen auf dem Weg zum „grünen Motor“

Aus Thüringen den grünen Motor Deutschlands zu machen, ist erklärtes Ziel der seit einem Jahr amtierenden Landesregierung. Die FES unterstützt dieses Ziel mit regelmäßigen Diskussionsforen und Expertengesprächen sowie der Einrichtung einer neuen Veranstaltungsreihe „Forum Energie.“ Darin wurden bereits kommunale Fördermöglichkeiten regenerativer Energien und der

sogenannte Atomkompromiss der schwarz-gelben Bundesregierung behandelt. Fragen der politischen Fördermöglichkeiten einer sogenannten „Green Economy“, die neben erneuerbaren Energien auch ressourcenschonende Technologien und die Recyclingwirtschaft umfasst, wurden in zwei weiteren Diskussionsforen erörtert. In einem „rot-grünen Salon“ sprachen in Erfurt

Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig und der stellvertretende Fraktionschef der Grünen im Bundestag, Fritz Kuhn, über die Frage „Brauchen wir einen Green New Deal?“ Dabei traten neben Gemeinsamkeiten auch deutliche Unterschiede hervor, etwa bei Fragen des Infrastrukturausbaus zum Erhalt des Industriestandorts Deutschland oder bei der Elektromobilität.

TAGUNG MIT ARBEITSMARKT-, UMWELT- UND BILDUNGSEXPERTEN DEUTSCHLANDS UND DER USA

Grüne Arbeitsplätze gleich Gute Arbeitsplätze?

Die ökologische Modernisierung stellt auch Arbeitsmarkt und Bildungssystem in führenden Industrienationen wie Deutschland und den USA vor ganz neue Herausforderungen. Welche Branchen und Berufsfelder werden sich in einer „Green Economy“ entwickeln, wie können Industrien ökologisch transformiert und die Ausbildung auf die Bedürfnisse einer nachhaltigen Produktion ausgerichtet werden?

Auf Fragen wie diese versuchte die Fachtagung „Greening of the Economy“ Antworten zu finden, die von der FES in Berlin veranstaltet wurde. Kooperationspartner für die Tagung mit Arbeitsmarkt-, Umwelt- und Bildungsexperten aus Deutschland und den USA waren die Hans-Böckler-Stiftung und die US-amerikanische Botschaft. Für den thüringischen Wirtschaftsminister Matthias

Machnig gibt es keine Alternative zum ökologischen Umbau, auch weil er zukünftig Wettbewerbsvorteile schaffe. Auch die Obama-Administration setzte auf „Green Economy“ und fördere derzeit massiv Ausbildung- und Fortbildung in „grüne“ Qualifikationen, berichtete der stellvertretende Staatssekretär im US-Arbeitsministerium, William Spriggs. Weil die Mehrzahl grüner Jobs in klassischen Industrien und nicht in neuen Umweltbranchen entstehe, müsse der Fokus stark auf der Weiterqualifikation traditioneller Berufe liegen, mahnte

Angelika Thomas, Ressortleiterin Technologie und Umwelt im Vorstand der IG Metall. Grüne Arbeitsplätze müssten gute Arbeitsplätze sein, forderten sowohl Thomas als auch Margrete Strand Rangnes von der Blue Green Alliance.

Bildungsexperten wie Prof. Peter Weiß vom Bundesinstitut für Berufsbildung und Glen Cummings vom US-Bildungsministerium präsentierten Lösungsansätze, wie die Berufs- und Weiterbildungssysteme an die neuen Qualifikationsbedürfnisse einer grünen Ökonomie angepasst werden können.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ **Nanotechnologien im Lebensmittelsektor** – nur Kleinigkeiten? fragte der Gesprächskreis Verbraucherpolitik der FES auf einer Tagung in Berlin. Fazit der Veranstaltung, die von dem Vorsitzenden der Nano-Kommission der Bundesregierung, Wolf-Michael Catenhusen, moderiert wurde: Es gibt zwar bislang nur wenige Produkte auf dem Lebensmittelmarkt, bei denen Nanotechnologien Verwendung finden, aber es gibt eine Reihe konkreter Anwendungsmöglichkeiten. Doch da es weder Standards noch Regulierungen gibt, die Transparenz schaffen, Risiken minimieren und Wahlfreiheit schaffen, muss die Politik rasch handeln. Kommt eine Regulierung zu spät, ist eine breite Ablehnung wie bei der „grünen Gentechnik“ nicht auszuschließen. +++

Mehr Effizienz ins Gesundheitswesen

Bereits 2002/2003 begann sich der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Gesundheitsversorgung und ihrer gesellschaftlichen wie auch wirtschaftlichen Rolle auseinanderzusetzen. Die Diskussionen zur Reform des Gesundheitssystems in Deutschland beschäftigen sich bereits seit Jahrzehnten überwiegend mit der Dämpfung des Kostenanstiegs, der Sicherung der Einnahmen und den Reformen der institutionellen Strukturen. Um die Jahrtausendwende wurde dieser Diskurs sowohl durch die Frage der zunehmenden Lohnkostenbelastung als auch durch die Wachstumspotenziale der neu identifizierten Branche „Gesundheitswirtschaft“ ergänzt. Dies nahm der Managerkreis 2003 zum Anlass zwölf „Forderungen an eine nachhaltige Gesundheitspolitik“ zu formulieren.

In dem Papier wurden grundsätzliche systemische Bereiche angesprochen, Forderungen an eine nachhaltige Finanzierungsstruktur gestellt sowie Anforderungen an die Leistungsseite formuliert. Der mit diesem Forderungskatalog eingeschlagene Weg wurde mit Blick auf die Bundestagswahl 2005 durch ein erweitertes Thesenpapier gefestigt. Mit „Wachstumsfeld Gesundheit – Reformen für mehr Qualität, Wirtschaftlichkeit, Solidarität und Eigenverantwortung“ wurden Politikempfehlungen formuliert, um einen wirkungs-

vollen Wettbewerb zu organisieren, der Qualität und Wirtschaftlichkeit garantiert und eine Finanzierung realisiert, die eine Balance zwischen Eigenver-

antwortung und Solidarität ermöglicht.

Um der steigenden Bedeutung der Gesundheitspolitik gerecht zu werden, beschloss das Steering-Komitee des Managerkreises 2006 die Einrichtung einer permanenten Arbeitsgruppe Gesundheit (PAG). Ziel war es, die über einen länge-

ren Zeitraum kontinuierlich an einem Themenfeld arbeitende Gruppe als Ansprechpartner der Politik zu etablieren. Grundsätzlichen Fragestellungen sollte so mehr Aufmerksamkeit verliehen und rascher auf aktuelle Entwicklungen reagiert werden.

— FES-Projekt Soziale Gesundheitswirtschaft

In dem Projekt der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik wird ein Konzept entwickelt, das sowohl zu einer qualitativ höherwertigen gesundheitlichen Versorgung als auch zu steigendem Wachstum und Beschäftigung sowie verbesserter Qualifizierung führen soll. Zentral sind folgende konzeptionelle Überlegungen:

- Auszugehen ist von einem zunehmendem Bedarf an medizinischen und nicht-medizinischen sowie pflegerischen Leistungen,
- Alle Angebote müssen patientenzentriert sein und sich an der Verbesserung der Leistungen und Versorgung orientieren, wobei Prävention höchste Priorität hat und sozial benachteiligte Schichten erhöhter Aufmerksamkeit bedürfen.

- Gute Arbeit und die Qualifizierung der Beschäftigten im Gesundheitssystem spielen eine entscheidende Rolle.
- Auf die zuvor genannten Aspekte müssen innovative Versorgungsstrukturen (u.a. integrierte Versorgung) abgestellt werden.
- Diese Strukturen werden durch einen innovationsfördernden ordnungspolitischen Rahmen (u.a. Selektivverträge) gefestigt.
- Anhand von drei alternativen Finanzierungsmodellen wird geprüft, wie sie sich auf die Entwicklung des Gesundheitssektors auswirken und welche Folgen dies für andere Wirtschaftszweige haben könnte.

Bereits 2008 legte die PAG ein weiteres Thesenpapier vor, in dem sie zu einer neuen Qualitätsdebatte im Gesundheitswesen auffordert. In „Wachstum und Gesundheit – Chancengleichheit, Wettbewerb und Konsumentensouveränität“ wird für eine ganzheitliche Gesundheitspolitik und einen qualitätsfördernden Wettbewerb geworben. Konkret wurden hier die Versicherungspflicht bei freier Wahl der Krankenkasse, Direktverträge von Versicherungen mit Ärzten und Krankenhäusern oder die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln als Aufgaben an die Politik formuliert. Um die Grenze zwischen ambulanter und stationärer Versorgung zu überwinden, seien ferner der Ausbau der integrierten Versorgung und die Einführung von Fallpauschalen auch in der ambulanten Versorgung zwingend

erforderlich. Bei künftigen Reformschritten, so die Überzeugung der PAG, müsse darauf geachtet werden, Prävention und Gesundheitserziehung auszubauen, Chancengleichheit bei der medizinischen Versorgung der gesamten Bevölkerung herzustellen, den Patienten mehr Informations- und Beteiligungsrechte und damit Konsumentensouveränität zu verschaffen sowie das Gesundheitssystem insgesamt mehr auf den Wettbewerb hin zu orientieren.

Auch die jüngste Publikation der PAG „Für eine zukunftssichere Krankenhauslandschaft in Deutschland“ ist Ergebnis einer Reihe von Expertengesprächen. Der Managerkreis legt hier ein Sieben-Punkte-Programm vor, das hilft, die Zukunft der deutschen Krankenhauslandschaft zu sichern. Zentrale Herausforderungen werden benannt, geeignete Lö-

sungsvorschläge formuliert und auf die enormen Modernisierungsréserven im Bereich der Krankenhäuser in Deutschland verwiesen. Insbesondere eine Vielzahl teurer und die Qualität beeinflussende Schwächen des gegenwärtigen Organisations- und Finanzierungssystems werden verdeutlicht. Das neue Positionspapier präsentiert zentrale Lösungsvorschläge und Lösungsforderungen die helfen sollen, die Qualität und Effizienz der Leistungserbringung nachhaltig zu stärken. Die PAG setzt ihre zukünftigen Schwerpunkte auf längerfristige Themen wie die weitere Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen, (Global) Public Health oder die demografisch bedingte Herausforderung: Fachkräftesicherung.

ALLE THESENPAPIERE

www.managerkreis.de/thesen-papiere.aspx

— Marktsteuerung staatlicher Verschuldung

Trotz des bereits eingerichteten „Rettungsschirms“ für die Eurozone erscheinen die Befürchtungen, dass es zu weiteren Rettungsmaßnahmen für überschuldete Staaten oder zu einer dauerhaften Transferunion oder gar zu einem abrupten Zerbrechen der Eurozone kommen könnte, nicht völlig unberechtigt.

Vor diesem Hintergrund widmete sich ein Workshop der FES in Berlin mit Experten aus Wissenschaft, Politik und dem Bundesministerium der Finanzen der Frage, welche Perspektiven marktgesteuerte Mechanismen der Staatsverschuldung haben können und welche Verfahren und Instrumente dafür benötigt werden.

Im Kern bedeutet eine Marktsteuerung staatlicher Verschuldung, dass es für Staaten, die sich auf den Weg der Überschuldung zu begeben drohen, zunehmend teurer wird, sich an den Kapitalmärkten zu

refinanzieren, womit ein entsprechender Disziplinierungsdruck ausgeübt wird. Eine solide Marktsteuerung müsste nach Meinung der Experten auf drei Ebenen ansetzen:

1. Errichtung eines Regelwerks für geordnete Insolvenzen; 2. glaubhafte und effektive Risikobeteiligung der Gläubiger; und 3. eine Reform des Banken- und Finanzsektors.

Wie Martin Hellwig, Direktor des Max-Planck-Institutes zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern feststellt, müssten Banken ihre derzeit viel zu geringen Eigenkapitalquoten auf mindestens 20 Prozent aufstocken, auch müsste ihnen die Risikogewichtung ihrer Vermögenswerte untersagt werden. Denn wie die Schuldenkrise in der Eurozone zeigt, kann sich die heute plausibel erscheinende Risikobewertung unterschiedlicher Vermögenswerte schon morgen als hinfällig erweisen.

Demokratie in der Wirtschaft

— DIE MITBESTIMMUNG ZÄHLT ZU DEN WICHTIGEN WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN ERRUNGENSCHAFTEN im Rahmen eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus. Mit welchen zeitgemäßen Perspektiven kann die Mitbestimmung als Markenzeichen sozialer Marktwirtschaft weiterentwickelt werden?

Dieser Frage geht der FES-Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik insbesondere mit Blick auf die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung im Spiegel unterschiedlicher Reformdiskussionen nach. „Unternehmensmitbestimmung: ungerechtfertigter Stillstand auf der politischen Baustelle,“

ist die Überschrift eines mehrteiligen Diskurses, an dem sich Gewerkschafter, Politiker, Wissenschaftler und Unternehmensvertreter beteiligen.

Die Mitbestimmung in der Wirtschaft erfolgt in Deutschland auf zwei Ebenen: durch den Betriebsrat und die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat.

Die Vorzüge einer solchen mitbestimmten Wirtschaft beschränken sich nicht nur auf die Kontrolle der Unternehmensführung durch den Aufsichtsrat und die Gestaltung der Produktionsbedingungen durch den Betriebsrat. Mittlerweile mehren sich wissenschaftliche Studien, die den wirtschaftlichen Wert der Mitbestimmung nachweisen. Jüngste Forschungen heben zudem hervor, dass die Unternehmensmitbestimmung die Weltmarktposition der Unternehmen stärkt, denn

Mitbestimmung und Mitverantwortung sind innovationsfördernd. Mitbestimmung erbringt aber auch eine volkswirtschaftliche „Extrarendite.“

Sie wird beispielsweise durch die Arbeit von Mitbestimmungsträgern erzielt, die in der Wirtschaftskrise durch betriebliche Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung, Standortschließungen oder Personalabbau verhindern. Betriebsräte unterstützen z.B. Kurzarbeit, um Krisen zu überbrücken, und sichern damit Arbeitsplätze.

Auf die Agenda einer zukunftsorientierten Politik für mehr Demokratie in der Wirtschaft gehört daher der Ausbau der Mitbestimmung in den Unternehmen. Die Montanmitbestimmung, also die „echte“ paritätische Mitbestimmung könnte für die Weiterentwicklung des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 das Vorbild

sein, um die Handlungsfähigkeit der Arbeitnehmervertreter (durch die Abschaffung des Doppelstimmrechts des Aufsichtsratsvorsitzenden) zu erhöhen.

Auch mit Blick auf europäische Entwicklungen sind Reformen angesagt, die verhindern sollten, die deutsche Mitbestimmung auf dem Altar der europäischen Harmonisierung zu opfern. Das europäische Gesellschaftsrecht unterstützt die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Aktivitäten der Unternehmen. Zunehmend werden in Deutschland ansässige Unternehmen z.B. in eine ausländische Rechtsform umgewandelt. Die deutschen Niederlassungen werden in diesen Fällen nicht mehr vom Mitbestimmungsrecht erfasst. Diese Flucht vor der Mitbestimmung gesetzlich zu unterbinden, wäre eine dringliche Politikaufgabe.

Eine starke Mitbestimmung stärkt die Demokratie. Das Ziel ist, neue Risiken für die Mitbestimmung abzuwehren, dagegen deren wirtschaftliche, arbeits- und gesellschaftspoli-

tische Chancen zu nutzen und in ihre Zukunft zu investieren. Die treibende Kraft der Weiterentwicklung des deutschen Mitbestimmungssystems ist dabei eine Allianz zwischen Gewerk-

schaften und Sozialdemokratie. Beide treten für den Erhalt und Ausbau der deutschen Mitbestimmung als zukunftsfähiges Kooperations- und Regulierungsmodell ein.

WEITERE PUBLIKATIONEN ZUM THEMA:

www.fes.de/wiso/sets/s_abp.htm

- Felix Hörisch, Mehr Demokratie wagen - auch in der Wirtschaft: die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise

- Rainald Thannisch, Die Mitbestimmung im Kontext europäischer Herausforderungen
- Ralph Greifenstein / Helmut Weber, Zukunfts-feste betriebliche Mitbestimmung: eine Herausforderung für Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik

KOOPERATIONSPROJEKT MIT DER HANS BÖCKLER STIFTUNG

Mitarbeiterbeteiligung weiterentwickeln

Obwohl die Sozialpartnerschaft in Deutschland eine gute und lange Tradition hat, spielt die finanzielle Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Dabei könnte die Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Unternehmen der zunehmenden Ungleichverteilung von Vermögen in Deutschland entgegenwirken. Zusätzlich bietet die Mitarbeiterbeteiligung vielfältige Vorteile für Beschäftigte und Unternehmen. Das hat der Gesetzgeber erkannt und wollte mit der Neufassung des Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetzes von 2009 insbesondere die Beteiligung im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen fördern.

Die Spitzenverbände der Sozialpartner BDA und DGB begrüßen die erweiterten Möglichkeiten der Mitarbeiterkapitalbeteiligung. Auch in den politischen Parteien gab und gibt es allenfalls Differenzen

über die Ausgestaltung einzelner Instrumente.

Möglichen Hindernisse einer stärkeren Nutzung von finanziellen Mitarbeiterbeteiligungsmodellen liegen offenbar in der praktischen Umsetzung. Hier auf verweisen auch die sehr unterschiedlichen Beteiligungsquoten in den verschiedenen Branchen und Unternehmensgrößenklassen. Während bei den großen börsennotierten Unternehmen Beteiligungsangebote sehr weit verbreitet sind und zur modernen Personalpolitik dazugehören, ist eine Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmenskapital in mittleren und kleineren Unternehmen nach wie vor eine Ausnahme.

Vor diesem Hintergrund führt der Arbeitskreis Mittelstand der FES in einer Kooperation mit der Hans Böckler Stiftung ein Dialogprojekt durch, um Wirtschaft, Politik sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammenzubringen

um so Impulse für weitere Verbesserungen und Handlungsoptionen zu entwickeln. Zu Beginn stand am 23. November 2010 ein erster Erfahrungsaustausch mit dem neuen Mitarbeiterkapitalgesetz an dem sich neben Wissenschaftlern, Unternehmern und Verbandsvertretern der ehemalige Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz und das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Dietmar Hexel, beteiligten. Die Diskussion zeigte, dass es in der Umsetzung des neuen Gesetzes noch erheblichen Kommunikations- und Vermittlungsbedarf gegenüber der Wirtschaft gibt; denn die möglichen positiven Wirkungen werden zwar anerkannt, aber die Idee überbetrieblicher Umsetzungsmodelle scheint vielen Unternehmen zu kompliziert.

ARBEITSKREIS MITTELSTAND

www.fes.de/wiso/sets/s_mitt.htm

Verbraucher oft überfordert

— IM LICHT DER FINANZMARKTKRISE SIND EINE REIHE ÖKONOMISCHER SCHEINGEWISSEN INS WANKEN GERATEN, darunter insbesondere das Bild des Homo oeconomicus und damit das Ideal sich selbst regulierender Märkte.

Die jüngere Geschichte hat wieder einmal gezeigt, dass weder Menschen rationale Eigennutzmaximierer sind, noch dass sich im freien Spiel der Marktkräfte automatisch optimale wirtschaftliche Ergebnisse herstellen. Dies hat auch Folgen für die Verbraucherpolitik, deren vorrangiges Leitbild der letzten Jahre der „mündige Verbraucher“ war. Entsprechend zielte die Verbraucherpolitik auf die Bereitstellung möglichst vollständiger Informationen ab. Massenhafte Fehlberatungen und -entscheidungen bei Finanzanlagen konnten so jedoch nicht verhindert werden, genau so wenig wie Fehlentscheidungen bei Mobilfunk-, Telefon- und Internettarifen, medizinischen Zusatzleistungen, Zeitschriftenabos usw. Offenbar spielen die Aufbereitung von Informationen, Entscheidungskontexte und Gewohnheiten eine größere Rolle als bislang von der Verbraucherpolitik realisiert wurde.

Zwei Expertenworkshops vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin und vom Gesprächskreis Ver-

braucherpolitik der FES, widmeten sich daher der Frage, wie die Erforschung realen Verbraucherverhaltens und ihres sozio-ökonomischen Kontexts zu einer effektiveren Verbraucherpolitik beitragen kann.

Gerd Billen, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), machte deutlich, dass Verbraucher in der Realität nicht nur mündig, sondern oft auch verwirrt und überfordert seien. Um entsprechende Missstände zu beheben, sei ein erheblicher Ausbau unabhängiger Verbraucherschutzforschung nötig. Dies wurde auch von Christian Grugel, Leiter der Abteilung Verbraucherpolitik beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) unterstrichen: Es bedarf einer empirischen Fundierung um eine verlässliche Einschätzung der Wirkung verbraucherpolitischer Maßnahmen vorzunehmen und effektivere Instrumente entwickeln zu können.

Andreas Oehler, Professor für BWL an der Universität Bamberg und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des BMELV, illustrierte anhand einer ver-

haltensökonomischen Analyse der Altersvorsorge- und Finanzberatung konkrete Forschungs- und Handlungsbedarfe: Die Informationen und Modelle, die Anlageberater bislang verwenden, seien so komplex, dass sie in den allermeisten Fällen nicht einmal von ihnen selbst verstanden werden können. Benötigt werde daher eine Produktstandardisierung und -limitierung nach typischen, empirisch zu ermittelnden Verbraucherbedarf und eine entsprechend strenge staatliche Regulierung.

Die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Elvira Drobinski-Weiß forderte, dass die Abschätzung von Folgen für die Verbraucher ins Standardrepertoire von Gesetzgebungsprozessen aufgenommen werden sollte.

PRÄSENTATIONEN UND
NÄHERE INFORMATIONEN
ZU DEN WORKSHOPS:

[www.fes.de/wiso/sets/
s_verbr_vera.htm](http://www.fes.de/wiso/sets/s_verbr_vera.htm)

Fehler wirken nach

Ein wichtiger Baustein der Deutschen Wiedervereinigung war die Ausweitung der westdeutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialordnung auf das Gebiet der DDR am 01. Juli 1990. Welche Folgen hatten diese währungs-, wirt-



Hätte anders entschieden werden können? Diskussionsrunde von Zeitzeugen des wirtschaftspolitischen Neuanfangs auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. (Foto: Amman)

schafts- und sozialpolitischen Entscheidungen für die ost- und westdeutsche Wirtschaftsentwicklung? Was hätte anders entschieden werden können, ja müssen? Diese Fragen diskutierten im Rahmen einer Veranstaltung der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik Ende November, Dr. Dr. h.c. Reinhard Höppner, ehemaliger Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Ingrid Matthäus-Maier, in den 1980er und 1990er Jahren finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Edgar Most, 1990 Vizepräsident der Staatsbank der DDR, Dr. Wolfgang Roth, bis Anfang der 1990er Jahre wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Gerlinde Sinn von der Ludwig-Maximilians-Universität in München,

die 1991 zusammen mit ihrem Mann, Prof. Dr. Hans-Werner Sinn das Buch „Kaltstart“ über die ökonomischen Probleme der Deutschen Einheit geschrieben hat, sowie Dieter Schulte, in den 1990er Jahren Vorsitzender des DGB.

Ein durch 40 Jahre Planwirtschaft und Sozialismus geprägtes Land musste möglichst rasch in eine soziale Marktwirtschaft überführt werden, auch um die Wanderung vieler tausend Menschen von Ost- nach Westdeutschland zu stoppen. Ingrid Matthäus-Maier wies nochmals darauf hin, dass aus ihrer Sicht eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion grundsätzlich unumgänglich war. Nur wurden von der damaligen Regierung unter Helmut Kohl eklatante wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen getroffen, die die SPD seinerzeit nicht mittragen wollte und deren negative Folgen bis heute zu spüren sind. Zu den im Zuge der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion begangenen wirtschafts- und sozialpoli-

tischen Fehlern gehört beispielsweise das bei Eigentumsfragen angewandte Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“, das sich als gravierendes Investitionshindernis erwies. Die Treuhandpolitik gab der raschen Privatisierung oder Abwicklung ostdeutscher Betriebe den absoluten Vorrang, wodurch viele Betriebe und Arbeitsplätze vernichtet wurden, die bei einer zeitaufwändigeren Sanierung durchaus hätten gerettet werden können.

Die Runde war sich einig, dass die Folgen dieser Fehler bis heute zu spüren seien. Zwar habe sich das durchschnittliche Haushaltseinkommen in Ostdeutschland rasch auf immerhin 70 Prozent des Westniveaus erhöht. Dennoch ist in Ostdeutschland die Arbeitslosigkeit immer noch höher und die Produktivität geringer. Weitere, zukunftsorientierte Fördermaßnahmen seien daher unumgänglich.

AUDIOBEITRAG

www.fes.de/wiso

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Auch **20 Jahre nach Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion** gibt es hitzige Debatten über andauernde Transferzahlungen diesseits und die mangelnde Anerkennung der Transformationsleistungen jenseits der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Die Akademie Frankens, Gesellschaft für Politische Bildung e. V. Würzburg, in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, hatte zum Versuch einer Bilanzierung nach Erfurt eingeladen. Neben dem Rückblick stand für die 34 Teilnehmer aus neun Bundesländern vor allem die Frage im Raum: Wie kann das System der sozialen Marktwirtschaft gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen gerecht werden? In der engagierten Debatte über das „Soziale“ der sozialen Marktwirtschaft blieben die Einschätzungen im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik kontrovers. Während einige zu hohes Anspruchsdenken konstatierten, befürwortete die Mehrheit die Einführung von Mindestlöhnen. +++

Veranstaltungsreihe mit
dem rbb-Inforadio

Das Soziale in Zeiten der Globalisierung

— DREI DIMENSIONEN DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT in weltweitem Maßstab wollte die FES 2010 zusammen mit dem rbb inforadio in einer Veranstaltungsreihe beleuchten. Der Auftakt war provokant: „Soziale Gerechtigkeit für uns, Almosen für die Anderen?“ hieß es bei der von der rbb-Journalistin Sabine Porn moderierten Podiumsdiskussion.

Haben die Industrieländer gegenüber Entwicklungsländern nur eine historische oder auch eine moralische Verpflichtung zur Hilfe? Der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel merkte an, dass es wissenschaftlich nicht erwiesen sei, dass Entwicklungszusammenarbeit in den Empfängerländern überhaupt einen positiven Effekt habe. Der Vorsitzende des OECD-Entwicklungsausschusses, Eckhard Deutscher, machte sich dagegen für eine Politik stark, in der die seiner Meinung nach durchaus erkennbaren positiven Effekte der Entwicklungszusammenarbeit nicht durch die Außen-, Handels- oder Agrarpolitik zunichte gemacht werden. Die soziale Sicherung als ein zentrales Feld sozialer Gerechtigkeit stand im Mittelpunkt der zweiten Veranstaltung. Der an der Universität Shanghai lehrende Wirtschaftswissenschaftler Chun Ding und der Indien-Experte Christian Wagner (Stiftung Wissenschaft und Politik) beleuchteten die soziale Sicherung in den zwei bevölkerungsreichsten Schwellenländern China und Indien und diskutierten mit Christoph

Zöpel, Staatsminister a.D. In China, so Professor Chun Ding, sei man dabei bis 2020 eine Absicherung für die Gesamtbevölkerung aufzubauen. Soziale Sicherung „steht in Indien traditionell relativ hoch auf der Agenda“, unterstrich auch Christian Wagner. Aber angesichts eines informellen Sektors von über 90 Prozent der arbeitenden Bevölkerung, stehe man dort vor einer Herkulesaufgabe. Vor diesem Hintergrund plädierte Christoph Zöpel für die Schaffung eines Weltsozialstaats. So könnte einerseits Konflikten vorgebeugt und andererseits durch eine Stimulierung des globalen Wirtschaftswachstums Armut reduziert werden.

„Gewerkschaften und soziale Gerechtigkeit – Am Puls der Zeit oder von gestern? Gewerkschaften und globale soziale Gerechtigkeit“, so der Titel der Diskussion zum Abschluss der Veranstaltungsreihe. Horst Mund, Leiter der internationalen Abteilung der IG Metall machte den Spagat deutlich, den Gewerkschaften heute vollbringen müssen: einerseits Arbeitsplatzsicherung zu Hause, andererseits Solidarität mit Arbeitnehmern weltweit. Dass Gewerkschaften in Entwick-

lungsländern einen großen Teil der arbeitenden Bevölkerung vernachlässigen, hob Ingeborg Wick vom Südwind-Institut in der Diskussion hervor. Dort wo der informelle Sektor meist die Mehrheit der Beschäftigten umfasst, fällt es klassischen Gewerkschaften schwer, Mitglieder zu gewinnen und politische Erfolge zu verbuchen. Dabei sei es für die internationale Gewerkschaftsbewegung unerlässlich, den Arbeitgebervertretern auf Augenhöhe zu begegnen, so Christoph Scher-



rer, Professor an der Universität Kassel. Das Studienprogramm der Global Labour University (GLU), an dem die Uni Kassel beteiligt ist und das von der FES durch fünf Stipendien für Studierende aus Entwicklungsländern unterstützt wird, ist ein Ansatz zur Stärkung globaler sozialer Gerechtigkeit.

Erste von drei Diskussionsrunden, die nicht nur vom Publikum im FES-Konferenzsaal sondern auch von den Hörern des Inforadio verfolgt werden konnten.

ZUM NACHHÖREN

www.inforadio.de/podcast/feeds/das_forum/das_forum_mit_sabine.html

Energie darf nicht politische Waffe werden

Lediglich die Hälfte der in der Europäischen Union verbrauchten Energie wird selbst produziert. Wie lässt sich auch in Zukunft eine kontinuierliche Belieferung mit Energie sicherstellen? Und was kann die EU selbst dazu beitragen? Die Konferenz "Energiesicherheit



Plädierte für grenzenlose Energiesicherheit in Europa: Der Präsident des europäischen Parlaments, Jerzy Buzek.

im 21. Jahrhundert - Ist Europa auf dem Weg zu einer Energiegemeinschaft?", am 29. Oktober war bereits die zweite, zu der die FES, zusammen mit dem Zentrum für französische Kultur der Universität War-

schau und der Bronislaw-Geremek-Stiftung, Experten aus Deutschland, Frankreich und Polen eingeladen hatte.

„Was wir gegenwärtig brauchen, ist ein Energie-Schengen, das eine grenzenlose Energiesicherheit in ganz Europa ermöglicht“, so Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments. Dazu gehörten neben einer EU-weiten Koordinierung der Energieeinkäufe auch der Ausbau grenzüberschreitender Infrastruktur sowie Investitionen in gemeinsame Forschung. Ähnlich sieht dies auch Didier Houssin, Leiter der Abteilung Energiemarkt und -sicherheit der Internationalen Energieagentur (IEA). Die wachsende Importabhängigkeit bedürfe zunehmend gemeinsamer Maßnahmen. Es gelte nach wie vor zu vermeiden, dass Energielieferungen als politisches Druckmittel instrumentalisiert werden. Auf den

Spagat zwischen Marktliberalisierung und staatlicher Regulierung verwies Severin Fischer, Leiter des Projekts EU-Energie und Klimapolitik am Institut für Europäische Politik.

Janusz Steinhoff, Wirtschaftsminister a.D. und Präsident der polnischen Industrie- und Handelskammer, hob dagegen die Bedeutung des auf den Weg gebrachten neuen Energiepakets der Europäischen Union hervor: „Durch die Schaffung eines einheitlichen europäischen Energiemarktes soll der Wettbewerb zwischen den Energiekonzernen verschärft werden, was sich in sinkenden Energiepreisen bemerkbar machen wird.“ In seinem Resümee wies Severin Fischer auf die Schwierigkeiten einer europaweiten Energiesicherheit hin. Denn, es „besteht kein Mangel an vertraglichen Grundlagen, sondern vielmehr am Willen diese auch umzusetzen.“

— Was bringt die neue politische Steuerung der EU?

Wirtschaftliche Asymmetrien und ungenügende politische Koordinierung innerhalb der EU bedrohen Einheit und Erfolg der Wirtschafts- und Währungsunion. Mit einem neuen Set an aufeinander abgestimmten Instrumenten der politischen Steuerung im Rahmen des 2011 startenden „Europäischen Semesters“ soll die aktuelle Krise überwunden und künftige vermieden werden.

Till van Treeck (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, IMK) und Björn Hacker (FES) bewerten in einer Publikation die einzelnen Bestandteile des „Europäischen Semesters.“ Der positive Ansatz einer umfassenden europäischen Steuerung folgt ihrer Ansicht nach einem falschen Paradigma, welches Innovation und sozialen Fortschritt einsei-

tig an die Erfüllung staatlicher Verschuldungskriterien bindet. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und der Lissabon-Strategie, warnen die Autoren vor einer einseitig auf Wettbewerbsfähigkeit und Konsolidierungszwänge abstellenden Strategie aus der Wirtschaftskrise. Nötig wären stattdessen das Austarieren außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte und die Einrichtung eines sozialen Stabilitätspakts.

Björn Hacker/Till van Treeck: Wie einflussreich wird die europäische Governance? Reformierter Stabilitäts- und Wachstumspakt, Europa 2020 – Strategie und Europäisches Semester: www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=07639&ty=pdf

Europas Verhältnis zu Russland: Vom Dreieck zum Viereck

„Mit dem Beitritt der osteuropäischen Staaten hat sich eine historische Mission erfüllt: Wir haben damit die jahrzehntelange, schmerzliche Trennung unseres Kontinents überwunden,“ bekräftigte Gerhard Schröder, Bundeskanzler a.D., im Rahmen einer Lesung, die regelmäßig im Oktober anlässlich des Todestages von Willy Brandt von der FES mit dem Willy-Brandt-Zentrum der Universität Breslau veranstaltet wird. Vor über 500 Gästen, darunter auch Aleksander Kwasniewski, polnischer Staatspräsident a.D., Leszek Miller, polnischer Ministerpräsident a.D., warf Schröder einen Blick auf die zukünftigen Herausforderungen der Europäischen Union und die Rolle von Polen und Deutschland in der Gemeinschaft.

Gerhard Schröder hatte sich während seiner Amtszeit als Bundeskanzler für die Aufnahme Polens in die Union eingesetzt und die Gründung des Willy-Brandt-Zentrums in Breslau angeregt, um die Wissenschafts- und Kulturbeziehungen zwischen Polen und Deutschland zu vertiefen. „Uns verbinden gemeinsame Werte. Uns verbindet eine gemeinsame historische Verantwortung.“ Auch die dunkelsten Stunden im deutsch-polnischen Verhältnis dürften dabei nicht in Vergessenheit geraten. Ohne diese Erinnerungen, so betonte Gerhard Schröder, gebe es kei-

ne Freiheit und keine Zukunft. Die zentrale Herausforderung für die Zukunft Europas sieht er in einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik. Die Union müsse neben China und den USA zum entscheidenden Pol in der globalen Politik werden.

Von großer Bedeutung sei die Vertiefung der Beziehungen zu Russland durch eine konstruktive EU-Russland-Politik. Willy Brandts Motto vom „Wandel durch Annäherung“ gelte dabei nach wie vor. Dabei schlug der Altkanzler die Neuauflage einer bewährten politischen Konstellation vor: Deutschland, Polen und Frankreich sollten sich in einer Art Weimarer Viereck regelmäßig mit Russland austauschen und damit die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und Russland auf eine sichere Basis stellen.

Mit diesem sicherheitspolitischen Thema beschäftigte sich auch das dritte Fachgespräch „Netzwerk Weimarer Dreieck“ Ende Oktober in Warschau. Was können die drei Länder tun, um eine gemeinsame Position zu Russland zu erreichen? Wie sollte die neue Sicherheitsstrategie der NATO aussehen?

Die Frage der Einbindung Russlands spaltet Europa und bringt eine der größten strategischen Schwächen der EU-Außen- und Sicherheitspolitik ans Licht: der starke Dissens

unter den EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf ihre Beziehungen zu Russland – je nach Interessenlage strategischer Partner oder Bedrohung.

Gerade das Weimarer Dreieck ist besonders gefordert, einen Beitrag zu mehr strategischer Kohärenz der Außen- und Sicherheitspolitik in Europa zu leisten. Stefan Meister, Deut-



sche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., stellte klar: „Es kann keine Sicherheit in Europa geben ohne Russland.“ Den Gedanken, Russland könne der NATO beitreten hielten alle Teilnehmer für verfrüht. Spannend sei vielmehr die Frage, was im Jahr 2012 geschehen wird, wenn möglicherweise Putin in den Kreml zurückkehrt und ein neokonservativer Republikaner Präsident Obama ablöst. Würde dies eine neue Eiszeit zwischen Russland und dem Westen einleiten oder gelingt es vorher die Beziehungen auf ein stabiles Fundament zu stellen?

Die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und Russland auf eine sichere Basis stellen: Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder während der Willy-Brandt-Lesung in Breslau.

Kompromiss auf Zeit

Die Staats- und Regierungschefs des Nordatlantischen Bündnisses haben bei ihrem Gipfel vom 19. und 20. November 2010 ein neues Strategisches Konzept verabschiedet. Das von NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen verfasste Papier löst das Konzept von 1999 ab, das bisher die Rolle und Aufgaben der NATO beschrieben hatte. Der Entstehungsprozess der neuen NATO-Strategie war anfangs offen und transparent, eine Expertengruppe erarbeitete in verschiedenen Diskussionsrunden einen Entwurf. Eine Online-Debatte fand auf der Homepage der NATO statt. Danach folgte eine Phase der Geheimdiplomatie zwischen den Mitgliedsländern. Den öffentlichen Teil des Prozesses hat die FES mit einer Reihe von Publikationen sowie mehreren Veranstaltungen in Berlin und Brüssel begleitet.

So waren beispielsweise im Vorfeld des NATO-Gipfels Experten von EU-Institutionen

und NATO-Vertretungen auf Einladung des FES-Europabüros in Brüssel zusammengekommen. Lord Des Browne of Ladyton, ehemaliger britischer Verteidigungsminister und Vertreter einer Gruppe hochrangiger Politiker, die sich im „Leadership Network on Multilateral Nuclear Disarmament and Non-Proliferation“ für Abrüstung einsetzen, brachte den bisherigen Nutzen von Nuklearwaffen auf den Punkt: es war vor allem ein politischer, der Einsatz aber ungewiss und für den Gegner im Kalten Krieg unkalkulierbar. Es sei also an der Zeit, das Konzept der Abschreckung zu überdenken.

Das Konzept von 2010 soll nun auch neue Weichenstellungen für die von Rasmussen so genannte NATO 3.0 einleiten. Die

und NATO-Vertretungen auf Einladung des FES-Europabüros in Brüssel zusammengekommen. Lord Des Browne of Ladyton, ehemaliger britischer Verteidigungs-

NATO identifiziert drei Kernaufgaben für die Allianz: Verteidigung, Krisenmanagement und Kooperative Sicherheit. Allerdings überdeckt das strategische Konzept die vorhandenen Brüche und Leerstellen im Übereinkommen der Mitgliedstaaten. Es vermeidet an den strittigen Stellen eindeutige Weichenstellungen. Dabei stehen vier kontroverse Aspekte besonders hervor, bei denen das Papier des Generalsekretärs hinter den Erwartungen zurückbleibt: die Rolle der Nuklearwaffen des Bündnisses, das Krisenmanagement im Verhältnis mit anderen Akteuren, das Verhältnis zu Russland und die Frage der Finanzierung von Verteidigung. Damit steht die neue NATO-Strategie weniger für eine klare Ausrichtung und Verortung der NATO im neuen Sicherheitsumfeld als vielmehr für die Orientierungslosigkeit im Bündnis und das Fehlen eines tragfähigen Konsenses der Mitgliedsländer. Der einzige Lichtblick des Gipfels ist der Versuch, das Verhältnis mit Russland zu entspannen.

— G20 als Weltwirtschaftsregierung?

Die G 20 wurden in Leben gerufen, um möglichst schnell und global auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zu reagieren. Kann sie sich zu einer globalen Wirtschaftsregierung entwickeln? Andrew F. Cooper vom kanadischen Center for International Governance Information zeigte bei einem Expertengespräch des FES-Europabüros in Brüssel zwei Wege auf: Entweder die G20 bleiben Krisenreaktionsmechanismus mit beschränktem Einfluss und Zeitdauer. Oder sie werden zu einem Steuerungsausschuss für globale Herausforderungen (Reform der internationalen Finanzinstitutionen, globale Ordnungspolitik) aufgebaut. Es müsse sich erst noch zeigen, ob die G20, die ihre Legitimation von ihrer Effektivität ableiten, diese aufrecht erhalten können, oder ob die VN das einzige globale Regierungsinstrument bleiben – schwerfällig vielleicht, aber eben legitimiert.

— Transatlantischer Dialog zur Demokratieförderung

Obwohl Demokratieförderung sowohl für die sechs deutschen als auch für die drei US-amerikanischen politischen Stiftungen (National Democratic Institute, International Republican Institute und National Endowment for Democracy) ein zentrales Element ihrer Arbeit darstellt, existiert bislang kein Forum, das einen regelmäßigen Austausch über Analysen, Methoden und Evaluierung dieser Arbeit ermöglicht. Dieses Manko konnten die FES-Büros in Brüssel und Washington in einer gemeinsamen Initiative

abbauen, indem sie Stiftungsvertreter zu einem transatlantischen Dialog nach Brüssel einluden. Während es für die Arbeit der Stiftungen beider Länder wichtig ist, einen politischen Raum für die Zivilgesellschaft zu schaffen, unterscheiden sie sich in der Selbstwahrnehmung. Wo die amerikanischen Stiftungen vor allem den internationalen Charakter ihrer Arbeit wahrnehmen, sehen sich die deutschen Stiftungen vor allem als Spiegelbild der deutschen politischen Pluralität.

— Europäische Verantwortung übernehmen

Mit Blick auf die politischen Umbrüche 1989 erinnerte der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete und Außenminister der DDR, Markus Meckel, während eines Podiumsgesprächs im Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz, an den Zusammenhang der gesellschaftlichen Bewegungen in Mittel- und Osteuropa. Im Rahmen der Reihe "Gespräche über Deutschland" verwies er auf die „europäische Freiheitsgeschichte jenseits

des Eisernen Vorhangs.“ Meckel machte deutlich, dass Deutschland und Polen gemeinsam mehr europäische Verantwortung übernehmen müssten. Für eine erfolgreiche Politik in Europa reiche es nicht aus zu fragen: „Was haben wir in Brüssel für unser Land erreicht?“ Die entscheidende Frage, die sich Deutschland und Polen stellen müssten, sei eine andere: „Was haben wir geleistet, um das ‚Schiff Europa‘ seetüchtig zu machen?“

— EU verstehen

Um die Funktionsweise der EU und ihre Entscheidungsfindung besser zu verstehen, nahmen 20 Schülerredakteure und Studierende mehrerer deutscher Bundesländer an einem zweitägigen Planspiel in der EU-Hauptstadt teil. Die Teilnehmer konnten dabei erleben wie schwierig es ist, 27 verschiedene nationale Interessen in einen politischen Kompromiss zu verwandeln. Derartige Kompromisse sind den Bürgern nicht zu vermitteln, ohne auf die Schwierigkeiten der Konsensfindung hinzuweisen. Um den Transfer dieses Wissens zu verbessern, wurden die jungen Redakteure im Rahmen des

Seminars auch mit den Besonderheiten der Pressarbeit in Brüssel vertraut gemacht und zahlreiche Recherchetipps vermittelt.



— Erster Kontakt

Genau 5.136 Bürgerinnen und Bürger aus Deutschland haben im Jahr 2010 an den politischen Bildungsprogrammen während der Sitzungswochen des Europäischen Parlaments in Straßburg teilgenommen. 89 % der Teilnehmenden hatten durch

den Besuch das erste Mal Kontakt zu den europäischen Institutionen. Das Europabüro der FES organisiert in Zusammenarbeit mit deutschen Europaabgeordneten diese Programme für Kommunalpolitiker, Vereine, Gewerkschaften, Schulen, Universitäten, weitere Organisationen und politisch Interessierte (Im Bild: Besuchergruppe der Verbandsgemeinde Simmern).



Aufruf zu mehr Engagement

„Der Zypernkonflikt ist nicht nur eine zyprische, sondern eine europäische und eine internationale Angelegenheit.“ Dies betonte Mehmet Ali Talat, ehemaliges Oberhaupt der türkisch-zyprischen Volksgruppe, der Anfang Dezember auf Einladung der FES nach Brüssel und Berlin reiste. In Gesprächen mit Vertretern der Europäischen Union, des Europäischen Parlamentes, des Deutschen Bundestages und des Auswärtigen Amtes rief er seine Gesprächspartner dazu auf, sich für eine Einigung in Zypern zu engagieren, da eine Wiedervereinigung nicht nur für die türkischen Zyprer, son-

dern für die ganze Insel und die Region von großem Interesse sei. Der Konflikt blockiere nicht nur das Fortschreiten der Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU, sondern belaste auch eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO.

In einer Roundtable-Diskussion mit Journalisten und anderen Zypern-Experten in Berlin, legte der Politiker, der bis April 2010 die Verhandlungen für die türkisch-zyprische Seite führte, dar, wie wichtig es ist, dass es bei dem Treffen beider Seiten mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon, in Genf zu einem

Durchbruch kommt. Sowohl in der Türkei als auch in der Republik Zypern stehen 2011 Parlamentswahlen an, die einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor für die Verhandlungen bedeuten. Trotz allem Engagement für eine Lösung des Konfliktes machten die Gespräche deutlich, wie schwierig es ist, einen Kompromiss zu finden. Aspekte wie die Eigentumsfrage oder die Frage nach der Präsenz des türkischen Militärs auf der Insel sind nach wie vor ungeklärt. Mehmet Ali Talat wirbt daher für ein stärkeres Engagement der Europäischen Union sowie der deutschen Politik in der Zypernfrage.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Das „**Europäische Gespräch**“ ist eine gemeinsame Veranstaltung der FES, der Hans-Böckler-Stiftung, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Europäischen Gewerkschaftsbundes sowie des Europäischen Gewerkschaftsinstituts, und befasst sich mit aktuellen europapolitischen Fragen aus gewerkschaftlicher Perspektive. In Brüssel wurden diesmal zentrale Themen der neuen Zehnjahresstrategie der Europäischen Kommission „Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ analysiert und bewertet. Ohne Verteilungs- und Machtkämpfe, so die Bilanz, wird das soziale Europa nicht Wirklichkeit werden. +++

+++ Das FES-Büro in London hat zusammen mit der Fabian Society und Business for New Europe eine Seminarreihe ins Leben gerufen, die die **Möglichkeiten der EU** untersuchen soll, die weltwirtschaftliche Ordnung mitzubestimmen. Teilgenommen haben bisher u.a. der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Europas, Poul Nyrup

Rasmussen, Andre Sapir, von der wirtschaftswissenschaftlichen Denkfabrik BRUEGEL, der britische Wirtschaftsminister Vince Cable sowie der LSE-Professor Iain Begg. Identifiziert wurden u.a. auch Themen, bei denen die EU die globale Agenda mitbestimmen könnte, wie in der Klima- und Energiepolitik oder der Wohlfahrtspolitik. +++

+++ Im Mai 2010 kam es zu einem überraschenden **Wechsel an der Spitze der Türkischen Republikanischen Volkspartei (CHP)**. Kemal Kılıçdaroğlu (Bild), wurde auf einem außerordentlichen Parteitag zum Vorsitzenden der türkischen Sozialdemokraten gewählt. Bei einer Podiumsdiskussion der FES in Berlin im September stellte Kılıçdaroğlu die Positionen seiner Partei zu den aktuellen Herausforderungen der Türkei vor, betonte das Engagement der Partei für die Sicherung des Rechtsstaates, die pluralistische Demokratie sowie die Prinzipien der Gewaltenteilung und des Sozialstaates.

+++



Türkei

Außenpolitische Rolle wächst

— SEIT DER REGIERUNGSÜBERNAHME DURCH MINISTERPRÄSIDENT ERDOGAN GEWINNT DIE TÜRKISCHE AUSSENPOLITIK SICHTLICH AN PROFIL: Sie wird zum Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins der Türkei als politische und wirtschaftliche Regionalmacht.

Mit der Frage nach der Ausrichtung türkischer Außenpolitik beschäftigte sich Mitte Oktober eine Konferenz der FES in Istanbul, an der Politiker, Experten und Wissenschaftler aus 14 Ländern der Region teilnahmen.

Außenpolitischer Wandel ist allerorten sichtbar: die Visa-bestimmungen mit mehr als 60 Ländern wurden gelockert, die ehemaligen Erzfeinde Griechenland und Türkei nähern sich an, die Türkei ist im G20 Klub der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer angekommen und nicht zuletzt spielt sie eine wichtige Rolle als Vermittler in der Region.

Besorgte Beobachter dage-

gen verweisen auf die vielen offenen Baustellen: die Verhandlungen mit Armenien stagnieren, die Beziehungen zu Israel könnten kaum schlechter sein, die EU-Beitrittsverhandlungen kommen nicht von der Stelle, das Zypernproblem besteht weiterhin

und in Sachen Iran hat sich die Türkei durch das Ablehnen der Sanktionen ins politische Abseits manövriert. Dietmar Nietan, MdB, betonte jedoch zusammenfassend, dass die

Europäische Union die Türkei als strategischen Partner gewinnen müsse, um ihr eigenes politisches Gewicht auch in Zukunft erhalten zu können.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++



Um sich über den **Stand der Beitrittsbemühungen der Türkei** zu informieren, bereisten der SPD-Vorsitzende Siegmund Gabriel und der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, Martin Schulz, Anfang November die Türkei. Gabriel und Schulz trafen mit Ministerpräsident Erdogan zusammen und sprachen dabei über das bilaterale Verhältnis sowie die derzeitige Integrationsdebatte in Deutschland. Der Stand des EU- Beitritts stand auch im Mittelpunkt des Treffens mit dem Europaminister Egemen Bağış (Bildmitte). Künftige Schritte der Zusammenarbeit der SPD mit der sozialdemokratischen CHP wurden während des Treffens mit dem Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu beschlossen. In einem Gespräch mit Vertretern von Menschenrechtsorganisationen wurde der Stand der innertürkischen Demokratisierung ausgelotet.

TÜRKEI

Große Fortschritte – Bleibende Defizite

Kurz vor der Veröffentlichung des neuesten Fortschrittsberichts der EU informierte sich vom 17. bis 21. Oktober eine Delegation von aktiven und ehemaligen Bundes-, Europa- und Landtagsabgeordneten in Istanbul und Ankara über den Stand der Beitrittsverhandlungen der Türkei. Die Türkei hat enorme Fortschritte in nahezu allen Bereichen der Verhandlungen erzielt. Die wirtschaftliche Situation hat sich in atemberaubendem Tempo verbessert und die Türkei ist nun die sechstgrößte Industrienation Europas, weltweit steht sie auf Platz 17 und hat im Pro-Kopf-Einkommen EU-Mitglieder wie Bulgarien und Rumänien hinter sich gelassen. In Sitzungen mit dem Gene-

ralsekretär des EU Sekretariats beim Ministerpräsidenten sowie mit dem Leiter der Deutsch-türkischen Abgeordnetengruppe wurden die Regierungspositionen vorgestellt. In den Gesprächen mit Journalisten über die Pressefreiheit oder mit NGOs zum Thema Menschen- und Bürgerrechte wurde aber auch klar, dass noch einiges getan werden muss, um in der gesamten Türkei europäische Standards auch in der täglichen Praxis durchzusetzen. Polizeiübergriffe sind keine Seltenheit, die Justiz agiert oft willkürlich und die Rechte von Minderheiten sind nicht immer gewährleistet. Bei der weiteren Demokratisierung der Türkei spielen aber auch die Oppositionspar-

teien eine wesentliche Rolle. So wurde im Gespräch mit der kurdischen BDP besonders die Kurdenproblematik diskutiert, ein innertürkischer Konflikt, der in den vergangenen 25 Jahren schon mehr als 40.000 Menschen das Leben gekostet hat. Der neue Vorsitzende der CHP, Kemal Kılıçdaroğlu erläuterte seine Vorstellungen vom Neuaufbau der Sozialdemokratie in der Türkei. Die soziale Schere gehe, so Kılıçdaroğlu, auch in der Türkei immer weiter auseinander, die wirtschaftsliberale Politik der Regierung habe darauf und auf die Ungleichgewichte zwischen dem Osten und Westen des Landes kaum Antworten.

TÜRKEI

Helle Jeans werfen dunkle Schatten

Verwaschen aussehende Jeans sind beliebt. Für die meisten Jeansträger unbekannt ist allerdings die Tatsache, dass die Sandstrahl-Technik, die diesen „used look“ erzeugt, für den Tod zahlloser Arbeiternehmer verantwortlich ist. Der feine Sandstaub, der beim Bestrahlen der Jeans frei wird, führt bei den meist ungeschützt arbeitenden Beschäftigten zur unheilbaren und oft tödlichen Staublung. Dies war eines der Themen, mit dem sich ein fünf-tägiges Forum der Clean Clothes Campaign befasste, wel-

ches Ende November am Marmara-Meer, einem Zentrum der türkischen Textilproduktion, stattfand.

Die Clean Clothes Campaign ist ein weltweiter Zusammenschluss aus über 200 Organisationen und Gewerkschaften weltweit, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Textilarbeiter zu unterstützen, Lobbying bei Firmen und Regierungen zu betreiben und schließlich die Konsumenten zu informieren und zu sensibilisieren. Auf der diesjährigen Konferenz kamen Teilnehmer aus

über 48 Ländern zusammen. Ein Workshop der FES Türkei beschäftigte sich mit der Frage, wie man die Europäische Sozialcharta als Instrument zur Förderung der Arbeitsrechte in der Türkei nutzen kann. Am Ende der Konferenz wurde ein Manifest verabschiedet, das ein sofortiges Ende des Einsatzes der Sandstrahl-Technik weltweit fordert.

MEHR ZUM THEMA

Mehr Informationen zum Thema: www.cleanclothes.org

Armenien: Perspektiven der Zusammenarbeit

Mit der Östlichen Partnerschaft (ÖP) hat die Europäische Union im Jahr 2009 ein Programm geschaffen, das sich an sechs östliche Nachbarländer richtet. Übergeordnetes Ziel der ÖP ist die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen und ein Ausbau der politischen Zusammenarbeit mit und zwischen den beteiligten Staaten. Hierzu sieht die ÖP unter anderem Freihandelsabkommen und Visaerleichterungen vor.

Neben der Ukraine, Weißrussland und Moldawien sind auch die drei Staaten des südlichen Kaukasus Georgien, Armenien und Aserbaidschan in das Programm aufgenommen worden. Als Liefer- und Transitregion für Öl und Gas aus dem Kaspischen Meer hat die Bedeutung des Südkaukasus für die EU in den vergangenen Jahren zugenommen. Zugleich haben die Konflikte um die im Südkaukasus liegenden separatistischen Regionen Abchasien,

Südossetien und Berg-Karabach unmittelbare Relevanz für die Sicherheit und Stabilität Europas. Mit der Einbindung der drei Länder in die Östliche Partnerschaft möchte Brüssel Anreize für demokratische und wirtschaftliche Reformen in Georgien, Armenien und Aserbaidschan schaffen. In allen drei Staaten unterstützt die FES die Umsetzung der Europäischen Kooperationsinstrumente.

Als Teil dieser Bemühungen organisierte die FES zusammen mit dem International Centre for Human Development (ICHHD) in der armenischen Hauptstadt Eriwan am 26. und 27. November eine Konferenz, an der Vertreter aus zehn Staaten teilnahmen. Die armenische Regierung war u.a. mit Premierminister Tigran Sargsyan und Wirtschaftsminister Nerses Yeritsyan vertreten. Während Vertreter der Europäischen Kommission und

der armenischen Regierung die Fortschritte in der Zusammenarbeit hervorhoben, verwiesen Parlamentarier der Opposition auf Defizite in den Bereichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und bestritten, dass sich das Land erkennbar an europäischen Standards annähern würde.

Viele Redner vertraten den Standpunkt, dass eine Diskussion um Freihandelsabkommen oder Visaerleichterungen am Kern der politischen Probleme vorbei gehe. In der Tat scheinen andere Fragen wesentlicher. Der seit zwei Jahrzehnten andauernde Konflikt mit dem Nachbarland Aserbaidschan um die armenische Enklave Berg-Karabach und das angespannte Verhältnis mit der Türkei sind nach wie vor die größten Hindernisse für die Entwicklung der weitgehend isolierten Kaukasusrepublik Armenien.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Im Rahmen einer **Reise nach Taschkent/Usbekistan** trafen die Vorsitzende des Auswahl Ausschusses der FES-Studienförderung Prof. Dr. Helene Harth, die FES-Vorsitzende Anke Fuchs, und die Leiterin der Studienförderung, Dr. Beate Bartoldus, auch mit den usbekischen FES-Stipendiatinnen Julia Yakushova und Aziza Madaminova (Bild) zusammen, die den Gästen kenntnisreich und mit großem Eifer im Rahmen einer historisch-politischen Stadtrundfahrt ihr Taschkent präsentierten. Ziel der Reise waren der Austausch über hochschul-

politische Themen sowie die Aktivitäten der

FES in Usbekistan zum Thema Chancengleichheit von Frauen und Männern. +++

+++ Experten aus den **sechs Staaten der Östlichen Partnerschaft** verfassten für die FES Länderstudien, in der die Partnerschaft aus der Perspektive des jeweiligen Landes beleuchtet wird. Zusätzlich untersuchten zwei Arbeiten die Partnerschaft aus der Sicht Russlands sowie der EU. Auf den Ergebnissen der Länderstudien aufbauend analysierte Grzegorz Gromadzki die aktuellen Herausforderungen der Östlichen Partnerschaft und liefert konkrete Vorschläge für deren zukünftige Gestaltung. Sämtliche Studien unter www.feswar.org.pl. +++



12. INTERNATIONALE WAVE-KONFERENZ IN WARSCHAU

Gewalt gegen Frauen beenden

Wie Frauen europaweit vor Gewalt geschützt werden können und wie die Politik eine einheitliche Gesetzgebung durchsetzen kann – darüber diskutierten die rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 12. WAVE-Konferenz, Mitte Oktober in Warschau. Veranstalter wurde die Konferenz vom WAVE und dem European Info Centre Against Violence mit Unterstützung der FES. WAVE ist ein Netzwerk von etwa 1.000 europäischen Nicht-regierungsorganisationen, die sich gegen Gewalt an Frauen

und Kindern einsetzen. Jolanta Kwæniowska, Vorsitzende der Stiftung Verständigung ohne Grenzen, forderte in ihrer Eröffnungsrede die Verbesserung des polnischen Gesetzes zur Bekämpfung von Gewalt in der Familie und wies darauf hin, wie wichtig präventive Maßnahmen seien: „Es geht nicht darum Feuer löschen, sondern dem Brand bereits vorzubeugen.“ Christine Bergmann, Mitglied des Vorstands der FES und unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs, berichte-

te über den Perspektivwechsel, der sich in der deutschen Gesellschaft seit den 1990er Jahren vollzogen habe. So würde über das Thema Gewalt gegen Frauen inzwischen gesamtgesellschaftlich diskutiert. Insofern sei es auch wichtig, dass auf europäischer Ebene enger zusammengearbeitet werde. Dazu nötig: eine europaweite Gesetzgebung zum Schutz vor Gewalt. „Gewaltfreies Zusammenleben ist ein Zeichen der Entwicklung einer Gesellschaft“, so Bergmann.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Der **Erfahrungsaustausch deutscher und polnischer Kommunalpolitiker** stand im Vordergrund eines Seminars, das die FES-Warschau in Kooperation mit der Schule der Führungskräfte vom 15. bis zum 17. Oktober organisierte. Einigkeit herrschte bei den 15 polnischen und 13 deutschen Teilnehmern darüber, dass es schwierig sei, die eigene Politik den Bürgern zu vermitteln. Im Laufe des Seminars wurden daher verschiedene Möglichkeiten vorgestellt, wie Bürger zum Austausch mit ihren Stadtverordneten ermuntert werden können. Die Kommunalpolitiker stimmten auch darin überein, dass die Einbeziehung von externem Expertenwissen sowie die regelmäßigen Konsultationen der Bürger für eine erfolgreiche Politik unerlässlich seien. +++

+++ Während Sozialdemokraten vor zehn Jahren noch die Mehrheit aller europäischen Regierungschefs stellten, werden mittlerweile nur noch vier der 27 EU-Mitgliedsstaaten von sozialdemokratischen Parteien regiert. Die Suche nach Wegen aus der Krise war Gegenstand der **Konferenz „Neue Antworten finden – Europäische Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert“**, die Ende September auf

Einladung der FES und der polnischen Wochenzeitung „Polityka“ in Warschau stattfand. Als ein Kernproblem sozialdemokratischer Politik in der EU beschrieb Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, den Spagat zwischen nationalen Problemen und deren Lösung auf internationaler Ebene. +++

+++ **„Ich beklage mich nicht – ich kandidiere!“** lautete der Titel einer Workshop-Reihe, die die FES gemeinsam mit dem Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gliwicz veranstaltete. An drei Wochenenden wurden die rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen vorbereitet. Unter anderem erarbeiteten die Teilnehmer mit einem Fernsehjournalisten eine Strategie zur erfolgreichen Selbstpräsentation und Kommunikation als Kommunalpolitiker. +++



Atypische Beschäftigung die Regel

Infolge dramatischer Wirtschaftseinbrüche haben sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt der Ukraine in kurzer Zeit dramatisch verschoben. Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und alle nur denkbaren Formen der Leiharbeit, Zeitarbeit und des Outsourcing sind die Herausforderungen, denen sich tendenziell schwache Gewerkschaften in doppelter Hinsicht stellen müssen: ihre Mitglieder erwarten Unterstützung, andererseits bedrohen die Veränderungen in der Wirtschaft die sowieso schon schwache Mitgliederbasis existenziell. Die FES Ukraine hat deshalb gemeinsam mit

ihren Gewerkschaftspartnern einen heißen Diskussionsherbst veranstaltet, um gewerkschaftliche Strategien und Initiativen auf den Weg zu bringen. Zwei Veranstaltungen in Kiew vermittelten die Instrumente und Anwendungsbereiche der beteiligungsorientierten Gewerkschaftsarbeit. Eingeleitet wurden damit erste Schritte zur Abkehr vom „Stellvertreterprinzip“ und hin zu einer stärkeren Beteiligung von Gewerkschaftsmitgliedern. Mängel der Qualifizierung und fehlende bedarfsorientierte Bildungsmaßnahmen thematisierte eine FES-Konferenz, die den Dialog ukrainischer

Gewerkschaften mit den Sozialpartnern über Angebote zur Gestaltung nachhaltiger Qualifizierungssysteme in Gang setzte. Die Beispiele der effizienten Zusammenarbeit von Sozialpartnern im Prozess der Restrukturierung von Betrieben und Organisation der Weiterbildung in Deutschland, ermunterten ukrainische Gewerkschafter zu ersten Kooperationsüberlegungen. Schließlich nahmen sich ukrainische Gewerkschaften der schwierigen Aufgabe an, eine Strategie auszuarbeiten, mit der Leiharbeit begrenzt und reguliert werden kann.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ



MdB, während eines Besuchs im Sperrgebiet um das 1986 havarierte Atomkraftwerk Tschernobyl (Bild). Neben Gesprächen mit der Atomgewerkschaft und Vertretern der örtlichen Verwaltung nahm sie auch an Veranstaltungen bei der FES teil. Die internationale Gemeinschaft finanziert zur Zeit den Bau eines neuen Sarkophags über dem Reaktor, der für die nächsten ca. 50 bis 100 Jahre die Probleme eingeschlossen halten soll. Die Strahlung wird aber noch 24.000 Jahre anhalten. +++

+++ Über den **Stand der Bearbeitung der Katastrophenfolgen** informierte sich die Vorsitzende der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe, Dr. Bärbel Kofler,

+++ Die **Energieversorgung von Belarus** kann nicht dauerhaft fast ausschließlich auf die Importe fossiler Energieträger aus Russland angewiesen sein. Einen möglichen Ausweg bieten die Steigerung der Energieeffizienz und die Umstellung auf erneuerbare Energien. Zur Orientierung in diesen Fragen besuchte vom 5. bis 8. Oktober eine Expertendelegation die Deutschen Energieagentur, das Umweltbundesamt und Solartechnikfirmen im Brandenburger Umland und nahm an der FES-Tagung „Eine Energiepolitik für die Zukunft“ teil. +++

+++ 40 Gewerkschafter aus Bosnien und Herzegowina, Kasachstan, Kroatien, Russland, Serbien, der Slowakischen Republik, Slowenien, Tadschikistan, Ungarn, Usbekistan und Weißrussland nahmen an einem **Seminar zur „Stärkung der Gewerkschaftsrepräsentation, der Industriepolitik und des Sozialdialogs in der Chemie- und Pharmaindustrie“** in Bratislava teil. Veranstalter waren u.a. das FES-Regionalbüro für Mittel- und Osteuropa und der internationale Fachgewerkschaftsbund ICEM. +++

Probe für die Wirklichkeit

Der Süden der Ukraine, die Grenzregion zu Moldawien oder die Krim, zählen zu den Konfliktregionen des Landes. Als eine Methode der friedlichen Konfliktbearbeitung wurde deshalb in Odessa ein sogenanntes Forumtheater durchgeführt. Dieses zeigt eine konkrete Problemsituation, bei der das Publikum die Möglichkeit hat, die Handlung zu unterbrechen und die Rolle des Protagonisten zu übernehmen. 24 junge Teilnehmer aus der Ukraine und Moldawien be-

schäftigten sich in dem dreitägigen Workshop mit Problemen ethnischer Toleranz.

Während einer Forumtheateraufführung wird das Publikum zum Subjekt der Handlung, das eine konkrete Konfliktsituation nicht nur theoretisch analysiert, sondern vielmehr versucht, sie im sicheren Umfeld des Theaters aktiv zu verändern. Das Theater wird so zur Probe für die Wirklichkeit.

In Workshops in Odessa entwickelten die Teilnehmer mehrere kurze Forumtheater-Sze-

nen, die sich unter anderem mit Zwangsprostitution ukrainischer Frauen, Islamfeindlichkeit, Auswanderung nach Russland und Antisemitismus beschäftigten.

Sämtliche Szenen wurden heiß diskutiert und am Ende herrschte große Einigkeit über die Wirksamkeit der Methode. Alle Teilnehmer fuhren schließlich mit der Gewissheit nach Hause, dass es jederzeit möglich ist, sich einzumischen und Veränderung zum Besseren zu bewirken.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Die Themen **Berufsausbildung und Strukturwandel einer Industrieregion** standen im Mittelpunkt der Informationsreise einer russischen Delegation. Der Schwerpunkt des Programms lag auf dem Besuch eines klassischen Industrieausbildungsbetriebes, des Bildungszentrums im Thyssen-Krupp Stahlwerk in Duisburg. Treffen mit der IHK Düsseldorf sowie dem Arbeitsministerium NRW vermittelten Einblicke in die Zertifizierung von Aus- und Weiterbildung. Beim TÜV-Rheinland in Köln wurde der Delegation ein deutsch-russisches Gemeinschaftsprojekt vorgestellt: der Aufbau eines Qualifizierungszentrums im zentralrussischen Kaluga. +++

+++ Zur Diskussion über die „**Vereinbarkeit von Familie und Beruf**“ lud am 13. Oktober die FES-Vertretung in Polen zum „Klub Polityczny“ ein. Zu Gast war Dr. Christine Bergmann, Beauftragte der Bundesregierung zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs. Sie machte deutlich, dass vor allem in der Kinderbetreuung Strukturen geschaffen werden müssten, die es Männern wie Frauen ermöglichen, berufstätig zu sein und Zeit für Familie zu haben. „Geregelte Kinderbetreuung sorgt für zufriedene Eltern. Und diese sind die Voraussetzung für zufriedene Kinder.“ +++

+++ In das symbolträchtige Welikij Nowgorod, das im Mittelalter Zentrum einer unabhängigen Republik war, hatten die FES Moskau und der Russische Sozialdemokratische Jugendverband zur ersten „**Deutsch-Russischen Politikwerkstatt**“ eingeladen. In Rollenspielen, Diskussionsrunden und Exkursionen versuchten 30 junge, politisch engagierte Menschen aus verschiedenen Regionen Russlands und Deutschlands, Antworten auf die Fragen zu finden, wie die Demokratie verwirklicht und gegen ihre Feinde verteidigt werden kann. ++

+++ Die soziale Orientierung der russischen Antikrisenpolitik habe ein Anwachsen der Armut verhindert, so Igor Jurgens, Vorstandsvorsitzender des Instituts für Moderne Entwicklung im Rahmen einer **Expertenrunde zur Sozialpolitik** in Moskau. Auf Einladung der FES, des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen und des Moskauer Instituts für Moderne Entwicklung diskutierten Anfang November Experten, Praktiker und Politiker über deutsche und russische Wege der Armutsbekämpfung. Die positive Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes wertete Wolfgang Schröder, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg als Ergebnis kluger Politik. +++

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Einen sehr persönlichen Rückblick auf bewegte Momente der deutschen Geschichte, lieferte der Vizepräsident des Deutschen Bundestags, Wolfgang Thierse, im Rahmen der „**Johannes-Rau-Gespräche**“ Ende September in Minsk. Bei Thierses Beschreibung der Ereignisse, die der deutschen Einheit vorausgingen, war unter den Anwesenden der Bogen in die Gegenwart von Minsk schnell gespannt. Auch die Fragen der Zuhörer ließen spüren, dass nach mehr als anderthalb Jahrzehnten autoritärer Herrschaft der Gedanke an Veränderungen viele Menschen in Belarus sehr beschäftigt. ++ +

+++ Experten der belarussischen Transportunion erarbeiten derzeit einen **Plan zur Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs in Minsk**. Die Millionenstadt soll durch den Ausbau von U-Bahn- und Straßenbahnnetz ihre Verkehrsprobleme in den Griff bekommen. Dass dabei nicht nur Verschmutzungs- und Smogprobleme, sondern auch die Gestaltung der Tarife und die Attraktivität des Angebots in Angriff genommen werden müssen, machte den Experten ein Informationsbesuch in Deutschland deutlich. Auf dem Programm standen neben Gesprächen u.a. mit Verantwortlichen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg und der Berliner Staatssekretärin für Stadtentwicklung, Maria Krautzberger, ein Besuch der Fachmesse INNOTRANS sowie der Leitzentralen des Berliner ÖPNV. ++ +

+++ Um einen politischen **Austausch zwischen deutschen und polnischen Sozialdemokraten** anzustoßen, reisten zehn polnische Nachwuchspolitiker nach Berlin und trafen sie sich dabei im Rahmen des von der FES organisierten Programms mit Vertretern der SPD, des DGB sowie der SGK. Dabei diskutierten sie unter anderem mit den Bundestagsabgeordneten Hubertus Heil und Wolfgang Tiefensee über die Trennung von Kirche und Staat sowie die Gewinnung der jungen Generation für die Politik. ++ +

+++ Über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Metropolenregionen Ruhr und Oberschlesien, sprach der ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Prof. Dr. Christoph Zöpel, in Gleiwitz im Rahmen der **FES-Reihe „Gespräche über Europa.“** „Welche Innovationen braucht es heute, um Oberschlesien wieder attraktiv zu machen?“, wollte Weronika

CELêzak-Tazbir von der Schlesischen Universität Kattowitz wissen. Zöpel empfahl – mit Verweis auf die Kulturhauptstadt „RUHR.2010“ – dass sich Kattowitz zusammen mit der Metropolregion Oberschlesien als Kulturhauptstadt 2016 bewerben solle. Global stehe die Frage im Mittelpunkt, wie in Millionenagglomerationen eine fehlgeplante, ökologisch nicht angepasste Stadtentwicklung zu korrigieren sei. ++ +

+++ Die Friedrich-Ebert-Stiftung engagiert sich seit langem weltweit in der Qualifikation begabter junger Menschen mit Führungspotenzial. Dabei hat sich das Instrument der **Young Leaders-Fora** bewährt. Unter dem Dach der Fora werden nicht nur persönliche Fähigkeiten erweitert, sondern es findet auch eine Vernetzung der künftigen Führungskräfte untereinander statt. Im November wurde auch in Belarus ein Young Leaders-Forum gegründet. Aus rund 100 Bewerbungen wurden 25 Teilnehmer für den ersten Jahrgang (Bild) ausgewählt. ++ +



+++ Die Vorbereitung einer neuen Studie, die Empfehlungen für die Regierungen der Länder enthalten soll, die am internationalen Afghanistan-Einsatz beteiligt sind, war Ziel einer **Reihe von Arbeitstreffen der Afghanistan-Expertengruppe** der Century Foundation, die mit Unterstützung der FES in Moskau stattfanden. Die Studie soll auch über die Entwicklungsperspektiven Afghanistans Auskunft geben, insbesondere nach Abzug der internationalen Truppen. Die Mitglieder der Expertengruppe verfügen über ein beträchtliches politisches Gewicht in der internationalen Gemeinschaft. Die Gruppe wurde von Thomas Pickering geleitet, dem ehemaligen Undersecretary of State und Botschafter der USA in Russland. Russland wird durch den ehemaligen Außenminister Igor Iwanow vertreten, Deutschland durch Walter Kolbow, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium. Seit Mai 2010 wurden Gespräche in Kabul, Islamabad, Neu-Delhi, London und Duschanbe geführt. ++ +

Überwindung der Zersplitterung



Mit einer angemeldeten Demonstration versuchten die Teilnehmer in den Straßen der westslowakischen Kreisstadt Myjava, Passanten von gewerkschaftlichen Forderungen zu überzeugen.

„Allein kommen wir nicht weiter. Erst der regionale Austausch und die Informationen über beste Praxis in Europa bringt uns voran,“ kommentiert Erika Bršelová, Vorsitzende des Jugendrats des slowakischen

Gewerkschaftsbundes KOZ SR die internationale Ausrichtung der Jugendarbeit des neuen FES-Regionalbüros für die Gewerkschaftsförderung in Bratislava. Die Realitätsnähe der Bildungsmaßnahmen schätzen die Jugendlichen aus Österreich, Polen, Sachsen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn besonders. In einer Sommer-schule wurde in der Slowakei sogar erfolgreich eine Kampagne für arbeitsfreie Sonntage organisiert. Die Jugendarbeit über Organisationsgrenzen hinweg lässt für die Zukunft eine Überwin-

dung der gewerkschaftliche Zersplitterung besonders in Polen und Ungarn erwarten. Ein großer Erfolg war beispielsweise, dass sich Teilnehmende aus verschiedenen ungarischen Dachverbänden an einem Tisch gesetzt und gemeinsame Aktionen vereinbart haben. Absolventinnen und Absolventen der langjährigen gewerkschaftlichen Jugendarbeit der FES in Mittel- und Osteuropa sind inzwischen an leitender Stelle in Gewerkschaften, in Betriebsräten und in der Personalwirtschaft multinationaler Konzerne tätig.

SOZIALDIALOG IN SÜDOSTEUROPA

Geschwächte Gewerkschaften

„Unser Gemeinwesen trägt weniger die Züge einer Demokratie als die einer ‚parapolitischen‘ Veranstaltung“, erklärte Milorad Mijatovic, stellvertretender Vorsitzender des serbischen Gewerkschaftsbundes SSSS, mit Blick auf den schlechten Zustand des Sozialdialogs in seinem Land. Außerhalb des öffentlichen Dienstes gibt es in Serbien mangels repräsentativer Arbeitgeberverbände keine Branchentarifverträge. Eine regionale Konferenz der FES und des serbischen Arbeitsministeriums widmete sich in Belgrad diesem Thema. An der Tagung nahmen fast die gesamte Spitze der größten Gewerkschaften der Region, hochrangige Ver-

treter der Arbeitsministerien Albaniens, Bulgariens, Kroatiens, Montenegros und Serbiens und einige Repräsentanten der Arbeitgeber teil. Sie ermöglichte allen Beteiligten einen detaillierten Blick auf die Probleme der Staaten Südosteuropas: niedrige Wachstumsperspektiven, Einkommensverluste, hohe Arbeitslosigkeit und desolate Staatsfinanzen. Aber nicht in allen Ländern Südosteuropas steht es so

schlecht um das System des Sozialdialogs wie in Serbien. In den meisten anderen Staaten der Region gibt es auch in der Privatwirtschaft Branchentarifverträge, doch mangelt es häufig an der Einhaltung der Vereinbarungen in den Betrieben. Regierungen wie Arbeitgeber nutzen in der Regel die Schwäche und Zersplitterung der Gewerkschaften aus, um ihre Interessen durchzusetzen.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Um die **Bildung eines Europäischen Betriebsrates** beim koreanischen Automobilhersteller KIA/Hyundai-Europa vorzubereiten, führte der Internationale Metallarbeiterbund (IMB) mit Unterstützung des FES-Regionalprojekts in Bratislava Metallgewerkschafter aus den Werken in der Slowakei, Tschechien und Deutschland zusammen. Helmut Lense, Koordinator des Automobilbereichs beim IMB in Genf stellte bei dem Treffen fest: „Ohne die Unterstützung der FES hätten wir dieses ehrgeizige Projekt nicht gestemmt. Dabei kam uns auch die jahrelange Erfahrung der Stiftung bei der Bildung von multinationalen Arbeitnehmernetzwerken zugute.“ +++

Über alle Grenzen hinweg

Seit acht Jahren gibt es im Rahmen des FES-Regionalprojekts Südosteuropa ein Ausbildungsprogramm, das sich an junge Politiker aus den Ländern des westlichen Balkan richtet. Das Programm mit dem Titel Promising Politicians soll diese neue Generation von Politikern dazu motivieren und befähigen, die alten ethnischen, nationalen und religiösen Konflikte des Balkans, die in den neunziger Jahren in zerstörerische Kriege geführt hatten, zu überwinden. Die Ausbildung, die pro Jahr aus drei Wochenendseminaren und einem abschließenden Besuch der europäischen Institutionen

in Brüssel besteht, ist der Ausgangspunkt einer Vernetzung der jungen Leute über staatliche, ethnische und religiöse Grenzen hinweg. Ein Ergebnis dieser Vernetzung wurde während eines Seminars im November 2010 in Portoroz, Slowenien, sichtbar. Wenige hundert Meter vom Tagungsort entfernt wurde der „Mini-Gipfel“ junger Balkan-Politiker abgehalten, eine Initiative des Europäischen Parlaments. Viele Teilnehmer des Gipfels hatten in einem der Jahre zuvor auch die Kurse der Promising Politicians durchlaufen. Wie nicht anders zu erwarten, kam es daher zu intensivem Austausch

zwischen beiden Veranstaltungen. Auch der Hohe Repräsentant und Sonderbeauftragte der EU in Bosnien und Herzegowina, Valentin Inzko, sowie slowenische Europaparlamentarier diskutierten mit den Teilnehmern über die Perspektiven der EU-Integration ihrer Länder. Auf dem Balkan entsteht eine neue politische Kultur der Verständigung, die von einer neuen Generation von Politikern getragen wird. Die Dämonen der Vergangenheit sind damit noch nicht endgültig verscheucht, aber es dürfte für sie immer schwerer werden, ihr Unwesen zu treiben.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Seit der Wahlniederlage der tschechischen sozialdemokratischen Partei CSSD bei den Parlamentswahlen im Mai 2010 befindet sich die Partei im Umbruch. Im Zuge der Neuorientierung besuchte **eine hochrangige Delegation der CSSD** unter Führung des Parteivorsitzenden, Bohuslav Sobotka, Berlin und diskutierte neben innenpolitischen Fragestellungen auch Themen der EU-Politik, der Europäischen Nachbarschaftspolitik, der Arbeitsmigration und der Medienlandschaft. Gesprächspartner waren u.a. der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, der Brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck und der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier. +++

+++ Im Mittelpunkt eines Brüsselbesuchs von Parlamentariern der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei Albanien stand **die innenpolitische Krise in Albanien**. Das Land ist seit den Parlamentswahlen im Juni 2009 gelähmt, da die sozialdemokratische Opposition die rechtmäßige Stimmenausschüttung bestreitet. Die albanischen Abgeordneten machten gegenüber Entscheidungsträgern der EU auf ihre sehr schwierigen Arbeitsbedingungen aufmerksam und forderten eine strengere Kontrolle der demokratischen Prinzipien seitens der EU. Die EU-

Gesprächspartner verdeutlichten, dass sie eine Kompromisslösung von den albanischen Parteien selbst erwarteten. +++

+++ **Welche Chancen hat Serbien, in absehbarer Zeit in die EU aufgenommen zu werden?** Wird die Aufnahme Kroatiens der vorerst letzte Schritt der EU-Erweiterung sein? Niemand war wohl besser geeignet, diese Frage zu beantworten, als der ehemalige EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen, der Manager der ersten großen Runde der Osterweiterung. Keinem europäischen Land, das wirklich Mitglied der EU werden wolle, könne die Mitgliedschaft versagt werden, so Verheugen in einer von der FES-Belgrad veranstalteten öffentlichen Diskussion mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Serbiens, Bozidar Djelic. Allerdings sind die politischen Bedingungen heute weniger günstig als in der Zeit der ersten Osterweiterung. Da die EU-Erweiterung in einigen Mitgliedsstaaten wenig populär sei, betrieben die Regierungen dieser Staaten eine populistische Politik der Anpassung an die vermutete Mehrheitsmeinung. +++

Podiumsdiskussion über die
Zukunft der Siedlungen

Israel: Pragmatismus gefragt

— DAS SCHICKSAL DER RUND 300.000 IN DER WESTBANK LEBENDEN ISRAELIS ist eine der Kernfragen der innerisraelischen Diskussion bei Suche nach einer Zwei-Staaten-Lösung. Im Rahmen der Reihe „Middle East in Transition“ organisierte die FES in Zusammenarbeit mit dem „Peres Center for Peace“ eine Podiumsdiskussion mit Vertretern verschiedenster politischer Couleur zu dieser Frage.

Dass der Staat Israel Siedlungen räumen kann, wurde spätestens beim Rückzug aus dem Gazastreifen im Sommer 2005 deutlich. Während viele der 8.600 jüdischen Bewohner des Gazastreifens das staatliche Kompensationspaket annahmen und freiwillig umzogen, spielten sich an den Tagen der Evakuierung dramatische Szenen ab, als sich einige religiöse Siedler von den Sicherheitskräften unter Tränen davontreiben ließen. Avshalom Vilan, ehemaliger Knesset-Abgeordneter der sozialdemokratischen Meretz-Partei, sprach über das Trauma, das diese Evakuierung auch bei der politischen Linken hinterließ. Dennoch seien zukünftige Räumungen ein not-

wendiges Übel, um den Weg zum Frieden zu bahnen. Abgesehen von den enormen Kosten, die das Siedlungsprojekt dem Staat aufbürde, verursachten die Siedlungen Sicherheitsrisiken für die gesamte Bevölkerung. Gleichzeitig gelte es, die zunehmende Isolierung Israels zu stoppen.

Ganz anders sah das Danny Dahan, Vorsitzender des Siedlerates, der die Räumung gänzlich ablehnt. Eine politische Lösung mit den Palästinensern sei derzeit nicht möglich, und deshalb müsse der Siedlungsbau als Maxime

des Zionismus weitergeführt werden.

Shaul Mofaz, ehemaliger stellvertretender Premierminister und Verteidigungsminister unter Ehud Olmert, mahnte an, dass zunächst israelische In-

teressen zu berücksichtigen seien. Diese lägen darin, einen nachhaltigen Frieden mit den Palästinensern zu schließen. Der als Pragmatiker geltende Politiker von der liberalen Oppositionspartei Kadima schlug vor, die großen Siedlungsblöcke und damit 7% der Westbank unter israelische Souveränität zu stellen. Im Gegenzug würden die Palästinenser im Rahmen eines „Landtauschs“ mit einem gleichgroßen Teil aus dem israelischen Kernland kompensiert werden. Langfristig gefährde der Bau in den Siedlungen aus Sicht Mofaz' die Umsetzbarkeit der Zwei-Staaten-Lösung und damit die Existenz Israels als jüdischen Staat.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES

+++ Das katastrophale Abschneiden der Arbeitspartei bei den letzten Knessetwahlen hat zu einer Existenzkrise der israelischen Linken geführt. Die Arbeitspartei ist wegen ihres Beitritts zur Regierung Netanyahu gespalten und verliert weiterhin an Zustimmung bei den Wählern. Diese Entwicklung nahmen die FES-Vertretung, die der Arbeitspartei nahestehende Berl-Katsnelson-Stiftung und die Fondation Jean Jaures zum Anlass, einen **Dialog zwischen europäischen und israelischen Sozialdemokraten** zu organisieren. Teilnehmer an der Konferenz waren u.a. Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Alfred Gusenbauer, ehemaliger österreichischer Bundeskanzler, Ehud Barak, Vorsitzender der Arbeitspartei, Raymond Johansen, Generalsekretär der Arbeitspartei Norwegens und Isaac Herzog, Sozialminister Israels. +++

— Green Jobs entdeckt

Pro 1000 Tonnen wiederverwerteten Müll könnten in Israel jeweils fünf neue Jobs geschaffen werden. Zu dieser Erkenntnis gelangte ein Expertenteam, das sich seit einigen Monaten mit den sogenannten „Green Jobs“ befasst. Anders als in vielen Ländern Europas, ist in Israel das Potenzial des Umweltsektors noch kaum entdeckt worden.

In Kooperation mit Forschungsinstituten, Regierungsstellen, sowie Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband, initiierte das FES-Büro in Tel Aviv ein Projekt, das die wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischen Aspekte einer Förderung von Green Jobs auf dem israelischen Arbeitsmarkt

unter die Lupe nimmt. Im sonnenreichen High-Tech-Land Israel wird etwa untersucht, ob die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig Kosten sparen kann. Den Auftakt des Projektes, in dem das israelische Umweltministerium aktiv mitarbeitet, bildete der Besuch von Vertretern des Umweltministeriums, der Sozialpartner sowie Wissenschaftlern in Deutschland. Die dort gesammelten Eindrücke wirkten inspirierend auf das israelische Modell von Green Jobs, an dem seit einigen Monaten intensiv gearbeitet wird.

LERNPROJEKT „SHAPING GLOBALIZATION!“

Klimapolitik der nächsten Generation

Würde internationale Zusammenarbeit für Klimaschutz, nachhaltiges Wachstum und sozial verantwortliche Entwicklung gelingen, wenn die nächste Generation von Verantwortungsträgern schon jetzt am Zuge wäre? Das internationale Lernprojekt „Shaping Globalization!“ des FES-Forum Jugend und Politik, das mit einer Konferenz vom 18. bis 24. November zu Ende ging, beant-

wortete diese Fragen: Weltweit würden sich Staaten auf eine unbedingte Begrenzung der Erderwärmung auf 2°C durch verbindliche Reduktionsziele, einen 100%igen Umstieg auf erneuerbare Energien sowie einen umfassenden Finanz- und Technologietransfer verpflichten. Eine internationale Finanztransaktionssteuer würde zur Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen

beitragen. Die reformierten Vereinten Nationen würden eine effektive Umsetzung dieser und anderer Vereinbarungen sichern, die die jungen Nachwuchskräfte aus Jugendorganisationen, Parteien, Gewerkschaften und NGOs aus Afghanistan, Ost-Timor, Indien, Ghana, Jordanien, Marokko, der Türkei, Polen, Deutschland sowie den USA, Mexiko und Brasilien forderten.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ARBEITS- UND SOZIALPOLITIK IM MITTLEREN UND NAHEN OSTEN

Die junge Welle

Während die demographische Entwicklung in Europa die Bevölkerungspyramide auf den Kopf und die Renten- und Pflegeversicherung auf die Probe stellt, entsteht durch die demographische Entwicklung in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas eine ganz andere Herausforderung: Die „Youth Bulge“ – eine Welle junger Menschen – drängt auf den Arbeitsmarkt.

Eine hohe Zahl von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und im informellen Sektor sowie wenige Beschäftigungsmöglichkeiten in der Privatwirtschaft prägen die Arbeitsmärkte. So werden die Rechte der Arbeitnehmer in vielen Ländern der Region kaum beachtet und geltende Gesetze und Regelungen kommen oftmals nicht zur Anwendung. Diesen Herausforderungen

müssen sich die Staaten stellen, wollen sie ihren Bürgerinnen und Bürgern eine Perspektive bieten und die Abwanderung der klugen Köpfe verhindern.

Vor diesem Hintergrund fand im marokkanischen Marrakesch Ende Oktober eine Konferenz mit zivilgesellschaftlichen Experten und politischen Entscheidungsträgern aus Marokko, Tunesien,

Algerien, Ägypten, Sudan, Jemen, Jordanien, den Palästinensischen Gebieten und dem Libanon statt. Gesucht wurde dabei nach Möglichkeiten für eine regionale Vernetzung, um gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten. Dabei wurden einige Empfehlungen der Arbeitsministerkonferenz der

Union für das Mittelmeer, die wenige Wochen darauf in Brüssel stattfand, bereits vorweggenommen: Zur Gestaltung einer Arbeitsmarktpolitik, die eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Region befördert, ist das Engagement von Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Regierungsseite

notwendig. Bildungs- und Ausbildungsangebote müssen besser mit der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt abgestimmt werden. Die Arbeitsbedingungen, vor allem im Privatsektor, müssen nach den Leitlinien der Guten Arbeit (Decent Work) ausgestaltet werden.

KONFERENZ ÜBER ENERGIEPOLITIK IN DER ARABISCHEN WELT

Öl, Wind, Atom?

Ob Algerien, Ägypten, Jordanien oder der Sudan: Mindestens ein gewichtiges Problem müssen sie alle lösen. Wie können die stark wachsenden, aber in Armut lebenden Bevölkerungen auch zukünftig mit Energie versorgt werden? In vielen Ländern der Region werden derzeit noch Brennstoffe und Elektrizität subventioniert, doch der Spielraum für solche Maßnahmen wird zusehends geringer. Erst jüngst haben Subventionskürzungen zu Unruhen in Ägypten geführt. Im Irak sorgten Stromausfälle für tagelange Ausschreitungen. Jordanien beispielsweise importiert derzeit etwa 96% sei-

nes Energiebedarfs. Die Energieimporte fressen jedes Jahr etwa 22% des nationalen Einkommens auf.

Die Suche nach mehr Unabhängigkeit nimmt vor allem zwei Alternativen ins Visier: Den Aus-

bau erneuerbarer Energien wie Wind und Sonne sowie die Atomkraft. Während in den Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien und Marokko schon seit einiger Zeit der Ausbau der erneuerbaren Energieträger voranschreitet, planen nach jetzigem Stand mindestens zehn arabische Länder ein eigenes ziviles Atomprogramm, darunter die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und Jordanien.

Die nach wie vor starke Abhängigkeit vom Öl und der damit verbundene mangelnde innere Druck zu politischen und wirtschaftlichen Reformen, schlechte Energieeffizienz und

schließlich die fehlende Einbindung der Menschen in die Entscheidungs- und Diskussionsprozesse bilden eine Gemengelage, die zukunftsorientierte Entscheidungen erschwert. So nutzten viele Teilnehmer eine internationale Energiekonferenz der FES in Jordanien als willkommene Möglichkeit zum Austausch. Unter der Schirmherrschaft der jordanischen Prinzessin und Vorsitzenden der Royal Scientific Society, Sumaya bint El Hassan, diskutierten die Experten Möglichkeiten einer nachhaltigen Energiepolitik für den Mittleren Osten und Nordafrika. Der stellvertretende Fraktionschef der SPD im Bundestag, Ulrich Kelber zeigte auf, dass das Potenzial erneuerbarer Energien enorm ist und in Bezug auf Umweltfreundlichkeit, Wirtschaftlichkeit und Zukunftsfähigkeit atomare Energieerzeugung in den Schatten stellen kann.

Seit Anfang 2010 greift das Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika der FES die energiepolitischen Herausforderungen der Region in einer eigenen Arbeitslinie auf.

FES begleitet Wiederaufbau nach Erdbeben in China

Die Katastrophe als Chance

— DAS ERDBEBEN IN DER SÜDWESTLICHEN CHINESISCHEN PROVINZ SICHUAN AM 12. MAI 2008 hat mit fast 100.000 Toten nicht nur große menschliche Opfer gefordert, sondern auch immensen materiellen Schaden verursacht. Häuser und Infrastruktur in einem Gebiet, so groß wie Belgien, wurden zerstört oder schwer beschädigt.

Darüber hinaus sind die ökologischen Sanierungsmaßnahmen am Oberlauf des Yangtze-Flusses in Mitleidenenschaft gezogen worden. Fast 80% des sogenannten „ökologischen Schutzwalls“, der in zehnjähriger Arbeit aufgebaut worden war, wurde vernichtet. Dieser Wall bestand aus Aufforstungsprogrammen in den Bergen und einem Rodungsverbot, um die Bodenerosion zu reduzieren. Das Erdbeben hat jedoch viele der „dreckigen“ Betriebe und eine ganze Reihe der Wasserkraftwerke zerstört. Damit wurde die Chance für einen umfassenden ökologisch nachhaltigen Wiederaufbau des Erdbebengebiets eröffnet.

Gemeinsam mit ihrem Hauptpartner in Sichuan, der Freundschaftsgesellschaft von Sichuan, unterstützt die FES die Arbeit einer Gruppe von zehn Instituten verschiedener Universitäten, die kurz nach dem

Erdbeben Forschungen über die Auswirkungen durchführte. Zum zweiten Mal hat die FES Ende Oktober 2010 eine Inspektionsreise organisiert. Erste Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Katastrophe von der chinesischen Zentral-



Zerstörte Häuser in der Erdbeben-Gedenkstätte von Beichuan

regierung sowie von den Lokalregierungen tatsächlich als Chance begriffen wurde. Ein Drittel des 430 Milliarden Euro schweren Konjunkturpakets Chinas floss in den Wiederaufbau von Sichuan. Innerhalb von nur zweieinhalb Jahren ist es gelungen, moderne und erdbebensichere Wohnhäuser sowie die Infrastruktur wieder aufzubauen. Viele Lokalregierungen haben gleichzeitig die staatlichen Investitionen genutzt, um Kläranlagen zu bauen, umweltschädliche Betriebe umzusiedeln sowie Hochtechnologieunternehmen nach Sichuan zu locken. Eine Studienreise der FES nach Deutschland soll weitere Anregungen für die Verbesserung der Wasserwirtschaft und des Gewässerschutzes sowie eine nachhaltige Tourismusentwicklung liefern.

— Wurzeln des kollektiven Gedächtnisses

Für viele Nationen war das zwanzigste Jahrhundert eine Zeit voller Blutvergießen und Traumata. So zahlreich die Ursachen und Formen von Kriegen, Aufständen oder anderen Schlüsselereignissen der jeweiligen nationalen Geschichte sind, so unterschiedlich verlaufen deren Aufarbeitungs- und Erinnerungsprozesse. Im Zuge dessen sind kollektive Erinnerungen zu einem zentralen Untersuchungsobjekt der Geschichtswissenschaften geworden. Die FES-Shanghai nahm dies zum Anlass, um gemeinsam mit der Fudan Universität und der Shanghaier Akademie für Sozialwissenschaften (SASS) sowie Historikern aus China, Taiwan, Japan, Russland und Deutschland im Oktober 2010 den Workshop „Historical Events and Collective Memory“ durchzuführen.

Im kollektiven Gedächtnis Chinas sei nach Ansicht der Wissenschaftler eine gewisse Nostalgie des Leidens und des sich Zurückziehens in eine Opferrolle zu beobachten. So sind die Opiumkriege, der Boxeraufstand und die Besatzung durch die europäischen Kolonialmächte, sowie später durch Japan, im nationalen Gedächtnis allgegenwärtig. Sie sind Kernstücke eines Geschichtsbildes, dessen Hauptthema die Zeit der Unterdrückung ist und für den modernen chinesischen Patriotismus von entscheidender Bedeutung ist.

Selbstzensur und Weisungen

In Zeiten komplexer werdender Politik tun sich Regierungen immer schwerer, die spezifischen technischen Kompetenzen auf Abruf bereitzuhalten. In die Lücke zwischen steigenden Anforderungen an politische Steuerung und sinkender Verarbeitungskapazität stoßen Think Tanks. Lange Zeit waren Think Tanks vor allem Schöpfungen westlicher Länder und noch heute beherrschen die USA und Europa das Bild. Inzwischen drängt Asien auch auf diesem Markt nach vorne - die Zahl der ‚forschenden Beratungseinrichtungen‘ hat sich von 653 in 2008 auf 1183 in 2009 nahezu verdoppelt. Sind Think Tanks unparteiisch, in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden und an der Gestaltung öffentlicher Meinung beteiligt? Bilden sie die Brücke

zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Entscheidung? In sehr kontroversen Debatten beschäftigte sich die Konferenz „The Role of Think Tanks in Society“, des FES-Büro Shanghai und der Universität Zhejiang in Hangzhou mit diesen Fragen. Unabhängigkeit vom Auftraggeber, Kontrolle über Forschungsfinanzierung und parteipolitische Distanz - vor allem US-amerikanische Redner schlugen diese Kriterien zur Qualitätsbewertung von politischer Beratung vor. In den USA lehnen unabhängige Einrichtungen schon einmal staatliche Finanzierung ab, während sich in Deutschland Think Tanks mit staatlicher (Grund-) Finanzierung ihre Unabhängigkeit sichern wollen. Auftragsforschung unter strengen Auflagen, Selbstzensur und

Neutralitätsklauseln gehören aber auch zum Tagesgeschäft und führen, besonders in den USA, immer öfter zu Wunschergebnissen der Auftraggeber. Mangelnde Unabhängigkeit ist auch in China zu beobachten. Think Tanks, die zum Großteil mit direkten Weisungen der Regierung arbeiten und von ihr finanziert werden, sind in ihren Forschungsergebnissen beeinflusst. Die wenigen wirklich Unabhängigen, wie z.B. Unihol, haben es schwer ihr Überleben zu sichern. Wie sich die Lage der Think Tanks in China im Detail darstellt, ist aufgrund der schwierigen Informationsbeschaffung kaum zu sagen, und es wird wohl noch einige Zeit vergehen bis Übersetzungen relevanter chinesischer Veröffentlichungen zu diesem Thema ihren Weg in ausländische Bibliotheken finden.

— Mehr Schutz für Hausangestellte

Speziell in wirtschaftlich schnell wachsenden Ländern wie China, Indien und Südafrika nimmt in den großen Städten die Zahl der Hausangestellten rasant zu. Allein in Shanghai arbeiten nach Untersuchungen des Shanghaier Frauenverbands über 450.000 Hausangestellte – und die Nachfrage steigt. Meist handelt es sich hier um Wanderarbeiterinnen mit niedrigem Bildungsniveau aus ländlichen Gebieten der Shanghaier Nachbarprovinzen Anhui und Jiangsu. Nur rund 3% dieser Arbeitsbeziehungen basieren auf schriftlichen Verträgen. Zudem erhalten lediglich 20% der Hausangestellten soziale Sicherungsleistungen. Die soziale Sicherung von Hausangestellten weltweit, in China und in der Metropole Shanghai stand deshalb im Zentrum einer Fachkonferenz, die auf Einladung der

FES-Shanghai und des Shanghaier Frauenverbandes Expertinnen und Entscheidungsträger aus China, Hongkong, Indien, Südafrika, Südkorea und Deutschland zusammenbrachte.

Verbesserungstendenzen sind in Sicht. So richtete der Chinesische Staatsrat 2009 ein Gremium zur Entwicklung der Haushaltsbranche ein. Unter anderem wird angestrebt, die Berufsbildung und Sozialversicherung der Hausangestellten staatlich zu subventionieren, eine Vertragspflicht einzuführen und den Rechtsschutz zu stärken.

Der dringende Handlungsbedarf auf diesem Gebiet ist auch auf internationaler Ebene erkannt worden. So soll 2011 eine ILO-Konvention über den Status und die Rechte von Hausangestellten verabschiedet werden.

Asian-European Labour
Forum zum Austausch über
Arbeitsbeziehungen

Netze noch zu grob geknüpft

— GEWERKSCHAFTER UND BETRIEBSRÄTE WISSEN ES: Arbeitsbeziehungen werden immer internationaler, und wer Interessen von Beschäftigten im eigenen Land schützen will, muss in seinen Strategien auch internationale Kapitalinvestitionen und die Sozialpolitik in anderen Ländern mit berücksichtigen.

Mit dem wirtschaftlichen Gewicht der Region gewinnen auch die Stimmen der asiatischen Gewerkschaften an Einfluss und die Arbeitnehmervertreter aus westlichen Ländern müssen nach gemeinsamen Strategien, wenn nicht gar nach organisatorischen Schulterschlüssen suchen. Aber Treffen der Arbeitnehmervertreter sind noch selten. Der G-20 Zusammenschluss der Gewerkschaften, der auf dem Gipfeltreffen in Seoul endlich Anerkennung fand, gehört zu den Erfolgen. Und auch die internationalen Branchengewerkschaften bemühen sich – u.a. unterstützt von der FES – um grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Insgesamt ist das Netz von Beziehungen aber noch zu grobmaschig; asiatisch-europäische Gewerkschaftsaktionen finden kaum statt. Die FES hat dies zum Anlass genommen, mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung das ‚Asian-European Labour Fo-

rum‘ (AELF) ins Leben zu rufen, das sich an gewerkschaftsnahe Forschungsinstitute und Ausbildungseinrichtungen richtet und sich mit gewerkschaftlichen Kernfragen beschäftigt. Ziel ist vor allem, einen Austausch über Mindestarbeitsbedingungen wie weltweit einheitliche Standards zur Festlegung von Mindestlöhnen zu organisieren. Auf Einladung des Gewerkschaftsinstituts des vietnamesischen Gewerkschaftsdachverbandes und mitorganisiert von den beiden FES-Büros in Hanoi und Shanghai trafen sich am 11. und 12. November 2010 im vietnamesischen Ha Long 15 gewerkschaftsnahe Forschungsinstitute aus zehn asiatischen und europäischen Ländern sowie das europäische Gewerkschaftsinstitut. Vor allem wurde diskutiert, in

welchem Umfang die großen Handelsüberschussländer Japan, China und Deutschland mit einer Erhöhung der Lohnquote die Weltwirtschaft aus ihrer gegenwärtigen Schieflage in ruhigeres Fahrwasser bringen könnten.

Praktische Solidarität leistete das Forum mit einer offenen Verurteilung der Position der europäischen Handelskammer (EuroCham) in Vietnam, die das vietnamesische Arbeitsministerium vor einer Anhebung der sehr niedrigen Mindestlöhne gewarnt hatte.

VIETNAM

Nationalversammlung vor Herausforderungen

Die Nationalversammlung ist die höchste staatliche Autorität in der Sozialistischen Republik

Vietnam. Die Verfassung stellt sie noch über die Justiz und die Exekutive. Die Volksvertretung

hat das Recht und die Aufgabe, die Arbeit der Verwaltung wie auch der Staatsbetriebe regel-

mäßig zu überwachen. Fakt aber ist, dass die Aufgaben bezüglich der Gesetzgebung nur noch mit großer Mühe erfüllt werden können. Die Anzahl der zu behandelnden Gesetze ist spätestens seit Beitritt zur WTO sprunghaft angestiegen, die Komplexität der zu regelnden Sachverhalte steht im Gegensatz zu den Traditionen der Beratung und Entschei-

dungsfindung. Hinzu kommt ein wachsendes Selbstbewusstsein der Abgeordneten. Immer mehr setzt sich das Verständnis durch, dass zum angestrebten Aufbau eines „sozialistischen Rechtsstaats“ an prominenter Stelle auch eine deutlich eigenständigere und unabhängigere, starke Nationalversammlung gehören muss. Seit etwa zwei Jahren leistet

die FES Beiträge zu diesen Diskussionen. Neben der Unterstützung der Ausschussarbeit wurden eine Anzahl von Workshops und Konferenzen organisiert. Auch Beratungen zu parlamentarischen Verfahrensfragen im Gesetzgebungsprozess finden inzwischen mit Hilfe deutscher und internationaler Experten statt.

KOREA

Lehren aus der deutschen Einheit?

„Droht ein neuer Krieg auf der koreanischen Halbinsel?“, so titelten viele Medien in aller Welt angesichts des nordkoreanischen Angriffs auf eine südkoreanische Insel am 23. November. Damit ist deutlich geworden: 20 Jahre nach der deutschen Einheit und 60 Jahre nach Beginn des Koreakrieges sind Süd- und Nordkorea weit von einer Wiedervereinigung entfernt. So mag es überraschen, dass gerade in Südkorea das Interesse in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft an der

deutschen Wiedervereinigung weiterhin sehr groß ist. Grund genug für das Korea-Büro der FES beispielsweise gemeinsam mit der Chung-Ang-Universität in Seoul die Konferenz: „20 Jahre deutsche Einheit – eine kritische Bilanz“ durchzuführen. Gäste waren unter anderem Heide Simonis, die ehemalige Ministerpräsidentin Schleswig-Holsteins, und Prof. Hans-Gert Pöttering, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und heute Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Einig waren sich die Teilnehmer der Konferenz, dass die deutsche Erfolgsgeschichte kein Modell für Korea sein könne, aber doch ein wichtiger Referenzrahmen. Dies gilt sowohl für den Einigungsprozess selbst als auch den Weg dorthin. So erscheint eine Politik der Entspannung und Annäherung, wie Willy Brandt und Egon Bahr sie für das geteilte Deutschland und Europa entwickelt haben, auch für die koreanische Halbinsel erfolgversprechender als die gegenwärtige Konfrontation.

INDONESIEN

Gleicher Lohn für Leiharbeit

Mehr als 70.000 Leiharbeitsfirmen waren 2008 weltweit tätig und erwirtschafteten einen Umsatz von 232 Mrd. US\$. In Indonesien lagen bisher keine verlässlichen Daten über den Umfang von Leiharbeit vor. Daher hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in diesem Jahr gemeinsam mit der Metall-

gewerkschaft SPMI und dem Forschungsinstitut Akatiga in drei Industriezonen des Landes eine Untersuchung über Leiharbeit in der Metallindustrie durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Studie sind eindeutig: Prekäre Arbeitsverhältnisse sind mittlerweile in Indonesien die Regel.

Nur etwa 35 % der Beschäftigten haben einen festen Arbeitsvertrag, die übrigen Beschäftigten haben entweder zeitlich befristete Verträge oder sind Leiharbeiter. Dabei wird auf allen möglichen Ebenen sowohl gegen das bestehende Arbeitsrecht als auch gegen Konventionen der Inter-

nationalen Arbeitsorganisation verstoßen. So ist etwa der Lohn von Leiharbeitern für die gleiche Arbeit um 26 % geringer als bei Festangestellten. Die Studie wurde im Oktober in einem nationalen Seminar mit über 100 Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Regierung in Jakarta vorgestellt. Angeregt durch den Bericht von Manfred Menningen, Tarifsekretär der IG Metall in Nordrhein-West-

falen über die gewerkschaftlichen Strategien in Deutschland, wurde das Konzept „Gleiche Arbeit-gleicher Lohn“ von der Metallgewerkschaft SPMI

dann auch zum bestimmenden Thema der eigenen, nunmehr beginnenden Kampagnen in Indonesien gemacht.



Die Studie über Leiharbeit in Indonesien wurde in Jakarta vorgestellt.

ERFOLGREICHE WANDERAUSSTELLUNG AN UNIVERSITÄTEN IN INDONESIA

Sozialdemokratischen Wurzeln auf der Spur

Sozialdemokratie in Indonesien – gibt es dafür eine Basis? Das war die zunächst skeptisch diskutierte Ausgangsfrage, aus der nun eine vom Büro der FES in Indonesien gemeinsam mit Partnern entwickelte Wanderausstellung entstanden ist.

tretern aus Zivilgesellschaft und Gewerkschaften historische und aktuelle Fragen zur Entwicklung der indonesischen Demokratie. Im Mittelpunkt steht dabei immer die Frage, welche Bedeutung sozialdemokratische Ideen und Akteure in

von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis hin zu einer modernen Volkspartei. Für den Brückenschlag zur Debatte in Indonesien bedeutend ist die Einordnung einiger Ereignisse und Personen aus der Gründungsphase der indonesischen Republik. So vertraten die Gründungsväter des unabhängigen Indonesien wie Sukarno, Hatta, Sharir und Malakka eindeutig sozialdemokratische und sozialistische Programmatik, was aber in der offiziellen Geschichtsschreibung über die Unabhängigkeitsbewegung kaum vorkommt.

Die begleitenden Veranstaltungen verknüpfen die historischen Erfahrungen mit den aktuellen Problemen des heutigen Indonesiens. Die breitere gesellschaftliche Akzeptanz sozialdemokratischer Diskurse, geschweige denn einer den Namen verdienenden Partei, wird jedoch noch für viele Jahre eine Herausforderung bleiben.



Rege Diskussionen an Indonesiens Universitäten zur Entwicklung der Demokratie.

Nach dem Auftakt 2009 in Bandung hat diese im Jahr 2010 an den Universitäten in Jakarta und Makassar halt gemacht. Jeweils über eine knappe Woche hinweg diskutieren Studierende gemeinsam mit jungen politischen Aktivisten und Ver-

Tradition, Gegenwart und Zukunft des politischen Systems Indonesiens haben. Fester Bestandteil der Wanderausstellung sind vom Archiv der Sozialen Demokratie produzierte Stellwände zur Programmgeschichte der SPD,

Verleihung des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung 2010

Für die Rechte von Hausangestellten

— DIE GENERALSEKRETÄRIN DER KONFÖDERATION DER HAUSANGESTELLTEN in Lateinamerika und der Karibik, die Mexikanerin Marcelina Bautista, wurde mit dem Menschenrechtspreis 2010 der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgezeichnet.



Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer würdigte die Preisträgerin für ihren Einsatz gegen Willkür und Isolation. (Foto: Urban)

Der Einsatz für die Rechte von Hausangestellten zieht sich durch das Leben der Mexikanerin, die bereits mit 14 Jahren als Hausangestellte arbeiten musste, und die mit 22 Jahren die Gruppe „La Esperanza“ (Die Hoffnung) gründete, um Hausangestellte über ihre Rechte aufzuklären. Heute ist Frau Bautista Direktorin des

Beratungszentrums für Hausangestellte in Mexiko (CACEH) sowie Generalsekretärin der Konföderation der Hausangestellten in Lateinamerika und der Karibik (CONLACTRAHO). Dieses unermüdliche Engagement war der Anlass für die Friedrich-Ebert-Stiftung, ihr den Menschenrechtspreis zu verleihen.

Weltweit, so Schätzungen, sind mehr als 100 Millionen Menschen – in ihrer absoluten Mehrheit Frauen – als Hausangestellte beschäftigt. In Lateinamerika arbeiten etwa elf Millionen in privaten Haushalten, häufig in äußerst prekären Verhältnissen, ohne soziale Absicherungen und mit einer Bezahlung unterhalb der gesetzlichen Mindestlöhne. Von den zwei Millionen Mexikane-

rinnen, die in privaten Haushalten leben, haben lediglich fünf Prozent einen Arbeitsvertrag und 0,01 Prozent sind sozialversichert.

Marcelina Bautista hat dazu beigetragen, dass in Lateinamerika etwas möglich wurde, was weltweit als eine der größten Herausforderungen für Gewerkschaften gilt: informell Beschäftigte zu organisieren. Sie hat erfolgreich dafür gekämpft, den Frauen eine Stimme zu geben, die hinter privaten Hausmauern oft isoliert und dem Willen und der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgeliefert sind. Dies hob auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in seiner Laudatio hervor. Der informelle Sektor müsse stärker in den Fokus der Gewerkschaften gerückt werden.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Mit dem 5. Forum der Progressiven Kräfte in Santiago de Chile waren das FES Büro und weitere politischen Stiftungen und Think Tanks Gastgeber eines Reflexionsprozesses, der die **Krise sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien in Europa und Lateinamerika** beleuchten wollte. So ging es um die Visionen linker Politik, originelle neue Ansätze in Bolivien, Ecuador und Uruguay, um das Verhältnis von Zivilgesellschaft und progressiven Parteien. Vor allem die chilenischen Oppositionsparteien, die zu Jahresbeginn 2010 nach 20 Jahren Regierung von einer rechten Koalition abgelöst worden sind, nutzten diese Konferenz zur Positionsbestimmung. +++

+++ Als „Gleichberechtigte Ehe“ („matrimonio igualitario“) wird in Lateinamerika die **Ehe von gleichgeschlechtlichen Partnern** bezeichnet. Argentinien hat als erstes Land in Lateinamerika diese Form der Partnerschaft legalisiert. Chile mit seiner äußerst wertkonservativen Gesellschaft ist von dieser Regelung noch weit entfernt. Die FES-Chile lud mit anderen politischen Stiftungen des Landes, die den linken Parteien nahe stehen, zu einem Workshop ein. Es ging um „Gleiche Rechte, sexuelle Orientierung und fortschrittliche Politik im Chile von heute.“ Die Frage von Diskriminierung und Gleichstellung erweist sich als ein wichtiger Referenzpunkt der Unterscheidung zwischen dem linken (oppositionellen) und dem rechtskonservativen (Regierungs-)Lager im Lande. +++

Argentinien auf der Couch

Argentinien war in diesem Jahr Ehrengast der Frankfurter Buchmesse, für die FES ein Anlass, um prominente Gäste nach den Befindlichkeiten von Land und Leuten zu befragen. In einer Diskussionsrunde auf dem Messegelände riet der ehemalige Vizepräsident des Landes, Carlos Alvarez dazu, in Argentinien weder ein Erfolgsmodell noch immer nur Schattenseiten zu sehen. Kein anderer südamerikanischer Staat habe so viele Wechselbäder aus Aufstieg und Niedergang erlebt wie Argentinien, das Anfang des 20. Jahrhunderts das entwickeltste Land Lateinamerikas und in vieler Hinsicht mit Europa zu vergleichen war, mittlerweile aber weit hinter andere Länder Lateinamerikas zurückgefallen ist. Als Mitglied der G 20 spiele es aber im Konzert der Großen nach wie vor mit. Die Schriftstellerin Beatriz Sarlo verwies auf die Gewaltherrschaft der Militärs, die die blutigste des ganzen Subkon-

tinents war und traumatische Spuren sowohl bei Einzelnen als auch im kollektiven Gedächtnis hinterlassen habe. Die Aufarbeitung der Verbrechen zeige aber, dass sich Argentinien seiner Vergangenheit stelle. Auch Professor Gabriel Kessler sieht angesichts des argentinischen Reichtums an strategischen Primärgütern keinen Anlass, pessimistisch in die Zukunft zu schauen. Argentinien werde sich weiter entwickeln, ein guter Nachbar in einem komplexen regionalen Umfeld sein und gleichzeitig die Chancen nutzen, die ihm die Globalisierung bietet. Ebenso interessiert wie das Publikum der Frankfurter Buchmesse waren die Gäste einer weiteren Veranstaltung zum gleichen Thema, die zwei Tage später im vollbesetzten Hause der FES in Berlin stattfand. Für den neuen argentinischen Botschafter war seine Teilnahme eine der ersten Amtshandlungen in Berlin. Beide Gele-

genheiten wurden auch dazu genutzt, das deutschsprachige Sonderheft der Zeitschrift „Nueva Sociedad“ vorzustellen, das in diesem Jahr ausschließlich Argentinien gewidmet ist.

DAS HEFT

www.fes.de/lateinamerika/in_la/nu_soc.htm

PARTEIEN IM ANDENRAUM

Vertrauen durch Dialog

Chile, Peru und Bolivien sind sich seit über 100 Jahren in herzlicher nachbarschaftlicher Abneigung verbunden, seit Chile im berühmten Salpeterkrieg 1879 Teile des peruanischen Südens eroberte und seinem Territorium einverleibte und zugleich Bolivien durch Annexion einiger Landstriche zu

einem „Land ohne Meereszugang“ machte. Seither gibt es keine internationale Konferenz mit bolivianischen Teilnehmern, auf der nicht das Problem des bolivianischen Meereszugangs thematisiert wird. Im Moment ist der Streit zwischen Chile und Peru vor dem internationalen Gerichtshof in

Den Haag anhängig. Vertreter dieser drei Länder an einen Tisch zu bringen, ist ein schwieriges Unterfangen. Die FES-Büros in La Paz, Lima und Santiago bemühen sich seit Jahren, Dialoge in Gang zu setzen, vertrauensbildende Maßnahmen zwischen politischen und zivilgesellschaftlichen Ak-

teuren zu organisieren, auf deren Grundlage irgendwann einmal auch unbefangener die Hinterlassenschaft eines 130 Jahre zurückliegenden Konfliktes aufgearbeitet werden kann. Dieses Jahr fand das Treffen auf „neutralem“ Boden in Sao Paolo/Brasilien statt – auch um dem ausufernden Medieninteresse zu entgehen. Hochrangige Vertreter der peruanischen (Regierungs-)Partei APRA, aus Chiles sozialisti-

schen Partei PS, der Progressiven Partei sowie der PPD und aus Boliviens “Bewegung zum Sozialismus“ des Präsidenten Morales sowie der „Bewegung ohne Angst“ trafen sich zu einer erstaunlich offenen und selbstkritischen Reflexionsrunde.

Die nationalen Bestandsaufnahmen – jeweils flankiert von Kommentaren aus den beiden anderen Ländern – sowie die „direkten und offenen“, mithin

durchaus kontroversen Debatten bewiesen, wie notwendig und fruchtbar es sein kann, unterschiedliche Interessen und Sichtweisen zusammenzuführen, um wechselseitiges Verständnis zu ermöglichen. Die FES wurde hier nach Aussage aller Teilnehmenden einmal mehr ihrer Funktion gerecht, als Vermittlungsinstanz in einem schwierigen Umfeld Vertrauen stiftende Kontakte zu ermöglichen.

COSTA RICA

Klimaschutz aus Eigennutz

Das kleine zentralamerikanische Land Costa Rica hat in den letzten Jahren eine beachtliche Entwicklung durchlaufen. So verdoppelte sich das Sozialprodukt in zwölf Jahren und die durchschnittliche Lebenserwartung erreicht mit fast 79 Jahren einen internationalen Spitzenwert. Als Gründe gelten die relativ hohe politische und soziale Stabilität. Diese schätzen auch internationale Investoren, die sich vorrangig im Agrar- und Dienstleistungssektor engagieren. Gerade für

die Entwicklung des Tourismus war es wichtig, dass über die Ausweisung von Nationalparks schon früh eine Attraktion für den devisenstarken Sektor des „Ökotourismus“ geschaffen wurde: fast zwei Millionen Touristen aus aller Welt – bei einer Einwohnerzahl von lediglich 4,3 Mil-

lionen – zeugen heute vom Erfolg der Strategie. Diese Politik wurde in der Vergangenheit sowohl von konservativen wie progressiven Regierungen verfolgt, und so ist es nichts Außergewöhnliches, dass gleich mehrere Kabinettsmitglieder der aktuellen Regierung ausgewiesene Umweltexperten sind. Trotz aller Erfolge können der tatsächlich praktizierte Umweltschutz und die Energieeffizienz bislang aber nicht unbedingt als vorbildlich gelten. Mangelhafte Abfallentsorgung

und ein großzügiger Umgang mit knappen Ressourcen zeigen die Notwendigkeit, Entwicklungsprozesse und Lebensstil an die Ansprüche anzupassen.

Vor diesem Hintergrund verknüpft die FES in Costa Rica nationale und internationale Diskussionen zum Thema Klimaschutz, mit Referenten wie Außenminister René Castro oder dem deutschen Botschafter. Ziel ist es, wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz als Faktoren zu begreifen, die sich wechselseitig beeinflussen, wenn nicht gar bedingen. Dieser Arbeitsansatz wird ebenfalls im regionalen Netzwerk der zentralamerikanischen FES-Büros verfolgt. Ein Beispiel dafür ist das internationale Seminar zur Jugendpolitik vom 20. bis 23. Oktober 2010 in San José, auf dem der costaricanische Vizepräsident Alfio Piva Mesén die CO₂-Neutralitäts-Strategie der Regierung vorstellte.

Nichtverbreitung von Atomwaffen

Mit dem Regierungswechsel in Washington 2009 ist die Abrüstungspolitik wieder in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit gerückt. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon stellte Ende 2008 einen Fünf-Punkte-Plan zur weltweiten nuklearen Abrüstung vor und rief die Staaten auf, die Abrüstungsvorschläge in ihrer Region zu debattieren.

Lateinamerikanische Staaten spielen in der Abrüstungspolitik, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen, eine zentrale Rolle. Außerhalb New Yorks und Genfs ergeben sich jedoch nur selten Gelegenheiten, dass staatliche Entscheidungsträger, Wissenschaftler und Experten aus der Zivilgesellschaft sowie Reprä-

sentanten der Vereinten Nationen zu einem Austausch zusammenkommen.

Auf Initiative der uruguayischen Regierung veranstalteten am 8. und 9. November das Außenministerium Uruguays, die FES und die Nichtregierungsorganisation „Global Action to Prevent War“ in Montevideo ein Seminar, um über die Chancen und Herausforderungen der Abrüstungspolitik in Lateinamerika und der Karibik zu diskutieren. An dem Seminar nahm der Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen Sergio Duarte teil, der die Veranstaltung mit einem Grußwort des Generalsekretärs Ban Ki-moon eröffnete. Mit Libran Cabactulan, dem Vorsitzenden der achten Überprüfungs-

ferenz zum Atomwaffensperrvertrag, die im Mai 2010 in New York stattfand, und Roberto García Moritán, der den Verhandlungen über ein Waffenhandelsabkommen vorsitzt, waren führende Persönlichkeiten aus dem Bereich der multilateralen Abrüstungsverhandlungen auf dem Seminar vertreten.

Neben der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung standen weitere Themen auf der Agenda des Seminars, die für die regionale Sicherheit in Lateinamerika von zentraler Bedeutung sind. Hierzu zählt an erster Stelle die Kontrolle des Handels mit Kleinwaffen, die angesichts der Opferzahlen durchaus als Massenvernichtungswaffen bezeichnet werden können.

— Neue Medien in der politischen Kommunikation

Mit dem Wandel der Medien verändert sich auch deren Nutzung durch die Politik. Die sozialen Netzwerke des Internets scheinen weltweit die Rolle eines „virtuellen Ortsvereins“ eingenommen zu haben und damit die Basis politischer Bewegungen zu bilden. Politische Macht misst sich mittlerweile auch an der Anzahl der Gefolgsleute bei Twitter, der Anzahl der Besucher auf der eigenen Homepage und der Zahl der Freunde auf Facebook.

Das Wissen über die Nutzung der Neuen Medien ist essenziell für politische Kommunikation geworden. Im Vergleich zum Fernsehen erfordert diese Öffentlichkeit keine Repräsentation innerhalb des politischen Establishments und der Medienkonzerne, die bestimmen, wer wann wie lange und worüber reden darf. Alle Bürgerinnen haben die Möglichkeit, sich zu beteiligen, wenn sie nur wissen, wie. Das regionale Medien- und Kommunikationspro-

jekt der FES mit Sitz in Bogotá, C3 (Centro de Competencia en Comunicación para América Latina), organisiert vor diesem Hintergrund Fortbildungen zur Nutzung der Neuen Medien für politische Nachwuchskräfte in Mexiko, Kolumbien, Ecuador, Argentinien und Zentralamerika. Zudem arbeitet es mit Bürgerradios und Basisorganisationen über das Recht auf Kommunikation. So fand zum Beispiel in Ecuador ein Seminar zur Nutzung des Web 2.0 zur sozialen Mobilisierung statt. Auch die regionale Gewerkschaftsarbeit in Zentralamerika nutzt mit Hilfe von C3 die Neuen Medien.

Das Projekt legt darüber hinaus seinen Arbeitsschwerpunkt auf die Analyse der medienpolitischen Situation in Lateinamerika und bietet den FES-Büros Fachinformationen und Hilfe bei der Planung und Durchführung von Studien und medienpolitischen Debatten sowie Beratungsleistungen an.

Nigeria

Sichere und freie Wahlen im Jahr 2011

— IN NIGERIA, AFRIKAS BEVÖLKERUNGSREICHSTEM LAND, KOMMT ES BEI WAHLEN REGELMÄSSIG ZU UNRUHEN. Im Jahr 2007 wurden vor, während und nach den Wahlen mindestens 200 Menschen getötet. Die Ermordung von Kandidaten, willkürliche Gewalt gegen Anhänger politischer Parteien, aber auch Anschläge auf Nigerias Wahlkommission gehörten bisher zum Repertoire skrupelloser Politiker.

wegs vorprogrammiert. Mit entsprechenden politischen Schritten können Konflikte im Vorfeld entschärft und Gewalt abgewendet werden. Hierzu gibt es in Afrika einige positive Beispiele. So fand in Kenia jüngst ein Verfassungsreferendum statt,

eine Sondereinheit der Polizei unter Führung der Wahlkommission gebildet, die die Wahlgänge absicherte.

Die FES hat Ende Oktober 2010 Experten aus diesen Ländern mit der nigerianischen Wahlkommission, Sicherheitskräften und Wissenschaftlern sowie Vertretern der westafrikanischen Regionalgemeinschaft ECOWAS in der Hauptstadt Abuja zusammengebracht, um einen Erfahrungsaustausch in Gang zu setzen. Dabei wurde auch eine gemeinsame Studie von ECOWAS und FES vorgestellt, die die Erfahrungen mit der Einbeziehung von Sicherheitskräften in Wahlprozessen in Westafrika vergleicht. Nigerias Wahlkommission zog unmittelbar die Konsequenzen und forderte die Zuständigkeit für die Koordinierung der Sicherheitskräfte vor und während der Wahlen.

Anfang 2011 wird in Nigeria wieder gewählt – und die neu besetzte Wahlkommission hat gelobt, es dieses Mal besser zu machen als 2007. Die Herausforderungen sind groß: In den Ölfördergebieten Südnigerias gibt es gewaltsame Konflikte um die Verwendung der Öleinnahmen; in Nordnigeria machen Islamisten den Staat zur Zielscheibe für Angriffe und in Zentralnigeria gibt es immer wieder Zusammenstöße zwischen Christen und Muslimen. Waffenbesitz ist weit verbreitet und die hohe Arbeitslosigkeit macht vor allem die Jugend anfällig für Manipulation. Eine Katastrophe ist jedoch keines-

das friedlich abgelaufen ist. Im südlichen Afrika haben sich nationale Wahlkommissionen zusammengeschlossen und Konfliktlösungsmechanismen ausgearbeitet. In Ghana sorgte ein Verhaltenskodex zwischen politischen Parteien dafür, dass es im Jahr 2008 relativ friedlich zugeht. Und in Togo wurde

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) ist weit fortgeschritten in der Gestaltung einer gemeinsamen regionalen Sicherheitsarchitektur. Die FES gab Nachwuchskräften aus sieben Mitgliedsländern die Chance, im Rahmen eines zehntägigen Arbeitsbesuchs die ECOWAS **Institutionen kennenzulernen**. Die jungen Experten, die in ihren Heimatländern im Bereich Frieden und Sicherheit aktiv sind, kamen dabei jedoch nicht nur zum Lernen und Zuhören. „Ich war überrascht, wie sehr uns die Teilnehmer auch forderten und kritisch hinterfragten“ bilanzierte der zuständige ECOWAS-Kommissar General Mahamane Touré. + + +

DIE FES-BÜROS IN KHARTUM UND IN JUBA

„Gallische Dörfer“ im Sudan

Ein Land teilt sich – und das FES Büro lässt sich (fast) gar nicht davon beeindrucken... Am 9. Januar findet im Sudan ein Referendum statt, bei dem die Südsudanesen abstimmen, ob sie aus der bisherigen Teilautonomie zu einem selbstständigen Staat werden wollen. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass sich eine Mehrheit für die Unabhängigkeit ausspricht. Und dann werden die Weltkarten – wieder einmal – neu gezeichnet werden müssen. Die Aufregung und Unsicherheit im Lande ist entsprechend groß. Auch internationale Organisationen operieren schon mit getrennten Programmen, eines für den Norden und eines für den Süden - wo sie sich gegenseitig auf die Füße treten. Alle? Nein, ein kleines, mit unbeugsamen Querdenken bevölkertes Büro in der Innenstadt Khartums hört nicht auf, gegen diesen Trend Widerstand zu leisten. Die FES ist seit 38 Jahren im Sudan aktiv, im Norden und im Süden. Zunächst etablierte sich das Büro in Khartum und seit drei Jahren gibt es eine Dependence in Juba, der Hauptstadt des Südsudans, besetzt mit einem wissenschaftlichen Mitarbeiter und einer Sachbearbeiterin. Damit kehrt FES schon mal den üblichen Fokus auf den Süden um: Die Mehrzahl der FES-Aktivitäten findet noch immer im islamisch-autoritären Norden statt. Die FES ist die einzige politische Stif-

tung im Sudan und organisiert politischen Dialog, selbst in Krisengebieten wie Darfur. Das provoziert schnell ungläubiges Staunen: Wie macht ihr das? Das Büro hat den Bürgerkrieg überlebt, die radikale islamistische Phase in den 90er Jahren, kennt die Entwicklungen von der Quasi-Demokratie zum demokratisch legitimierten autoritären Staat, sah den Prozess der Gleichschaltung der Gewerkschaften, verkraftete die Abwanderungen von Intellektuellen und Reformern aus dem Partnerspektrum, passte sich an das fatale Bildungsdefizit der letzten 20 Jahre an und arbeitet unermüdlich mit der Überzeugung, dass beide Landesteile einander brauchen, sei es in einem Staat oder sei es als Nachbarn. Nie kam Zweifel auf, es gäbe nicht genug Freiraum oder Partner, um an den Zielen zu arbeiten, die sich die FES gesetzt hat. Nie kam der Gedanke auf, man müsste den Norden anders behandeln als den Süden: Sozial gerechte Wirtschaftsreformen, Unterstützung von Demokratisierungsprozessen sowie die Einbindung des Sudan in regionale und globale Debatten stehen im ganzen Land auf der

politischen Tagesordnung. Nicht, dass die Abstimmung im Januar ignoriert worden wäre. Es gab ausgiebige Diskussi-



onen, welche Auswirkungen eine Teilung des Landes auf das Projekt haben wird. Verschiedene Optionen wurden überlegt, Strategie-Sitzungen abgehalten, im Sudan und in Berlin, mit dem Resultat: Machen wir weiter und schauen, was passiert – eine Herangehensweise, die sich bereits in der Vergangenheit bewährt hat. Naja, und so arbeiten wir halt gemeinsam weiter, in Khartum und Juba: Machmoud und Abdallah, die Logistiker, Ismael, Maria und Mou, die wissenschaftlichen Mitarbeiter, Achmed, der Wächter, Awadia, die Reinigungskraft, Sakina und Limyia, die Sekretärinnen, Ibrahim, der Büro-Assistent, Mary, die Finanzsachbearbeiterin, Rianne und Lavina, die Sachbearbeiterinnen

Eine logistische Meisterleistung: Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FES Sudan auf einem Foto

— Papiertiger braucht mehr Biss

Angesichts des 30. Jubiläums der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC), sieht die Zivilgesellschaft der Region in der SADC einen von Staatsoberhäuptern dominierten Papiertiger. Sie fordert die Regierenden der Region auf, endlich die geschlossenen Abkommen umzusetzen. Beim 6. Zivilgesellschaftlichen Forum für das südliche Afrika wurde auch die rückläufige Entwicklung demokratischer Standards und Menschenrechtsverletzungen in den Mitgliedsstaaten angeprangert. Dass die Zivilgesellschaft es langsam schafft, von den Regierungen ernst genommen zu werden, zeigte die Präsenz von drei Ministern auf dem Forum. Der namibische Industrie- und Handelsminister Hage Geingob gab selbstkritisch zu, dass die afrikanischen Regierungen im Unterzeichnen von Protokollen

glänzen, aber oft weder Kenntnis vom Inhalt noch Interesse an der Umsetzung haben. Das alljährliche „Southern African Civil Society Forum“ wurde mit Unterstützung der FES Botswana gemeinsam von den Dachverbänden der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Kirchen organisiert. Es dient der strategischen Vorbereitung, um beim anschließenden jährlichen Gipfeltreffen aller SADC-Regierungschefs die Interessen der Zivilgesellschaft zu präsentieren und zu verteidigen. Am diesjährigen Forum in Namibias Hauptstadt Windhoek nahmen 196 Vertreter zivilgesellschaftlicher Institutionen und Organisationen aus allen 15 SADC-Mitgliedsstaaten teil.

— Neue Dialogreihe im südlichen Afrika

Die Diskussion beim ersten Politikdialog des Rats der Nichtregierungsorganisationen der Southern African Development Community (SADC) in Gaborone war lebhaft. Vertreter aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik aus den 15 SADC Ländern debattierten über die Zukunft der wirtschaftlichen Integration in der Region.

Diese neue regionale Diskussionsreihe wurde mit Unterstützung der FES Botswana ins Leben gerufen. Im Zentrum standen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und die Rolle der Zollunion im südlichen Afrika. Dabei wurden viele Fragen und Ängste laut: Fallen durch die starke wirtschaftliche Ausrichtung von

SADC soziale Aspekte komplett unter den Tisch? Welche Position muss SADC einnehmen, um im Welthandel mit den Industrieländern nicht unterzugehen? Im Laufe des Dialoges bestätigte sich die Einsicht, dass der Ausbau des Handels Bedingung für das wirtschaftliche Überleben der Region ist.



— Minister stellt sich Zivilgesellschaft

Erstmals gelang es zivilgesellschaftlichen Organisationen, einen Minister der Demokratischen Republik Kongo zu einer Stellungnahme über die Menschenrechtssituation in seinem Land zu bringen. Auslöser war der Fall von Floribert Chebeya, Gründer der Menschenrechtsorganisation „Voix des Sans Voix“. Der regierungskritische Aktivist wurde Anfang Juni tot aufgefunden. Die kongolesische Zivilgesellschaft vermutet einen Auftragsmord mit staatlicher Beteiligung. Der kongolesische Informationsminister Lambert Mende wurde während des SADC Summits auf den Fall angesprochen und wil-

ligte in eine öffentliche Debatte im Rahmen des „Southern African Civil Society Forum“ ein. Das Forum wird von den Dachorganisationen der Zivilgesellschaft in der SADC-Region in Kooperation mit der FES-Botswana organisiert. Mende wies die Vorwürfe einer Beteiligung der Regierung zurück. Die kongolesische NGO-Delegation händigte dem Minister eine Petition aus, die den Präsidenten Joseph Kabila auffordert, Menschenrechtsvergehen im Kongo zu stoppen. Alle anwesenden Organisationen aus den 15 SADC-Mitgliedsstaaten unterschrieben das Dokument.

Verfassung auf dem Prüfstand

Selbst in Afrikas Vorzeigedemokratie Botswana waren öffentliche und konstruktive Auseinandersetzung zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien bis jetzt eine Seltenheit.

Mit Unterstützung des FES gelang es nun der lokalen Menschenrechtsorganisation Ditshwanelo erstmals Vorsitzende und Sprecher aller vier im botswanischen Parlament vertretenen Parteien zusammenzubringen. Die drei gleichstarken Oppositionsparteien

stellten dabei das Mehrheitswahlrecht in Frage. Trotz sinkender Unterstützung für die Regierungspartei BDP in den letzten Wahlen, verfügt diese stets über eine deutliche Mehrheit im Parlament. Der Präsident kann zudem verfassungsgemäß seinen Stellvertreter ernennen und bestimmt so seine Nachfolge, denn die auf zehn Jahre begrenzte Amtszeit in Botswana stimmt nicht mit der Regierungsperiode überein. Somit übernimmt der Stellvertreter 18 Monate vor dem

eigentlichen Wahltermin das Amt und verschafft sich Vorteile, die Fragen der Legitimität aufwerfen.

Das Gebäude von Botswanas Parlament in der Hauptstadt Gaborone. (Foto: Ascanius)



+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Unter der Leitung der **Präsidentin der interfraktionellen Frauengruppe des angolanischen Parlaments**, Cesaltina Major, besuchte eine Parlamentsdelegation auf Einladung der FES Anfang Oktober die Bundesrepublik. „Nach dem knapp 30-jährigen Bürgerkrieg sind wir immer noch dabei, mit den Folgen umzugehen,“ erklärte Cesaltina Major. Fragen nach der Bedeutung, die der Kooperation von Abgeordneten, zivilgesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien zukommen kann, war daher wichtiger Teil der Diskussionen. +++

+++ Über **Standards der Parlamentsarbeit** berieten in der angolanischen Hauptstadt Luanda Abgeordnete aus der Demokratischen Republik Kongo, aus Mosambik und Angola auf Einladung der FES-Büros Windhoek und Luanda sowie dem Parliamentary Forum der südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC-PF). „Die gemeinsamen Maßstäbe sollen dazu beitragen, unsere Parlamente demokratischer zu machen“, fasste Dr. Esau Chiviya, Generalsekretär des SADC-PF zusammen. +++

+++ „Erneuerbare Energien sind noch deutlich unterrepräsentiert und haben ein gewaltiges Wachstumspotenzial in Angola“, resümierte José Oliveira vom Zentrum für Studien und wissenschaft-

liche Forschung der katholischen Universität Angolas auf der **Nationalen Energiekonferenz** Ende Oktober. Rund einhundert Energieexperten des südlichen Afrikas diskutierten auf dem von der FES unterstützten Forum den ersten Energiebericht des Landes. Dass dabei die weitere regionale Integration eine entscheidende Rolle spielen kann, wurde in den Diskussionen deutlich: „Ohne internationale Lösungen und regionale Kooperationen werden hier große Chancen vertan, die für die Entwicklung des südlichen Afrikas von enormer Bedeutung sind“, so der Wissenschaftler. +++

+++ Über die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Europäische Union diskutierte der ehemalige Bundesbankpräsident Ernst Welteke mit Mitarbeitern und Studierenden des „Centro de Estudos e Investigação“ der katholischen Universität Angolas. Während der von der FES organisierten Diskussionsveranstaltung wurde auch der aktuelle **Stand der regionalen Integration im südlichen Afrika** unter die Lupe genommen. Der Direktor des angolanischen Wirtschaftsforschungsinstitutes, Prof. Alves da Rocha, forderte insbesondere die soziale Komponente eines gemeinsamen Marktes nicht aus den Augen zu verlieren. +++

DAS FES-BÜRO IN NAMIBIA

Zwei Projekte unter einem Dach

In fast allen Projektländern der FES werden mehrere unterschiedliche Sprachen gesprochen, dass aber wie im Büro in Windhoek regelmäßig vier ver-



Das ganze Team der FES in Namibia:
Obere Reihe v.l.n.r.:
Yvonne Möller, Michael Schultheiß, Britta zu Bentheim, Inge Neunda, Tina Hennecken, Mareike Le Pelley;
untere Reihe: Tangeni Nuukuawo, Simon Katjivikua, Rachel Shiwe-da, Sopia Mukenge Kabongo, Edward David.

schiedene Sprachen in Gebrauch sind, mag es nicht so häufig geben. Englisch ist die offizielle Sprache Namibias. Dass Deutsch gesprochen wird, ist aber auch nicht ungewöhnlich, denn in Namibia ist Deutsch für viele die Muttersprache: Die Kolonialzeit, die zwar 1915 endete, wirkt nach. Daneben wird Afrikaans gesprochen, die Sprache der südafrikanischen „Besitzer“, die von 1915 bis 1989 Namibia als Kolonie sahen. Und schließlich ist auch die Sprache der größten einheimischen Volksgruppe, Oshiwambo, präsent. Seit der 1989 mit UN-Hilfe erreichten Unabhängigkeit, sind die Namibier stolz auf ihr friedliches Land, aber unter der Oberfläche gärt es. Vorurteile, die die Volksgruppen gegenein-

ander haben, bestehen weiter. Seit der Unabhängigkeit ist die FES im Lande vertreten. Neben dem Landesprojekt ist in Windhoek auch das kontinentale Medienprojekt fesmedia Africa ansässig – beide teilen sich das FES-eigene Bürohaus.

Das Medienprojekt arbeitet in ganz Afrika, um u.a. das African Media Barometer zu organisieren und Lobbyarbeit für den freien Zugang zu Informationen zu betreiben. Mit zum Programm gehören auch Medientrainings für Parlamentarier sowie ein Blick auf die Selbstregulierungsmechanismen von Medien. Informationen rund um das Thema Medienentwicklung auf:

www.fesmedia.org.

Parallel dazu beackert das Landesprojekt das Feld der namibischen Politik. Wie im südlichen Afrika fast die Regel, arbeitet die FES hier mit einer regierenden Partei zusammen, die früher Befreiungsbewegung war. Weil die SWAPO schon im Befreiungskampf unterstützt wurde, gibt es traditionell gute Beziehungen. Daneben werden manchmal auch die Kräfte unterstützt, die sich kritisch gegen die Regierenden stellen. So soll beispielsweise ein öffentlicher Dialog über mögliche Formen einer aktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik aufrechterhalten werden, mit denen das Grundübel der namibischen Verhältnisse angegangen werden soll: Die ungeheure ungleiche Verteilung

von Einkommen und Vermögen. Die wichtigste Projektlinie richtet sich daher an junge politisch Aktive, die vielleicht einmal Träger einer besseren Politik werden können.

Namibia ist eine im afrikanischen Vergleich gut funktionierende Demokratie. Das einzige Problem ist, dass mit der seit 20 Jahren regierenden SWAPO viel an innovativer Dynamik und Lebendigkeit der Demokratie verloren ging. Die Jugend ist unzufrieden und unruhig, das zeigen Umfragen und die tägliche Erfahrung. Dass diese Unruhe nicht die Demokratie destabilisiert, sondern sich in politischer Aktivität und in Forderungen nach Mitsprache manifestiert, wird eine der wichtigsten Weichenstellungen der nächsten Jahre sein. Dazu kann die FES sicher nur in bescheidenem Maße beitragen, aber sie versucht es intensiv. So pflegt die FES in Namibia seit langem die Zusammenarbeit mit dem National Youth Council, mit dem die Programme Youth Leadership Development Program (YLDP) und Namibia Political Youth Forum (NPYF) regelmäßig durchgeführt wurden. Das YLDP ist in Namibia recht erfolgreich, weil zwischen den etwa einhundert Teilnehmern eine Diskussionskultur herrscht, die man sich ansonsten in Politik und Gesellschaft nur wünscht: Sachlich, konstruktiv und ohne Feindschaften, Überheblichkeiten oder Misstrauen.

Neue Publikationen der FES

Ante, Christine – **Auswirkungen des Strukturwandels und der demografischen Entwicklung auf die Berufsausbildung in Mecklenburg-Vorpommern und abzuleitende Handlungsspielräume für die Landespolitik:** Studie, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern – <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/schwerin/07420.pdf>

Bläsius Julia/Gombert Tobias – **Grundlagen der Sozialen Demokratie** Hörbuch- 5 Audio-CDs.

Geißler, Rainer – **Die Sozialstruktur Deutschlands:** aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle; Gutachten im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Götte, Sebastian/Recke Selina – **Längeres gemeinsames Lernen in Thüringen:** Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung – Landesbüro Thüringen
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/erfurt/07428.pdf>

Hübner-Oberndörfer, Conchita – **Auswirkungen des Strukturwandels und der demografischen Entwicklung auf die Gleichstellung in Mecklenburg-Vorpommern und abzuleitende Optionen für die Landespolitik:** Studie, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/schwerin/07519.pdf>

Lernen für Soziale Demokratie: politische Bildung in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Nickelsburg, Angelika K. – **Vom Zeitbesitzer zum Zeitnutzer: Wege zum befriedigenden Umgang mit dem Faktor Zeit,** Akademie der Politischen Bildung

Parak Dorothea – **Unrechtsstaat DDR – Willkür, Gewalt, Macht:** Regionalbüro Leipzig
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/leipzig/07544toc.html>

Scherer, Klaus-Jürgen – **Werkstatt Soziale Demokratie: Dokumentation der Veranstaltung Sommeruniversität,** Abteilung Gesellschaftliche Information
<http://library.fes.de/pdf-files/gpi/07501.pdf>

Utz, Britta (Hrsg.) – **Handbuch der Menschenrechtsarbeit**
Yasuno, Masaaki – **Die Entwicklung des Godesberger Programms und die Rolle Erich Ollenhauers** (Gesprächskreis Geschichte; 87)
<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/07462.pdf>

Die Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion – <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07426.pdf>

Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung

Afheldt Heik – **Für eine zukunftssichere Krankenhauslandschaft in Deutschland:** ein 7-Punkte-Programm zur Reform der Krankenhäuser
<http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/07512.pdf>

Kolwitz, Kai – **Aus der Krise lernen: Vorschläge zur Reform des Wirtschaftssystems**
<http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/07436.pdf>

Kossak, Andreas – **Public-Private-Partnership für Bundesverkehrswege:** 10 Thesen für den sinnvollen Einsatz von PPP

Mayer, Florian/Velten Carlo – **Nachhaltiges Wachstum finanzieren:** Strategien und Finanzierungsinstrumente für eine Green Economy

Schunke, Philip – **Schwerpunkte der Infrastrukturfinanzierung**
<http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/07524.pdf>

Schriftenreihe des Netzwerk Bildung

Wernstedt, Rolf (Hrsg.) – **Beginnt die Bildungsrepublik vor Ort?:** Die Stärken lokaler Bildungsnetzwerke
<http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/07413.pdf>

Wernstadt, Rolf (Hrsg.) – **Inklusive Bildung: die UN-Konvention und ihre Folgen**
<http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/07621.pdf>

Schriftenreihe Hochschulpolitik

Bartoldus, Beate – **Bildungsgerechtigkeit in der Begabtenförderung**
<http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/07496.pdf>

Borgewardt, Angela – **Bildungsgerechtigkeit in der Studienfinanzierung** – Die soziale Dimension der aktuellen Förderprogramme
<http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/07689.pdf>

Politische Akademie

Hacker, Björn – **Wie weiter, SPD? (Policy 37)**
<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/07455.pdf>

Matuschek, Katrin/Niesyto Johanna – **Freiwilligen-Engagement professionell gestalten**

Schlabach Jörg – **Geschichte und Erinnerung im gegenwärtigen Islam** – zwischen Aufklärung und Apologetik: Berlin Forum for Progressive Muslims
<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/berlin/07545.pdf>

Sapir Yoav – **Religiöser Pluralismus und Toleranz (Policy 38)**

Schmidt, Wilhelm – **Armut in Deutschland** – das geht alle an

Forum Berlin

Engster, Frank – **Extrem = extrem?: Warum die Arbeit gegen Rechtsextremismus nicht Opfer ideologischer Begriffsdebatten werden darf**
<http://library.fes.de/pdf-files/do/07500.pdf>

Decker Oliver/Langenbacher Nora – **Die Mitte in der Krise: rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010**
<http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>

Forum Politik und Gesellschaft

Engels, Jana – **Eine Welt ohne Abseits?: Fußball und Integration** – <http://library.fes.de/pdf-files/do/07433.pdf>

Miethke, Gundula – **Politische Mitbestimmungsrechte von Seniorinnen und Senioren auf dem Prüfstand**
<http://library.fes.de/pdf-files/do/07520.pdf>

Oestreich, Heide – **Das norwegische Experiment – eine Frauenquote für Aufsichtsräte**
<http://library.fes.de/pdf-files/do/07552.pdf>

Kaliga, Sarah Ninette/Lehmann, Yvonne – **Kommunalpolitik verstehen im Land Berlin: für ein junges Politikverständnis**

Saaro, Daniela/Friedel Sabine/Lehmann Yvonne – **Kommunalpolitik verstehen: für junges Politikverständnis**
<http://library.fes.de/pdf-files/do/06689.pdf>

Schuler-Harms, Margarete – **Verfassungsrechtlich prekär: Expertise zur Einführung eines Betreuungsgeldes**

Internationale Arbeit

Perspektive

- Boden, Dieter – **Keine Lösung in Sicht?: Die Konflikte in Georgien zwei Jahre nach dem August-Krieg**
 Dirksen, Uta – **Afrika, die Weltwirtschaftskrise und Erfolge aktiver Wirtschaftspolitik**
 Effner, Henning – **Parlamentswahlen in Burma/Myanmar: Zementierung der Militärherrschaft oder Chance auf Veränderung?**
 Elischer, Helmut – **Mehr Demokratie wagen: Botswanas Parteienlandschaft in Bewegung**
 Engelmeier, Tobias F./Isabelle-Jasmin Roth – **After Copenhagen and before Cancun: India on the way to global agreement on energy and climate policies** (Dialogue on Globalization)
 Fues, Thomas – **Bi oder Multi?: Deutsche Interessen und entwicklungspolitische Strategien**
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/07430.pdf>
 Grund, Constantin – **Auf der Suche nach Kontrolle: die politische Krise in Madagaskar 2009/2010**
 Herfkens, Eveline – **Beyond old-style aid**
 Kuzu, Daniela/ Kastning, Thomas. – **Ölboom in Ghana: dem „Ressourcenfluch“ ein Schnippchen schlagen?**
 Mättig, Thomas – **Religiöser Konflikt und politisches Versagen in Nigeria**
 Manz, Thomas – **Mit neuen Allianzen aus der Reformkrise?: Mexiko nach den Regionalwahlen 2010**
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/07425.pdf>
 Oesterdiekhoff, Peter – **Kenias neue Verfassung: Chancen der „Zweiten Republik“**
 Quiroga, Yesko – **Vom Untergrund zur mächtigsten Frau der Welt?: Präsidentschaftswahlen in Brasilien 2010**
 Schmidt, Axel – **Zuma sorgt für Burgfrieden im ANC**
 Wille, Andreas/ Meier, Katharina – **Möglichkeiten und Grenzen einer progressiven Wirtschafts- und Sozialpolitik in Lateinamerika: das Beispiel Uruguay**

Internationale Politikanalyse

- Aguiar, Diana – **Ending the “crisis of carelessness”: a feminist and southern analysis of the financial crisis**
 Fischer, Severin – **Kurskorrekturen auf dem Weg nach Cancún: die Europäische Union in der internationalen Klimapolitik**
 Study Groupe Europe – **The future of the European Economic and Monetary Union**
 Hacker, Björn/van Treeck, Till – **Wie einflussreich wird die europäische Governance?: Reformierter Stabilitäts- und Wachstumspakt, Europa 2020-Strategie und „Europäisches Semester“**
 Heise, Arne/Görmez-Heise, Özlem – **Auf dem Weg zu einer europäischen Wirtschaftsregierung**
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07427.pdf>
 Henkes, Christian/Stuhler, Anne Saskia – **Teilhabe und Anerkennung: Ansätze aus Europa für eine sozialdemokratische Integrationspolitik**
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07442.pdf>

- Khol, Radek – **EU civilian crisis management in early 2010: the beginning of a new chapter fraught with complex tasks**
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07484.pdf>
 Krumm, Reinhard – **Der Medwedew-Faktor: Russlands gewünschte Modernisierung**
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07482.pdf>
 Kühne, Winrich – **The role of elections in emerging democracies and post-conflict countries: key issues, lessons learned and dilemmas**
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/07416.pdf>
 Linke Kristin – **Beyond Turkey: the EU's energy policy and the southern corridor**
 Martens, Jens – **Thinking ahead: development models and indicators of well-being beyond the MDG's**
 Maull, Hanns W. – **Weltpolitik in der Turbulenz: Schlussfolgerungen für die deutsche Außenpolitik**
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07483.pdf>
 Micus, Matthias – **Organisationsidentität und -reform sozialdemokratischer Parteien in Europa**
 Müller-Henning, Marius – **Deutschland im IV-Sicherheit: zwischen Krisenmanagement und Strukturreform**
 Pernot, Jean-Marie – **Die Gewerkschaften in Frankreich: Geschichte, Organisation, Herausforderungen**
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07495.pdf>
 Pfaller, Alfred – **Ökosteuern in Europa: die politökonomischen Parameter der Umweltsteuerdebatte in Europa**
 Rathgeber, Theodor – **Reviewing the UN Human Rights Council: perspectives from civil society**
 Schroeder, Wolfgang/Kalas Viktoria – **Sozialdemokratie und Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa: schwache Verbindungen und versteckte Gemeinsamkeiten** – <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07250.pdf>
 Snyder, Jack – **Elections as milestones and stumbling blocks for peaceful democratic consolidation**
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/07438.pdf>
 Weber, Annette/Dargatz Anja – **Sudan and Somalia: lynchpins on the Horn of Africa**
 Weber, Annette/ Dargatz Anja – **Sudan und Somalia – Weichensteller am Horn von Afrika**
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/07454.pdf>

Studien

- Gromadzki, Grzegorz – **A challenging opportunity: the EU plus six – the Eastern partnership**
 Kaiser, Jürgen – **Resolving sovereign debt crises: towards a fair and transparent international insolvency framework** (Dialogue on globalization)
 Schroeder, Frank – **A shot in the arm for Climate Finance? New Directions for Delivering on International Pledges and Development**

WISO direkt

Dauderstädt, Michael – **Europas unterschätzte Ungleichheit**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07477.pdf>

Dullien, Sebastian – **Finanzkrise kostet jeden Deutschen im Schnitt mehr als 9.000 Euro**

Fischer, Michael – **Was die Verbraucherpolitik wissen sollte: Handlungsfelder der Verbraucherforschung**
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07485.pdf>

Fischer, Severin – **Eine Energiepolitik für die Zukunft**

Joebges, Heike – **Exporte um jeden Preis? Zur Diskussion um das deutsche Wachstumsmodell**

Pfaller, Alfred – **Rente mit 67: zwischen Demographie und Arbeitsmarkt**

Pfaller, Alfred – **Wieder Wohlstand für alle: Politik für eine integrierte Arbeitsgesellschaft**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07417.pdf>

Sendel-Müller, Markus/Weckes Marion – **Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz – Förderungsgesetz für KMU?**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07490.pdf>

Schepelmann, Philipp – **Mit der ökologischen Industriepolitik zum ökologischen Strukturwandel**

Steinbach, Armin/Steinberg Philipp – **Nach der Krise ist vor der Krise – Haben wir die richtigen Lehren gezogen, und was bleibt zu tun?**

Thorun, Christian – **Was die Verbraucherpolitik von der Verhaltensökonomie lernen kann – ein Blick ins Ausland**

WISO Diskurs

Baas, Timo/Brücker Herbert – **Wirkungen der Zuwanderungen aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07432.pdf>

Bendel, Petra – **Integrationspolitik der Europäischen Union**

Dauderstädt, Michael – **Soziales Wachstum gegen die Schuldenkrise**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07418.pdf>

Dedring Klaus-Heinrich – **Rückkehr zur lebensstandardsichernden und armutsfesten Rente**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07405.pdf>

Lorenz, Frank – **Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in der Europäischen Union: rechtliche Rahmenbedingungen und politischer Handlungsbedarf**
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07445.pdf>

Bormann, René/u.a. – **Neuordnung der Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs: Bündelung, Subsidiarität und Anreize für ein zukunftsfähiges Angebot**

Bormann, René – **Das Programm Soziale Stadt: kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte**

Nullmeier, Frank – **Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“**

Embacher, Serge – **Demokratische Beteiligungsprozesse initiieren, solidarisches Denken und Handeln fördern – Neue Strategien für Parteien und Gewerkschaften**

Sprache ist der Schlüssel zur Integration: Bedingungen des Sprachlernens von Menschen mit Migrationshintergrund

Bosch, Gerhard – **In Qualifizierung investieren – ein Weiterbildungsfonds für Deutschland**

Greß, Stefan/Rothgang Heinz – **Finanzierungsreform der Krankenversicherung in Deutschland – Vorschläge für ein Maßnahmenbündel jenseits der Kopfpauschale**

Filsinger, Dieter – **Ethnische Unterscheidungen in der Einwanderungsgesellschaft – Eine kritische Analyse**

Greß, Stefan – **Investitionsförderung für eine soziale und innovative Gesundheitswirtschaft – Bewertung unterschiedlicher Optionen**

Bieback, Karl-Jürgen – **Ausweitung des Pflichtversicherungskreises in der GKV**

Bormann; Rene/u.a. – **Eckpunkte für eine zielorientierte, integrierte Infrastrukturplanung des Bundes – Vom Bundesverkehrswegeplan zur Bundesverkehrsnetzplanung**

Bontrup, Heinz-J. – **Durch Umverteilung von unten nach oben in die Krise**

Impressum

Herausgeber:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Kommunikation und Grundsatzfragen

 D-53170 Bonn

 Godesberger Allee 149

D-53175 Bonn

Telefon: 0228/883-7031/7032

Internet: www.fes.de

E-Mail: presse@fes.de

Redaktion: Peter Donaiki, Pressestelle Berlin

Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin

Telefon: 030/269 35-7038

Telefax: 030/269 35-9244

E-Mail: peter.donaiki@fes.de

Herstellung, Satz & Layout:

Publix, Harald Eschenbach, Berlin

Printed in Germany, Januar 2011

Gedruckt auf 90 g matt gestrichen chlorfrei gebleicht Offset
 ISSN 0942-1351

Lesebücher der Sozialen Demokratie

Band 1: Grundlagen der Sozialen Demokratie

[HÖRBUCH]



Die Lesebücher der Sozialen Demokratie bereiten die großen Linien und Kontroversen des politischen Diskurses in knapper und verständlicher Form auf. Grundlegende Zusammenhänge werden fundiert, präzise und verständlich erklärt.

Der Band 1: Grundlagen der Sozialen Demokratie liegt nun auch als Hörbuch vor. Es ist als CD-Edition über die Akademie für Soziale Demokratie und digital über alle gängigen Online-Musikportale erhältlich.

Welche Werte liegen Sozialer Demokratie zugrunde? Welche Ziele verfolgt sie? Wie werden sie praktisch umgesetzt? Reinhören und mitdenken.

Tobias Gombert u.a.
Hörbuch: Grundlagen der Sozialen Demokratie
Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Politische Akademie

Reihe Lesebücher der Sozialen Demokratie, Bd. 1
5 CDs / ca. 5:15h / inklusive Begleitheft (20 Seiten)
5,00 Euro
ISBN 978-3-86872-397-7

www.fes-soziale-demokratie.de

Bestellungen: Telefon: 0228 / 883 7122, E-Mail: info@fes-soziale-demokratie.de
Informationen zur Reihe unter www.fes-soziale-demokratie.de/lesebuecher